

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Ausnahmen im Anzeigen- oder redaktionellen Teil kosten 1 Mk. für die siebenseitige Kolonelle oder deren Raum. Vereins- und Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 25 Pfg. Geschäftsanzeigen werden nach Erlebigung laufender Aufträge nicht mehr aufgenommen.

Telefonnummern: Sprechapparat 89. Bochum 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraph-Adresse: **Altverband Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Bochum.** Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bochum, Biemelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Werbung.

Muss die Werbetrommel rühren, Denn nur Macht, ich sag' es wieder, So wie einst in alten Tagen, Macht allein kann euch erretten, Friedlands Herzog, der so tapfer Knappen, die ihr darbt und tronet, Auf die Feinde losgeschlagen. Aber Zwist verstärkt die Ketten. —

Aber nicht zum Menschenmorde, Nicht in „christlich“ und „unchristlich“ Nicht zu Kämpfen und Krawallen, Dürft ihr länger euch zerspalten, Nein, zum Wohl der armen Knappen, Nein, zu einem Machtverbände Lass ich meinen Ruf erschallen. — Müsst ihr fest zusammenhalten. —

Sie, die immer mehr entrechtet, Keine Weltanschauung trennt euch, Fern von Licht und Sonne graben, Könnt sie haben wie ihr wolle, Sie, die immer mehr geknechtet, Wenn ihr nur zum Bergmannswohle Kaum noch Brot zum Leben haben. — Einig euren Beitrag zollet. —

Und dabel im Selbstzerfleischen So, ihr Knappen, nur zum Guten Müd' verharren schon so lange — Will ich meine Crommel rühren Sollen sich zur Macht verbinden, Und, wie einst der alte Friedland, Sollen zieh'n an einem Strange. — Euch zur rechten Fahne führen. —

In den Stollen, in den Klüften, Arbeitsbrüder, hört mein Werben: Einig siegt ihr im Verbande, Doch getrennt müsst ihr verderben. — B. R.

Diese Summen ergeben zusammen rund 465 Millionen Mark!

Insgesamt waren 24 535 Arbeiter und Beamte beschäftigt. Sie bezogen zusammen an Löhnen und Gehältern 35,5 Millionen Mark. Auf den Kopf des Beschäftigten entfielen, das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet — gerade in den Kokereien usw. werden außerordentlich viel Ueberschichten gemacht! — pro Schicht rund 4,84 Mk.

In diesen Biffen stecken aber auch die Beamte n e g e h ä l t e r! Man kann deshalb den Durchschnittslohn der Arbeiter auf nur höchstens 4 Mk. ansetzen. Für diesen Lohn müssen die Leute aber gewöhnlich zwölfstündige, seltener kürzere Schichten machen! Oft auch Sonntags arbeiten. Und wenn man die 4,84 Mk. als Arbeitslohn annähme, dann käme immer erst ein Stundenlohn von sage und schreibe 40 Pfennig heraus! Mit diesem Lohn kann heutzutage eine Familie unmöglich auch nur halbwegs anständig auskommen.

Was leistete der Kokereiarbeiter für diesen kläglichen Lohn? Wir sagten schon, daß der Gesamtzeugungswert eine Summe von 465 Millionen Mark darstellte. Von den Kokereien wurden insgesamt 30,9 Millionen Tonnen Kohlen verbraucht, für die ein Wert von 338,7 Millionen Mark angegeben ist. Diese Summe müssen wir von den 465 Millionen Mark abziehen, weil es Materialkosten sind. Nun wir es, so bleibt ein Ueberschuß von rund 126 Millionen Mark.

Es ist leider nicht angegeben, auf wie hoch sonst noch, außer dem Kohleneinkauf, den Löhnen und Gehältern, sich die Betriebsausgaben belaufen. Ziehen wir auch die Löhne und Gehälter ab, so bleiben rund 91 Millionen Mark Ueberschuß!

Sind wir durch die Geschäftsberichte der Bergwerksgesellschaften recht unterrichtet, dann haben sie von dem Erlös für Koks, Leer, Ammoniak, Benzol usw. außer den Ausgaben für die Kokslohlen, Löhne und Gehälter, noch 10 bis 20 Prozent für sonstige Betriebskosten abzurechnen. Die Höhe dieser Selbstkosten ist sehr schwankend. Wir wollen deshalb recht vorsichtig sein und rund 20 Prozent sonstiger Betriebsausgaben von dem Rohgewinn abziehen, sodann bleiben noch rund 73 Millionen Mark Gewinn. Das wären 3,17 bis 3,18 Mk. Ueberschuß pro Tonne Koks inkl. Nebenprodukte. Wer die Geschäftsabschlüsse der Zechen mit Kokereianlagen verfolgt hat, weiß, daß der von uns berechnete Tonnenüberschuß hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Gerade aus den fraglichen Nebenbetrieben ziehen die Bergwerksgesellschaften glänzende Gewinne.

1908 bekamen die erwachsenen Obertagsarbeiter auf den rheinisch-westfälischen Zechen nur durchschnittlich 3,91 Mk. pro Schicht, in Oberschlesien 3,07, in Niederschlesien 3,03, im Ruhrgebiet 3,74 und im Saargebiet 3,59 Mk. Da außerdem in der vorgenannten Arbeiterziffer auch die Zahl der jugendlichen Arbeiter — mit weit unter 2 Mk. Schichtlohn! — begriffen ist, so dürfen wir den durchschnittlichen Schichtlohn der Kokereiarbeiter überhaupt höchstens mit 3,50 Mk. bemessen. Sie kämen damit auf einen Jahreslohn (300 Schichten) von 1050 Mk.

Teilen wir nun die Zahl der Arbeiter und Beamten in die berechnete Ueberschußsumme, so haben wir in dem Rechnungsergebnis die Summe vor uns, welche die Arbeitenden den Aktien- und Kugensbesitzern zuschützen. Es betrug also in dem Erhebungsjahre der durchschnittliche

Lohn des Kokereiarbeiters 1050 Mk.
Unternehmerverdienst pro Arbeiter rund 3000 Mk.

Die Berechnung ist durchaus nicht zugunsten der Arbeiter „gefärbt“, sondern vorsichtig nach dem amtlichen Material aufgestellt! Und wenn wirklich der Unternehmergewinn pro Arbeiter einige hundert Mark niedriger als der berechnete wäre, so bliebe doch die Latsche bestehen, daß die Werksbesitzer mindestens das doppelte seiner Lohnsumme durch den Kokereiarbeiter gewinnen! Das ist ein Riesengewinn in des Wortes vollster Bedeutung.

Nun kann auch wohl der begriffstunigste Leser begreifen, warum die Werksbesitzer die Kokereiarbeiter so „bäterlich“ vor jeder gewerkschaftlichen Aufklärung behüten möchten. Die schlecht entlohnerten Kokereiarbeiter sollen, so wollen es die Herren, nicht erfahren, daß sie den Werksbesitzern ungeheure Gewinne zuschanzen!

Kameraden! Jetzt ist die Reihe an euch, die Arbeitsbrüder in den Kokereien darüber zu unterrichten, wie jämmerlich sie im Verhältnis zu ihrer Leistung bezahlt werden. Vorwärts, hinein in die frisch-fröhliche Agitation für den Bergarbeiterverband!

Fürstbischof Dr. Kopp gegen die „christlichen“ Gewerksvereine!

Die Lehrens-Inbusch-Gesellschaft wird vom Unglück verfolgt. Die sozialpolitischen Wahlen im Ruhrgebiet haben auch dem geringschätzigen Gönner der „interkonfessionellen“ Gewerksvereine die Augen darüber geöffnet, daß es mit der „Sammlungspolitik“ nichts ist. Die gewaltige Majorität der Bergarbeiter kauft den „interkonfessionellen“ M.-Glabbacher Mattenjüngern nicht nach und wenn sie in noch so süßen Blüten tönen die „evangelischen“ und die „katholischen“ Kameraden in den von den Zechenbesitzern gesegneten Bund zu locken suchen.

Es muß noch betont werden, daß die von den Zechengewerksvereinskandidaten erreichte Stimmenganzheit namhaft erhöht worden ist durch lokalpatriotische Stimmungen. Wo die Kandidaten den lokalen konfessionellen Vereinen entnommen worden sind, da hat diese Auswahl naturgemäß manche Wähler für die ihnen persönlich bekannten Vereinskollegen gewonnen. Bei parteipolitischen Wahlen aber fällt dieses Moment fort, jene Wähler werden unter keinen Umständen ihre Stimme für einen ihnen persönlich fremden Mißmacherevertreter abgeben. Dagegen hat die überfluge Taktik der genialen Lehrens-Inbusch-Gesellschaft dafür gesorgt, daß unsere Wähler recht wohl erkannten, was die Siedererkmänner- und Veltetenwahlen für eine allgemeine politische Bedeutung gewonnen hatten.

Und so haben denn auch der den M.-Glabbacher Gewerksvereinsmachern nicht unfreundlich gestimmte nationalliberale Parteiführer Herr Abg. B a f f e r m a n n und der westdeutsche Zentrumsführer Herr Abg.

Ermborn, einer der Hauptkämpfer im M.-Glabbacher „Vollverein“, trüblich eingestanden, daß der „christliche“ Gewerksverein eine sehr schwere Niederlage erlitten hat! Das eröffne schlechte Aussichten auf den Ausfall der Reichstagswahlen im nächsten Jahre.

Die Gewerksvereinsführer versuchen aber immer noch, ihre dahinschmelzende Anhängerzahl über den völligen Zusammenbruch der M.-Glabbacher zu täuschen. Bankrotteure, die ihre Gläubiger mit Bilanzzuschüssen beruhigen wollen!

Jetzt aber laßt auf die Bilanzblätter ein neuer Schlag hernieder. Diesmal kommt er aus dem eigenen Lager. Das Gerücht von der „gemeinsamen christlichen Weltanschauung“ wird zerlegt.

Evangelische Arbeiter gehören ja nur in sehr geringer Anzahl den „interkonfessionellen“ M.-Glabbacher Vereinen an. Katholische Arbeiter bilden die gewaltige Majorität und die wichtigsten Gewerksvereinsstellen halten auch die katholischen Zentrumsagitatoren besetzt. Als Bruß 1904 gegangen wurde, verlangten evangelische Persönlichkeiten, es sei seit Gründung des Gewerksvereins (1894) stets ein Katholik erster Vorsteher gewesen, jetzt möchte auch einmal ein Evangelischer an diese Stelle kommen. Darauf schrieb Herr Effert an die Adresse des Herrn Duandel — der inzwischen verstorbenen Führer des „evangelischen Arbeiterbundes“ —, wenn Herr Duandel ein fähiger evangelischer Gewerksvereinsmitglied namhaft machen könne, solle dieses an die Stelle Bruß kommen! Was war die Folge? Herr Hermann Köster, natürlich Katholik und Zentrumsdagitor, wurde erster Gewerksvereinsvorsteher. Nun weiß aber jeder, der ihn kennt, daß Hermann Köster die Fähigkeiten für einen solchen Posten absolut nicht besitzt, daß er nicht einmal befähigt ist, eine Gewerkschaftsstellung dritter oder vierter Ordnung regelrecht zu bekleiden.

Die Ernennung Herrn Kösters zum ersten Vorsteher war daher eine Verhöhnung der evangelischen Gewerksvereinsführer. Man stelle ihnen ein starkes geistiges Armutszeugnis aus, indem man einen unfähigen Mann auch dem intelligentesten Evangelischen vorzog und nur weil der Erlorone Zentrumskatholik ist. Das muß auch mal festgenagelt werden, nachdem die M.-Glabbacher aufgetreten sind und behaupteten, — der „Verband“ (man höre!) treibe „konfessionelle Hebe“. Nein, ihr Schlauberger, so töricht ist der Verband nicht, er fragt nicht nach dem Glaubensbekenntnis seiner Mitglieder und Angestellten. Aber die „interkonfessionellen“ M.-Glabbacher beidseitig die Karte so, daß an die erste Stelle im Gewerksverein kein befähigter Protestant, sondern ein unfähiger, aber zentrumsstreuer Stumpel gekommen ist. Das nennt sich dann „paritätisch“ und „interkonfessionell“.

Die katholischen Arbeiter hat man für die Gewerksvereinsfrage interessiert, indem man ihnen vorschob, sie diene zur „Wahrung und Förderung der christlichen Weltanschauung“. Wohl haben wiederholt deutsche katholische Arbeiter sich gegen die M.-Glabbacher gestellt, aber die Mehrheit für die Heiligkeit des Kirchenglaubens erklärt. Aber immer wieder haben die Diplomaten in der M.-Glabbacher Zentralfelle und vornehmlich an der „Katholischen Volkszeitung“ den katholischen Arbeitern aufgeschwätzt, jene kirchlichen Kundgebungen gälten — nicht für Deutschland! Ja, es wurde sogar behauptet, die „interkonfessionelle“ Mißmacherei der westdeutschen Gewerksvereins- und Zentrumsführer finde die Billigung der höchsten kirchlichen Autoritäten. Natürlich ist das nicht der Fall.

Wie wirklich in den Kreisen der höchsten katholischen Geistlichkeit über die M.-Glabbacher geurteilt wird, das ist nun herausgekommen durch einen Brief, den der Herr Fürstbischof Dr. Kopp v. Breslau an ein Präulein von Schalscha gerichtet hat. In diesem hochinteressanten Briefe schreibt Herr Kopp u. a.:

„Was mir in der Vorstellung am wenigsten gefällt, sind die späten Bemerkungen gegen die „Erwerbstätigen“ in Berlin. Die „Erwerbstätigen“ in Berlin wie in Breslau habe ich von vornherein vor der Verlesung des Westens zu bewahren gesucht. Mir ist schon die Interkonfessionalisierung der Arbeiterbewegung viel zu viel. Sie auch noch auf die Arbeiterinnen zu übertragen, würde die Verwässerung des katholischen Bewußtseins in die ganzen arbeitenden Klassen getragen haben. Darum habe ich die Erwerbstätigen als streng konfessionell verlangt. Wollen sie das nicht sein, so sollen sie sich nicht mehr katholisch nennen und als solche gelten wollen. So steht es mit den Erwerbstätigen in Berlin. Wie steht es mit der gleichen Organisation im Westen? Aus reinem Opportunismus, nur um die Macht der konfessionellen Vereine zu vereinigen, hat man die christlichen Arbeiter den Gewerkschaften zugeführt. . . . Wir wollen unsere Hände und Gewissen rein bewahren. Wir wollen an der Verflachung des katholischen Empfindens nicht teilnehmen. Wir wollen weder die Arbeiter noch die Arbeiterinnen mit Massenhab nähren, zum Klassen- und Machtkampf erziehen und der Sozialdemokratie zuführen. Bist denn die Frau M. die öffentlichen Blätter nicht und hat sie nicht gelesen, was der christliche Gewerkschaftsführer Effert jüngst ausgeplaudert hat? Selbst den Sozialdemokraten war diese Offenherzigkeit zu weitgehend. So liegt die Sache. Ich meine alles, was vom Weiler kommt, mit diesem Maßstab und sehe immer wieder aus allen Bestrebungen den Hferbesuß durchschimmern. Ich habe noch einmal im Herbst den Versuch gemacht, wenigstens ein Auge Zusammengehen zu ermöglichen. Alles scheiterte an dem wahrhaft häretischen Fanatismus, der im Westen bezüglich der sozialen Frage herrscht. Der Westen braucht unser Vertrauen nicht; er ist ja stark genug, seine Bestrebungen in seinen Kreisen durchzusetzen. In den Kreisen, in denen ich die Verantwortung habe, werde ich ihn auf das äußerste fernzuhalten suchen. Vertrauen aber kann ich weder den Grundfragen noch der Taktik entgegenbringen.“

Das ist deutlich und muß aufklärend wirken über die sozialpolitischen Anschauungen in den Kreisen des hohen Klerus. Herr Bischof Dr. Kopp v. Trier ist derselben Meinung wie Herr Kopp und auch noch andere hohe Geistliche.

Wenn sonst den M.-Glabbachern gesagt wurde, ihr Geschwätz vom Interkonfessionalismus sei mindestens ein grober Unfug, dann haben sich die Herren, wie gewöhnlich, aufs hohe Pferd gesetzt und von da herab gesagt: „Das verstehen wir besser.“ Weiß etwa auch Herr Fürstbischof Kopp nicht, was das Bekenntnis zum Katholizismus von seinen Befennern erfordert? Derselben Anschauungen, wie die Herren Kopp und Kerum, vertritt auch Herr Bilar W i n d o l p h v o d u m in seiner Broschüre: „Das Christentum der christlichen Gewerkschaften.“ Deswegen ist Herr Bilar Windolph von mehreren „christlichen“ Gewerksvereinsorganen in der bössartigsten Weise als Vignier, Fälscher, Dummkopf usw. beschimpft worden! Herr Kopp hat recht mit seinem Ausdruck von dem „häretischen Fanatismus“ der M.-Glabbacher. Alles, was nicht mit ihnen läuft, wird fanatisch bekämpft und insam beschimpft. Davon können die Verbändler manches Lied singen.

Arbeitsleistung und Löhne der Kokerei- und der Brikettarbeiter.

I.

Die letzten Wochen haben allen agitatorisch tätigen Verbänden die Gewißheit verschafft, daß sich die Gegner einer einheitlichen Bergarbeiterorganisation vornehmlich nur noch auf die Obertagsarbeiter stützen können. Die in den Kokereien und Brikettfabriken beschäftigten Kameraden stammen zum größten Teil aus industrieloosen Gegenden und sind massenhaft in Zechenkolonien untergebracht, wo sie vor den Ideen der modernen Gewerkschaftsbewegung bewahrt bleiben sollen. Bei sozialpolitischen und anderen Wahlen haben es unsere Kameraden oft erleben müssen, daß im kritischen Augenblick diensteifrige Beamten mit den Scharen der Obertagsarbeiter herangerückt kamen und mit ihnen den Sieg der Arbeiterseite entschieden. Und wenn man sich bei den herangeschleppten Arbeitsbrüder erkundigt, warum sie nicht den gewerkschaftlichen Kandidaten wählen, dann bekam der Frager meistens die Antwort: „Unser Koksmeister usw. hat uns gesagt, wir sollten nur die Zettel abgeben, die er uns gegeben hat!“ Wo ist eine große, wenn nicht die größte Zahl der Obertagsarbeiter noch gar nicht aufgeklärt über die wahre Bedeutung der Arbeiterorganisation und kennt deren Bestrebungen nicht.

Es muß aber auch gesagt werden, daß sich nur wenige Verbandsagitatoren um die Aufklärung der Kameraden in den Obertagsanlagen bemüht haben. Ja, wir müssen leider sagen, daß es immer noch viel zu viele Obertagsarbeiter gibt, die einen Obertagsarbeiter nicht „für voll“ ansehen und meinen, sich etwas zu vergeben, wenn sie sich mit den in den Kokereien und Brikettfabriken beschäftigten Arbeitsbrüder einlassen. Ein solcher „Rastengeist“ ist durchaus unsinnig und schädlich nur die Arbeiterinteressen! Wo wir auch arbeiten, überall find wir Rohitrüchthe der kapitalistischen Herren. Der Bauer und der Schlehler ist so gut ein Ausgehender wie der Koks- und der Brikettarbeiter. In dem Befreiungskampfe der Arbeiter brauchen wir alle Kameraden, ganz egal, ob sie ober- oder untertags arbeiten, ob sie deutsch, polnisch, tschechisch oder italienisch reden. Brüder sind wir alle gleich!

Darum fordern wir alle Verbändler auf, überall, wo er auftritt, den höflichen Rastengeist zu bekämpfen und energisch an die Aufklärung der Arbeitskameraden in den Obertagsanlagen heranzugehen!

Damit es nicht an Aufklärungsmaterial fehle, wollen wir nachstehend einige Vergleiche zwischen der Arbeitsleistung und der Entlohnung unserer Kameraden in den Obertagsanlagen ziehen. Weil eine große Masse dieser Kameraden früher in der Landwirtschaft bei unglaublich niedrigen Löhnen beschäftigt war, deshalb kann man ihnen Schichtlöhne von 2,50—4 Mark in die Hand drücken. Sie müssen damit in großer Bedürftigkeit leben, wissen auch nicht, was ihre Arbeit dem Unternehmern einbringt.

Bisher hat es an einer speziellen umfassenden Berichterstattung über jene Obertagsanlagen gefehlt. Nun liegt eine solche vor. Das Reichsamt des Innern hat für 1908 eine Erhebung veranstaltet, die die Kokereien und Brikettfabriken gesondert erfaßte. Der Bericht ist jetzt herausgekommen. Wir wollen daraus die wichtigsten Angaben veröffentlichen und besprechen.

Zunächst die Kokereibetriebe auf den Steinkohlenzechen usw. Es hat betragen:

Produktionsbezirk	Die Produktion (nur Koks) in Tonnen	Der Wert der Produktion in Mill. Mark
1. Rheinland-Westfalen (ohne Saargebiet), Hannover, Pommern, Schaumburg-Lippe und Südb.	24 853 160	288,8
2. Saartohlengbiet	2 552 113	26,1
3. Rheberschlesien	1 043 031	14,2
4. Oberschlesien	2 316 342	24,2
5. Sachsen und Sachsen-Meinungen	137 446	1,5

Nun werden aber bekanntlich bei der Verkokung der Steinkohlen eine Anzahl Nebenprodukte gewonnen, so Leer, Ammoniak, Ammoniaksalze, Benzole usw. Stellen wir die Werte dieser Nebenproduktion mit dem Wert der Kokszeugung zusammen, dann kommt folgendes heraus:

Wert der Koksproduktion	338,18 Millionen Mark
des Leers	12,76
des Ammoniaks	55,12
des Benzols	8,43

Wir können mit den sozialpolitischen Ansichten des Herrn Dr. Kopp nicht einverstanden sein. Sie passen nicht in unsere Zeit des rückwärts hersehenden Kapitalismus hinein. Aber Herr Kopp hat die Ehrlichkeit und Folgerichtigkeit des Denkens voraus vor den M. Glabbachern. Was er schreibt und denkt, ist aus der vielfältigsten katholischen Anschauung des Weltganzen, geschöpft und seine Echtheit heißt Respekt.

Was Herr Dr. Kopp schreibt, ist ungewisslich die Ansicht der päpstlichen Kirchenregierung. Das beweisen auch die Vorgänge in der katholisch-sozialen Bewegung des Auslandes.

Als vor Jahren in Belgien ein katholischer Geistlicher, der Abbé Daen, den Versuch unternahm, das soziale Gewissen seiner herrschenden kapitalistischen Glaubensgenossen zu wecken, damit sie eine arbeiterfreundliche Sozialpolitik treiben möchten, da dauerte es nicht lange und Abbé Daen erhielt von seinen kirchlichen Oberen den Befehl, seine Initiative einzustellen! Daen legte die Gründe seines sozialpolitischen Wirkens dar, aber es half ihm nichts. Er protestierte und wurde darauf von seiner obersten Kirchenbehörde gemahnt!

In Italien, wo die Arbeiterbewegung nach Erschöpfung ihres schweren Loses ruft, hörten mehrere katholische Geistliche diese Klagen zu rufen. Auch hier schritt bald die Kirchenbehörde ein. Der Führer der Bewegung, der katholische Geistliche Antonio Muzzi, gab sich alle Mühe, der päpstlichen Kirchenregierung die Notwendigkeit und Nützlichkeit dieser sozialen Organisationen klarzulegen. Half nichts. Das Ende vom Liede war auch hier die Mahnung, die soziale, volkswirtschaftlichen Geistlichen Muzzi durch das Kirchenregiment! Kürzlich ist wieder ein Geistlicher und Anhänger Muzzi gemahnt worden. Diese Männer wollten nicht einmal „interkonfessionelle“, sondern katholisch-soziale Organisationen; ungefähr von der Art wie die christlich-sozialen Arbeitervereine in Westdeutschland vor 25 bis 30 Jahren beschaffen waren.

Noch deutlicher offenbarte sich die Abneigung des obersten Kirchenregiments gegen eine sozialpolitische Organisation der wirtschaftlich Schwachen in Frankreich. Hier hat ein katholischer Rentier namens Marc Sagnier, und zwar nur im Interesse der katholischen Bewegung, seit 1894 um seine Zeitung, den „Sillon“ (Furchen), eine statische Gemeinde von sozialpolitisch regsamem Katholiken gesammelt, um auf die Öffentlichkeit und die Gesetzgebung aufmunternd einzuwirken. Eine durchaus im katholischen Geiste geführte Propaganda. Da aber einige neuere Fundgebungen der Sillonisten einen Drang nach einer selbständigen, nicht in allen Teilen kirchlich bevormundeten sozialpolitischen Parteibildung verrieten, mißfiel sich das Kirchenregiment ein und das Ende vom Liede war hier die Veröffentlichung einer päpstlichen Enghyllika, in welcher der „Sillon“ den Katholiken verboten worden ist!

Diese Vorurteile kennzeichnen die Stellung der kirchlichen Autoritäten zu den selbständigen sozialen Bestrebungen der Arbeiter zur Genüge. Solange sie etwas von einer demokratischen Gesinnung merken lassen, werden sie von oben herab verboten und verdammt, auch wenn die Mitglieder absolut nicht an eine religionsfeindliche Propaganda denken. Die obersten kirchlichen Behörden wollen nur Arbeiterorganisationen, die sich stets und in allen Stücken von dem Geiste der Unterwürfigkeit, der Entfremdung, des Gehorams gegen die „Oberleitung“ und den „Brothernen“ beherrschen lassen. Das entspricht durchaus der unverfälschten kirchlichen Auffassung von den Pflichten der „minderen Stände“. Die Vertreter dieser mittelalterlichen Gesellschaftslehre brauchen deswegen nicht als schlechte Menschen angesehen zu werden, die kein Herz für die Leiden der Armen hätten. Nein, ihre Äußerungen entsprechen vollkommen dem, was als die unverfälschte Sozialpolitik der obersten kirchlichen Autoritäten bezeichnet werden darf. Was hierunter zu verstehen ist, das hat am 18. Juni 1910 in der bayerischen Reichsratskammer ein berühmter Ausleger dieser Sozialpolitik mit christlicher Deutlichkeit ausgesprochen. Als der bayerische Eisenbahnminister die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen Christentum und Sozialismus betont hatte, da erhob sich Herr Reichsrat von Senle, Bischof von Regensburg, und sagte:

„Ich bin leider veranlaßt, dem Verkehrsminister widersprechen zu müssen in einer seiner Äußerungen, die von ganz besonderer Tragweite ist. Der Minister hat zwischen Christentum und Sozialdemokratie eine Analogie verglichen gezogen. Zwischen der Sozialdemokratie und dem Christentum besteht gar keine Analogie, weder in den Zwecken, noch in den Tendenzen, noch in seiner Entwicklung. Der Minister wies auf die soziale Bedeutung des Christentums hin. Das Christentum hat sich mit der sozialen Frage jahrhundertlang nicht beschäftigt. Wenn der Minister die Paulinischen Briefe nachliest, wird er finden, daß der Apostel Paulus immer darauf hingewiesen hat, sich in die gegebenen Verhältnisse zu fügen. Wer Recht ist, soll Recht bleiben, wenn er nicht freiwillig von seinem Herrn der Knechtschaft entbunden wird.“ Das

Christentum hat also, was Entwicklung betrifft und seine Stellung zur sozialen Frage, mit der Sozialdemokratie auch nicht die geringste Beziehung oder Verührung. Das möchte ich hier konstatieren haben.“

„Wer Recht ist, soll Recht bleiben!“ Gewiß, das ist die Lehre, die dem „Kirche“ seitdem die den Armen günstige Christuslehre zur „Staatsreligion“ „erhoben“ worden ist. Von Christus selber stammt dieses menschenwürdigende Wort nicht. Aber es ist für sehr viele seiner hochgehobenen Nachfolger das sozialpolitische Programm geworden.

Und nun fragen wir: Wie verhält sich das Auftreten der M. Glabbacher mit jenem von einem Kirchenfürsten ausdrücklich als katholische Sozialpolitik verkündeten Grundsatze? Wie verhält sich die „interkonfessionelle“ Gewerkevereinsarbeit mit der Stellung des obersten katholischen Kirchenfürsten gegen die sozialpolitischen Organisationen in Belgien, Frankreich und Italien? Es gibt nur einen Papst für alle römisch-katholischen Christen, nur eine römisch-katholische Kirche in der ganzen Welt. Was der Papst erklärt, das gilt für alle Katholiken, ganz gleich, wo sie wohnen. Darauf stützen sich die Herren Kopp, Korum, Senle, Journé, Windobolb, Sabign, Fleischer usw. Und sie haben dabei als Katholiken die Einheitlichkeit des Denkens für sich. Das muß ihnen auch ihr schärfster Gegner zugeben.

Daneben ist die M. Glabbacher ein Zwilling, ein jüngerer mit sozialpolitischen Begriffen, das nur zwei Erklärungen zuläßt: Entweder sind die M. Glabbacher Lehrer sich nie klar gewesen über die katholischen Grundbegriffe, oder sie haben mit dem Katholizismus innerlich gebrochen!

Das eben ist es, was die Herren Kopp, Korum usw. den Herren von M. Glabbach, den Zentrumsführern, deren Sprachrohr die „Königliche Volkszeitung“ ist, und den katholischen Führern der „interkonfessionellen“ Gewerkevereine vorwerfen. Darum schreibt Herr Fürstbischof Kopp vom katholischen Standpunkt aus von „einer Verfechtung des Westens“ und wendet sich gegen die „interkonfessionellen“ Arbeiterorganisationen. Andere Wortführer des strengen Katholizismus haben schon gesagt und geschrieben, die M. Glabbacher führe „zur Verwässerung des Katholizismus“, bedeute eine „Verwirrung der Geister“. „Religion ohne Konfession ist Konfusion“ sagte Herr Domkapitular Schäbler. Ein „interkonfessionelles“ Christentum gäbe es nicht, wer es wolle, sei ein Unterwähler der kirchlichen Autorität, erklärten andere führende Katholiken.

Sie haben zweifellos recht vom kirchlichen Standpunkt aus. Was hat also das Geschwätz von der „gemeinsamen christlichen Weltanschauung“ zu bedeuten? Es ist bestenfalls ein hübscher Unsin, aber berechnete auf eine „Sammelpolitik“ a la Kettenswähnen. Die Schwäger selbst können an diesen Unsin nicht glauben, aber sie haben mit ihrer kirchlich-religiösen Erziehung grundsätzlich gebrochen.

Nun hat die Erfahrung gelehrt, daß die M. Glabbacher „Sammelpolitik“ einen kläglichen Mißerfolg gehabt hat und eine verfehlte Spekulation gewesen ist. Die Evangelischen sind in ihrer übermäßigen Mehrheit nicht entgangen worden. Aber andererseits hat das gelegentliche „radikale“ Auftreten der Gewerkevereinsführer einen großen Teil ihrer Mitläufer radikalisiert! Immer „Sühholzaeseln“ dürfen die Herrschaften nicht, damit gewinnen sie keine Mitglieder. Weil sie aber einmal „radikale“ Reden a la Effert halten und das andere Mal sich mit den Beschränkten verbrüdernd, deshalb haben viele Mitglieder das Vertrauen verloren und treten den Bismarck nach links an! Bei einer Zwittrergeburt wie es der „interkonfessionelle“ „radikal-gegenfeindliche“ Zentrumsverein ist, mußten solche Folgen eintreten. Und deshalb fordern die kirchlichen Autoritäten gebieterischer die Abgabe an den „interkonfessionellen“ Mumpst, damit nicht alle Dämme eingestürzt werden. Ein wirres Durcheinander.

Dagegen stehen die Verbändler auf dem festen Boden einer Kampfgewerkschaftlichen Organisation gegen die Arbeiterfeinde, wie sie sich auch nennen und maskieren mögen. Deshalb gewinnt der Bergarbeiterverband fortgesetzt, mehr das Vertrauen der Kameradschaft. Die vornehmste Aufgabe der Verbändler ist, alle noch feindseligen Arbeitskräfte heranzuziehen. Es muß endlich Schluß gemacht werden mit der spannbildigen Auseinandersetzung der Bergarbeiter! In den schweren Kämpfen, die der gesamten Arbeiterklasse bevorstehen, brauchen wir so nötig, wie das tägliche Brot,

eine einheitliche Bergarbeiterorganisation!

Die „Interkonfessionellität“ der christlichen Gewerkschaften.

Am 15. Mai 1891 erschien die Enghyllika Aeos XIII, nach ihren Anfangsworten Rerum novarum genannt. Sie beschäftigte sich mit

der sozialen Frage und in ihrem letzten, der praktischen Seite gewidmeten Teile mit den Arbeitervereinen. Im Gegensatz zu den Vereinen, die unter einer „einheitlichen geheimen Leitung“ standen, und Einrichtungen hätten, die dem Wohle der Religion und des Staates nicht entsprächen (damit waren die als sozialdemokratisch geltenden Gewerkschaftsverbände gemeint), empfahl der Papst die Gründung von Arbeitervereinen, als deren „wichtigstes Ziel“ zu gelten habe der „Einfluss auf Arbeiter und Lohnherrscher“ in Bezug auf Rechte und Pflichten“ und von denen er dann weiter forderte: „Das religiöse Element muß dem Verein zu einer Grundlage seiner Einrichtungen werden. Die Religiosität der Mitglieder soll das richtige Ziel sein und darum muß der christliche Glaube die ganze Organisation durchdringen.“

Die Organisationen, die hier der Papst empfahl, entsprachen den katholischen Arbeitervereinen, wie es deren in Deutschland seit geraumer Zeit an zahlreichen Orten gab. Bereits vor dem Erscheinen der erwähnten Enghyllika war in den Kreisen dieser Arbeitervereine auch schon der Gedanke beruflicher Organisation erörtert worden, und zwar in dem Sinne, daß die Gründung von Fachabteilungen innerhalb der katholischen Arbeitervereine empfohlen wurde. Im Januarheft 1891 der „Kölnener Korrespondenz“, einer für die Arbeitervereinspräsidenten bestimmten Zeitschrift, findet sich der Entwurf eines Statuts für solche Fachabteilungen, worin sich die Mitglieder der einzelnen Vereine innerhalb der katholischen Arbeitervereine zur Wahrung ihrer Berufsinteressen zusammenfinden sollten.

Der Gedanke, der wenig Beachtung fand, wurde dann auf breiterer Grundlage erörtert in einer Konferenz der Arbeitervereine der Erzdiözese Köln am 24. September 1894. Hier unterbreitete Dr. Franz Hitz, damals noch Kaplan, „Vorschläge betreffend Bildung von Fachabteilungen in den katholischen Arbeitervereinen“, die von der Konferenz auch gebilligt wurden. Beigefügt des Streiks hieß es in diesen Vorschlägen:

Gewiß kann und soll auch das letzte Mittel zur Erreichung der berechtigten Wünsche und Forderungen, der Streik, den Arbeitern nicht verweigert werden, aber schon die lokale und konfessionelle Beschränkung der Organisation wird die selbständige Ausübung und Durchführung eines solchen kaum möglich erscheinen lassen. Jedenfalls wird der Präses und Vorstand des Vereins mit Erfolg dahin wirken, daß 1. erst alle Mittel friedlicher Beilegung versucht werden; 2. nicht bloß die Geschäftspunkte und Gründe der Arbeiter, sondern auch die Gegenstände der Arbeitgeber; 3. die Schwierigkeiten und Gefahren des Streiks zur vollen Geltung kommen; 4. neben den Gegenständen die Solidarität der Interessenten; sowie die Gesetze der Ordnung und Gerechtigkeit nicht vergessen werde; 5. der Friede immer das bewußte Ziel bleibe.

Wie man sieht, ist der Gedanke der Fachabteilungen in den Arbeitervereinen als Berufsorganisation der katholischen Arbeiter, der jetzt von den christlichen Gewerkschaften so heftig bekämpft wird, schon sehr alt. Er wurde damals von den bekanntesten Sozialpolitikern im katholischen Lager vertreten und auch in die Tat umgesetzt: an zahlreichen Orten bildeten sich solche Fachabteilungen, in denen wir die Grundlage der beruflichen Organisation der katholischen Arbeiter zu erblicken haben. Und was den Streik betrifft, so finden wir, daß die damaligen Ansichten darüber sich kaum von denen unterscheiden, die heute in den Fachabteilungen der Berliner Richtung gelten. Man lese die vorliegenden Fälle Hitz und beurteile, ob dabei ein anderer Sinn herauskommt, als der: Theoretisch ist der Streik erlaubt, aber praktisch wird er dafür werden Präses und Vorstand des Vereins schon sorgen, nie zur Ausführung kommen.

Die Entwicklung der Fachabteilungen wurde unterbrochen durch die Gründung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund am 24. August 1894. Sie fand statt auf Anlaß und unter Beihilfe katholischer und evangelischer Personen, namentlich Geistlicher, und zwar auf der Grundlage der Interkonfessionellität. Das heißt seine Gründe. Das Kohlenrevier ist konfessionell gemischt; dem Zentrum stand eine starke „liberale“ Partei gegenüber, der die Beschränker der Mitglieder angehörten. Eine rein katholische Organisation würde in diesem Gebiet von vornherein als ultramontanes Parteiunternehmen gekennzeichnet und mit allgemeinem Mißtrauen seitens der evangelischen und liberalen Bevölkerung aufgenommen worden sein. Deshalb machten die ultramontanen Organisatoren aus der Not eine Tugend und verbündeten die Interkonfessionellität als die Grundlage der ersten mit vielem Geschrei ins Leben gerufenen christlichen Gewerkschaft. Daß sich das in der Tat so verhielt, beweist ein Satz aus einem nach der Gründung des Gewerkevereins erschienenen Artikel der „Christlich-sozialen Wälder“, des Hauptorgans der damaligen katholischen Sozialpolitik:

In Anbetracht der im Ruhrkohlengebiet nun einmal herrschenden Verhältnisse, sowohl in konfessioneller wie in sozialer Hinsicht, können auch wir uns nur für das Zusammenwirken beider christlicher Konfessionen in der Gewerkschaft aussprechen, wenn uns auch eine auf konfessionellem Boden stehende Organisation weit mehr ansprieche würde. Was aber nicht zu erreichen ist, darauf muß man schon verzichten und das nächstliegende Gute erstreben.

Bergarbeiter-Föderation Großbritanniens.

Bericht von R. Smillie und M. Danton über die soziale und wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterklasse im Jahre 1910.

Nachdruck verboten.
In dem Dorfe der Beche Madbod trafen wir den Verkäufer der Konsumgenossenschaft der Gegend, der uns versicherte, daß in dem Distrikte viel Pferdefleisch gegessen würde. „Pferdefleisch kostet 40 Pfg. pro Pfund und die beste Pferdemurkt 80 Pfg.“ Als wir ihn befragten, ob die Leute das Pferdefleisch den gewöhnlichen Fleischsorten vorziehen, erwiderte er, daß die Arbeiter diese Fleischsorten aus Not und nicht aus Vorliebe äßen. Er übergab uns auch einen Rechenschaftsbericht seines Vereins für das letzte Jahr und machte uns auch mit manchen interessanten Tatsachen über den Konsumverein bekannt. So erzählte er uns, daß in einer letzten stattgefundenen Versammlung dieses Vereins ein Beschluß gefaßt wurde, nicht mehr als 7 Prozent Dividenden zu zahlen. In dem Jahresbericht (vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909) dieses Vereins, der „Konsum- und Sparverein Dortmund-Gamut e. G. m. b. H.“ genannt wird, fanden wir auf Seite 4 folgende Bemerkung, mit der die Geschäftsleitung den Mitgliedern des Vereins die große Steigerung in den Preisen der Nahrungsmittel zu erklären versuchte: „... Vornehmlich hat die Bauindustrie über Beschäftigungslosigkeit zu klagen. Die Maschinenfabriken werden meistens hart mitgenommen und auch in der Hütten- und Bergwerksindustrie ist es zu Arbeiterentlassungen, Forderungen usw. gekommen.“

Hand in Hand mit diesen widrigen Zuständen geht im Reiche die Verteuerung der Lebensmittel und notwendigen Gebrauchsartikel. Die von den herrschenden Gewalten beliebte Zollpolitik führte uns in die Zeit permanenten Teuerung. Gelegenheitswiderernten verschlechterten unter diesen Umständen die Marktlage verschiedener Artikel außerordentlich.

Dieser Auszug, der durch andere aus den Berichten beinahe jeder Konsumgenossenschaft in Deutschland bestätigt werden kann, ist einer aus einer Anzahl Berichte, die wir gesammelt haben, und zeigt klar, was der deutsche Arbeiter über die schutzöllnerische Steuerpolitik denkt.

Bevor wir dieses Dorf verließen, fragten wir unsere Freunde, ob die Bergwerksbesitzer, denen doch alle verfügbaren Häuser gehören, ihre Arbeiter im Streikfall ermittieren können. Sie antworteten, daß es in Preußen ein Gesetz gibt, das bestimmt, daß die Gemeinde verpflichtet sei, für ihre ermittelten Mitglieder passende Wohnungen zu finden, und daß die Gemeinde dazu für die Miete garantieren müsse. Während des allgemeinen

Streiks des Jahres 1905 verfolgten die Werksbesitzer in einigen Teils des Westfalens, die in ihren Häusern wohnenden Bergarbeiter zu ermittieren. Als aber die Beamten des Bergarbeiterverbandes dann die Polizei auf ihre Pflicht aufmerksam machten, intervierte diese und das Resultat war, daß zwei ermittelte Familien ihre Häuser wieder beziehen konnten und daß man nichts mehr von Ermittlungen hörte. Ein diesem preussischen Gesetz analoges Gesetz könnte vorteilhaft in Großbritannien, besonders in Yorkshire und Schottland, eingeführt werden, wo sich die Werksbesitzer noch häufig der tyrannischen und barbarischen Waffe bedienen, ganze Familien auf die Straße zu setzen.

Am folgenden Tage, Samstag, besuchten wir in Begleitung des Kameraden Sue, Reichstagsabgeordneter für Bochum, die hübsche Stadt Werden an der Ruhr und gingen von dort zu Fuß durch verschiedene Bergarbeiterdörfer, wobei wir auch an vielen einzelnen Bergarbeiterhäusern vorbeikamen. Werden ist eine kleine Stadt, deren Bevölkerung zu drei Vierteln aus Textilarbeitern und einem Viertel aus Bergarbeitern besteht. Unser Kamerad Sue erklärte uns, daß die Textilarbeiter in dieser Stadt durchschnittlich 280 Mk. pro Tag verdienen und daß sie einen Wochenverdienst von 20 Mk. als einen sehr guten Lohn ansehen. Das nördliche Ufer des Flusses Ruhr bildet die südliche Grenze des rheinisch-westfälischen Kohlenfeldes. Nur wenige Bechen liegen südlich von der Ruhr. Die Bergarbeiterbevölkerung dieser Gegend besteht fast ganz aus dem alten Geschlecht der westfälischen Bergarbeiter, die das Rückgrat der deutschen Bergarbeiterbewegung bilden. Hier kann man sehr wenige ausländische Bergarbeiter antreffen. Diese westfälischen Bergarbeiter sind gewissermaßen die antiken beschalteten Bergarbeiter Deutschlands; durch ihre Gewerkschaftsorganisation ist es ihnen gelungen, sich die höchste Lebenshaltung, die man in den deutschen Bergwerkdistrikten antreffen kann, zu erkämpfen. Viele von ihnen, die in der Nachbarschaft Werdens wohnen, arbeiten auf der Beche-Rangenberg. Einige der Häuser, an denen wir während unseres Spazierganges vorbeikamen, gehören der Beche. Diese Häuser waren teilweise aus Holz gebaut und jedes enthielt acht Zimmer, in die sich zwei Familien teilten. Jede Familie bezahlte 12 Mk. Miete pro Monat, wozu natürlich wieder die direkten Steuern zu rechnen sind. Zu diesem Hause gehörte ein großes Stück Gartenland; denn diese westfälischen Bergarbeiter waren ursprünglich Bauern und haben ihre früheren Gewohnheiten noch nicht aufgegeben. Viele von ihnen wohnen sogar jetzt noch in Bauernhäusern und bestellen neben ihrer Arbeit auf der Beche noch kleine Bauernhöfe. Wir sahen viele solcher Bauernhöfe. Die Frau eines der Bergarbeiter in einem der Bechenhäuser sagte uns, daß der durchschnittliche Lohn ihres Mannes,

eines Hauers, 120 Mk. monatlich bei achtstündiger Schicht sei und daß er zwischen 24 und 26 Schichten den Monat verbringe.

Wir hatten eine lange Unterredung mit dem Kameraden Sue, der allgemein als Autorität in deutschen Bergarbeiterangelegenheiten angesehen wird und der im Begriffe steht, ein Werk in zwei Bänden über die Geschichte der deutschen Bergarbeiter zu veröffentlichen. Wir fragten ihn besonders über die Wirkung der Schutzzölle auf die soziale Lage der Arbeiterklasse und er lieferte uns manche sehr interessante Angaben. Der Bergarbeitervertreter erklärte uns, daß vor dem neuen Polttarif des Jahres 1902, der im Jahre 1906 mit dem neuen österreichischen Handelsvertrage in Kraft trat, die an der holländischen Grenze wohnenden Bergarbeiter das Recht hatten, Nahrungsmittel bis zu zwei Pfund für jeden Artikel nach Deutschland zu bringen. Seitdem der neue Polttarif in Kraft getreten ist, ist dies Recht in großem Maße durch hindernde Beschränkungen aufgehoben worden, was zur Folge gehabt hat, daß die Kosten des Lebensunterhaltes einer deutschen Familie an der holländischen Grenze seitdem um eine Mark pro Tag gestiegen ist. Als wir dies erfuhren, beschloßen wir, auf dem Heimwege das Bergrevier in der Nähe der holländischen Grenze zu besuchen, um diesen interessanten Stand der Dinge kennen zu lernen, der so klar die Falschheit des Argumentes der Schutzöllner, daß Schutzzölle die Preise in dem beschützten Lande nicht erhöhen, darlegt.

Alles in und um Essen scheint dem Kammerad Sue Krupp zu gehören. Auf Schritt und Tritt wurden wir eindringlich daran erinnert, von Werden aus hätten wir über einen Fuß auf einer Fährte, die Krupp gehört; das Land, worauf wir standen, gehört Krupp; die Villa auf dem Hügel, die auf uns herabblitzte, war Krupps Eigentum; der Wald, an dem wir vorbeikamen und der sorgfältig mit Stachelndorn eingegrenzt war, gehörte Krupp; und als wir des Nachmittags in Begleitung unseres Kameraden und Führers einen Spaziergang durch Essen machten, war es nutzlos zu fragen, wem alles gehörte; die Antwort lautete unfehlbar: „Der Firma“, d. h. Krupp. Es schien uns zu der Zeit, daß es dem gepriesenen Schutzöllnsystem sicherlich gelungen ist, vielfache Williwäre zu schaffen, die jeden Zoll Boden besitzen, auf dem man steht, und wir wunderten uns über die außerordentliche Generosität der Firma, die uns armen Sterblichen erlaubte, ihre Luft zu atmen.

Der Kamerad Sue arbeitete früher in einer der vielen Werksstätten Krupps, die in Essen zusammen 30 000 Leute beschäftigen. Der Durchschnittslohn der Arbeiter in Krupps Werksstätten ist 30 Mk. pro Woche; man darf jedoch nicht vergessen, daß sehr viele der Angestellten Krupps sehr hoch qualifizierte

Die Fachabteilungen in den katholischen Arbeitervereinen gehen sehr langsam, oder vielmehr: sie gehen gar nicht, sie bleiben in ärmlichen Anfängen stehen. Dazu waren selbst die katholischen Arbeiter, namentlich im Westen, schon zu einseitig und zu „begehrlich“ geworden, als daß sie sich hätten für die Mär einfangen lassen, daß solche an Händen und Füßen gebundene Scheinorganisationen geeignet seien, das Interesse der Arbeiter wirksam wahrzunehmen. Deshalb verließen die Arbeiter in M.-Glabbach den Gedanken der katholischen Fachabteilungen und prieten nunmehr den katholischen Arbeitern die Gründung von eigenen Gewerkschaften auf christlicher d. h. interkonfessioneller Grundlage, nach dem Muster des christlichen Bergarbeiterverbandes im Ruhrgebiet an. Und die M.-Glabbacher wußten diesen Gedanken mit dem ihnen eigenen Geschick durchzuführen. Widerstände gab es genug. In und um Aachen blieb man lange noch auf dem Standpunkt rein katholischer Gewerkschaften stehen, die man auch politisch durch die Statuten auf das Zentrum verpflichtete wollte. Und in den Kreisen der katholischen Sozialpolitiker traten nach wie vor einflussreiche Personen wenn auch nicht mehr für die Fachabteilungen in den Arbeitervereinen, so doch für rein katholische Gewerkschaften ein.

Kaplan Oberdorfer, der Herausgeber der „Kölnen Korrespondenz“ und Mitgründer des christlichen Bergarbeiterverbandes, bemerkte Anfang 1893 in seinem Organ, daß er „prinzipieller Gegner einer katholischen Gewerkschaft“ sei; er würde „ganz und gar dafür sein“, wenn es möglich wäre, „eine großartige Organisation“ zu schaffen, die mit Macht eingreifen könne in die schwebenden Arbeiterfragen. Als dann der christliche Bergarbeiterverband gegründet worden war und man sich anschickte, nach dessen Muster weitere Organisationen zu gründen, da schrieb Mitte 1895 Oberdorfer:

Neuerdings tauchen wieder Pläne auf, große christliche Berufsorganisationen nach dem Muster der in Bildung begriffenen Bergarbeiterorganisation zu gründen. So in den Bezirken Bochum, Gagen, Herten. Eines paßt nicht für alle. Die Bergarbeiter stehen unter aparten Verhältnissen. Darum sei man vorsichtig. Wir halten unentwegt an unserem Standpunkt fest, daß es besser ist, katholische Organisationen zu schaffen. Wir haben uns auch davon überzeugt, daß es selbst für die Bergarbeiter trotz ihrer eigentümlichen Verhältnisse besser gewesen wäre, wenn sie zwei konfessionelle Verbände mit den gleichen Statuten gegründet hätten.

Man hört hier von einem der Gründer der ersten christlichen Gewerkschaft, also gemäß aus beruflichem Munde, daß die Interkonfessionalität nur ein Notbehelf war; man sieht, daß namhafte katholische Sozialpolitiker nach wie vor rein katholische Organisationen für das Richtige hielten und daß solche Organisationen, wie das Beispiel von Aachen beweist, sich auch bilden. Aber die M.-Glabbacher wußten ihren Willen durchzusetzen, und auf dem ersten Kongress der christlichen Gewerkschaften (Weing 1890) wurde dann, wenn auch noch unter Widerspruch, der interkonfessionelle Charakter der christlichen Gewerkschaften programmatisch festgelegt.

Das Zukunftsgebiet der Schwer-eisenindustrie.

Das im Westen Lothringens gelegene Gebiet, umfassend den westlichen Teil Lothringens, das angrenzende französisch-Lothringens und Luxemburg ist reich an Eisenerz, d. h. Millionen und Millionen liegen dort im Boden und die internationale Kapitalismus ist auch mit aller Macht daran, diese Schätze zu heben oder vielmehr durch die Hände fleißiger Arbeiter der Erzgräber heben zu lassen. Nach in den 40er Jahren wußte man mit dem „schweren Erze“, wie der Bauer die eisenhaltige Minette nannte, wenig anzufangen, da sie einen bedeutenden Phosphorgehalt besitzt und Erze, die große Mengen von Schwefel oder Phosphor enthalten, früher als zur Eisenerzeugung unbrauchbar galten. Erst durch die Erfindung Bessemers (Bessmer-Hochöfen), gelang es im Jahre 1855, durch den Sauerstoff ein in das flüssige Eisen eingeschlossenes Sulfid in Schwefel und andere schädliche Bestandteile zu verbrennen und so wenigstens schon im kleinen Maße die Minette nutzbar zu machen. Als es dann im Jahre 1870 dem Engländer Thomas glückte, durch Ausleihen der flüssigen Schlacke (Bessmer-Wirnen) mit einer aus Dolomit bestehenden Masse dem geschmolzenen Eisen den Phosphorgehalt zu entziehen, wurde aus der verachteten Minette ein Material, das zu Millionen Tonnen umzumünzen war. Doch nicht allein die Minette war nun brauchbar, sondern sie liefert auch als Nebenprodukt bei der Verhüttung bedeutende Mengen von Phosphorsäure (Thomas-schlacke), das ein beliebtes Düngemittel ist und nochmals laufende von Markt den Hütten einbringt. Obwohl die Erze nur 30 bis 40 Prozent Eisengehalt besitzen, ist der Abbau lohnend, da er teils in Tagebauen (Luxemburg), teils in nur bis zu 200 Meter tiefen Schächten erfolgen kann.

Die Erze haben ferner einen solchen Kalkgehalt, daß sie in der Verhüttung keine Schwärze bieten. Man teilt das Lothringens Gebiet in fünf Erzlager, die zusammen ein 30 Meiler mächtiges Eisenerz bilden. Die größte Ausbeute liefert das Plateau von Briey (französisch-Lothringen) in einer Ausdehnung von 70 000 bis 80 000 Hektar, wovon 40 000 bis 50 000 zu Frankreich und 27 000 bis

Arbeiter sind. Die Häuser, in denen die Angestellten wohnen, gehören Krupp; sie sind im Stile der Mietwohnungen gebaut; jede Familie hat drei Zimmer und die monatlich zu entrichtende Miete beträgt 13,50 Mk., zu welcher Summe die direkten Steuern hinzuzuzählen sind, um einen Vergleich mit den in Großbritannien herrschenden Verhältnissen zu ermöglichen. Wir erfahren durch die Konversation mit dem Kameraden Sue, daß die vielgepriesene väterliche Sorge des deutschen Staates um die Arbeiter größtenteils eine Mythe sei. Was z. B. die Einführung der Badeeinrichtungen auf den Bechen anbelangt, so versicherte er uns, daß diese Einführung nur durch die Agitation veranlaßt worden sei, die die Bergarbeitergewerkschaften entfaltet hätten. Bevor diese Agitation einsetzte, seien die Bechenbesitzer oder der Staat in betreff dieser Badeeinrichtungen nicht besorgt gewesen und sogar jetzt seien diese Einrichtungen nicht anzutreffen in Orten, wo die Organisation der Arbeiter schwach oder nicht vorhanden ist. In betreff der allgemeinen Frage, ob sich das Los des deutschen Arbeiters unter dem Schutzoll gebessert habe, erklärte er, daß, obwohl die Arbeiter jetzt besser gekleidet gingen, intellektuell auf einer höheren Stufe ständen, eine bessere Erziehung genossen und qualitativ bessere Wohnungsverhältnisse hätten, als in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts, so hätten sich doch die Wohnungsverhältnisse quantitativ und die Ernährung quantitativ und qualitativ verschlechtert. Er führte als Beispiel an, daß man für eine gewisse Klasse Häuser in den siebziger Jahren 12 Mk. pro Monat gezahlt hätte und jetzt 30 Mk. und mehr zahlen müsse. In früheren Zeiten habe eine Arbeiterfamilie selten Schlafbüchsen genommen, heute sei das allgemein die Sitte. Er erinnerte sich der Zeit, als es nicht einen einzigen Pferdemehrer in Westfalen gegeben habe, der Pferdefleisch als menschliche Nahrung verkaufte; jetzt seien diese in großer Zahl in jeder Stadt und jedem Dorfe dieses Bergwerksdistriktes anzutreffen. Es sei klar, daß diese Verschlechterung ein Resultat des Schutzolles sei, der die industriellen und agrarischen Zünfte auf Kosten der großen Massen der Bevölkerung mäste. Hätte die organisierte deutsche Arbeiterklasse nicht unaufhörlich für bessere Lebensbedingungen gekämpft, so würde der Zustand des deutschen Arbeiters heute ein trostloser sein.

Ehe wir Westfalen verließen, kamen wir mit den Hauptbeamten des Zentralbundes des deutschen Bergarbeiterverbandes zusammen und sammelten eine Menge nützlicher Angaben, die am Ende dieses Berichtes unter den allgemeinen Bemerkungen zu finden sind.

Wir bezogen den Pfingstmontag, um nach Leipzig zu reisen, von welcher Stadt wir beabsichtigten, das Braunkohlengebiet um die kleine Stadt Zeitz zu erreichen, das in der preussischen Provinz Sachsen, ganz nahe dem Königreich Sachsen, gelegen ist.

28 000 Hektar zu deutsch-Lothringen gehören. (Nach den Angaben des Herrn Bergmeisters Rohmann, Diederhosen). Im französischen Gebiet ist die Minette prozenthaltiger als im deutschen. Angestellten Berechnungen zufolge soll der Erzreichtum im Erzgebiet sich folgendermaßen zusammenstellen:

In deutsch-Lothringen nach Schätzungen des Herrn Bergmeisters Rohmann: 1 Milliarde 800 Millionen Tonnen; in Luxemburg: 250 Millionen Tonnen; in Frankreich (Bassin Longwy): 300 Millionen Tonnen; in Belgien (Landres und Orne): 2 Milliarden 200 Millionen Tonnen. Dazu kämen noch nicht konfessionelle im Schätzungswerte von 800 bis 600 Millionen Tonnen.

Deutsch-Lothringen und Luxemburg fördern 80 Prozent der sämtlichen in Deutschland geförderten Eisenerze. In 100 Jahren soll das bis jetzt im Lothringens Eisenrevier bekannte Eisenerz ungefähr abgebaut sein. Kein Wunder deshalb, daß auch Thyssen und andere rheinische Kapitalisten sich bemühen, von dem Raub soviel wie möglich noch abzubekommen. Schweden, Spanien usw. werden immer mehr dazu übergehen, die Ausfuhr ihrer Eisenerzschätze zu beschränken, deshalb das Drängen der Schlotbarone nach Lothringen. Niesenerwerbe werden da in neuester Zeit aufgeführt. In Esch verschwinden Hektare von Wäldern; Berge werden verfest, nicht durch den Glauben, sondern durch riesige Dampferzeugung. Millionen werden verwandt zur Herstellung eines mit allen Erfindungen der Neuzeit ausgestatteten Hüttenwerks. Bei Hagendingen, wo früher Felder und Wiesen das Auge erfreuten, arbeitet Thyssens Kapital, und wo noch vor zwei Jahren Pflug und Egge ihre Arbeit verrichteten, erhebt sich Thyssens Zementfabrik, der in Kürze ein großes Hüttenwerk folgen soll. Bei Vuesenborn und in anderen Dörfern Lothringens, nicht zu weit von Metz, sollen Kohlen gefunden sein. Also Erz und Kohlen beisammen, ein Ideal für den Kapitalismus! Heute schon ist West-Lothringen mit den angrenzenden Gebieten Haupterzrevier von Hoheisen. Während die allberühmte Eisenindustrie von Rheinland-Westfalen 5 1/2 Millionen Tonnen Hoheisen jährlich erzeugt, liefert heute das Grenzgebiet schon 6 Millionen Tonnen. Also ein gefährlicher Konkurrent auf dem Weltmarkt. Deshalb in den letzten Jahren das Drängen hierher. Westfalen wird nach einem Jahrzehnt nicht mehr, wie unser bekanntes Lied sagt, das Land der Kohle und des Eisens sein, sondern das letzte Nitribut wird ihm von dem lothringischen Erzgebiet geraubt sein. Die Lothringers Gesellschafter meinten, daß die rheinisch-westfälischen Hüttenwerke drängen und tun auch alles, um sich sowohl hier als über der Grenze soviel wie möglich von den Schätzen zu sichern. So besitzt der Lothringers Hüttenverein in der Nachbarschaft seiner bei Neunkirchen in Lothringen gelegenen Werke zusammen 1066 Hektar Eisenstein-Konkessionen mit einer heute noch gewinnbaren Erzschüttung von rund 70 Millionen Tonnen, außerdem ist die Gesellschaft mit vier Fünftel an dem nur 15 Kilometer von den Hoheisen entfernten französischen Erzbergwerk Murville beteiligt, dessen Konkession 406 Hektar umfaßt und dessen abbaufähiger Erzvorrat auf 50 Millionen Tonnen geschätzt wird. Der Lothringers Hüttenverein betreibt auf zwei Hoheisenwerken acht Hoheisen mit einer jährlichen Erzeugung von rund 580 000 Tonnen Hoheisen. Das Stahlwerk hat heute eine Leistungsfähigkeit von 400 000 Tonnen Hoheisen, die durch entsprechende Ausgestaltung bis auf 600 000 Tonnen gebracht werden kann. Das Stahlwerk, bestehend aus sieben Fertigtürmen, ist darauf eingerichtet, auch diese erhöhte Stahlerzeugung in Halbzeug und Fertigerzeugnisse auszuwalzen.

De Wendel hat sich in Gruesnes (französisch-Lothringen) Konkessionen gesichert und wenn das Eisenlöcherer Werk vollendet, das neun Hoheisen bekommen soll, und Thyssen sein Niesenerwerbe errichtet hat, kann der Konkurrenzkampf beginnen, oder aber die Verbindung all dieser Geldmänner zur ungehörigen Hebung der Lothringers Schätze. Wo sich solche Niesenerwerbe erheben, gibt es natürlich auch keine Zwergprojekte. So macht die deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-gesellschaft folgenden Abschluß des letzten Geschäftsjahres:

Im Laufe des letzten Geschäftsjahres arbeitete das auf 63 500 000 Mark erhöhte Aktienkapital vollständig mit, auf das unter der Verfertigung der Geschäftslage eine um 1 Prozent höhere Dividende zur Ausschüttung gelangte. Im Vergleich der beiden letzten Geschäftsjahre weist der reine Betriebserlös eine Steigerung von 10 571 699,63 Mark auf 13 253 906,93 Mark auf. Nach Abzug der Obligationen- und Hypothekenzinsen in Höhe von 1 464 914,64 Mark und Betriebssteuern von 527 381,36 Mark und Zinszurechnung des Vortrages in 1908/09 von 552 899,11 Mark ergibt sich für das letzte Geschäftsjahr ein Bruttoertrag von 11 815 010,04 gegenüber 9 200 771,00 im Vorjahre. Die Abschreibungen weisen eine Zunahme von 5 100 000 Mk. auf 5 440 742,55 Mk. auf. Während im Vorjahre dem Reservefonds 209 538,55 Mk. aufstießen, wurden diesmal Zurückstellungen für diese Zwecke nicht gemacht. Der verfügbare Reingewinn stellt sich auf 6 374 287,49 Mk. gegenüber 4 190 771,09 Mk. im Vorjahre. Von diesen Summen wurden 5 500 000 Mark bezw. 3 300 000 Mk. für die Befriedigung der Aktionäre durch eine Dividende von 11 bezw. 10 Prozent auf alte und 5 Prozent auf neue Aktien für das Geschäftsjahr 1909/10 bezw. 1908/09 aufgewendet. Für die Einkommensteuer gelangten 100 000 Mk. zur Rückstellung. Die Dividende des Aufsichtsrates erhöhte sich von 128 333,48 Mk. auf 223 292,10 Mk., während auf neue Rechnung 550 985,30 Mk. vortragend wurden. Bei einer Liquidation auf Grund der Bilanz hätte zur Verteilung an die Aktionäre eine Summe von insgesamt 76 276 973,06 Mk. zur Verfügung gestanden, so daß sich der Bilanzkurs der Aktien auf 120,10 Proz. des Nominalkapitals stellt.

Es ist dies nur eine der Gesellschaften aus der Reihe derjenigen, die von 12 bis 30 Prozent Dividende verteilen. Aufsichtsratslantienmen, also Dreihundertern, welche von den Arbeitssienen genommen werden, von 200 000 Mk. sind heute in der Zeit der „göttlich-kapitalistischen Weltordnung“ keine Seltenheit mehr.

Wie sieht es dagegen mit dem Arbeiter, der alle diese Werte schafft, sowohl dem Berg- wie Hüttenarbeiter in diesem an Schätzen so reichen Lande aus. Im letzten Jahre eine höhere Förderung bei dem Bergarbeiter, aber weniger Lohn und Preissteigerung der Lebensmittel. Arbeitszeit von 9 bis 10 Stunden. Nebenkrankheiten bei Bergarbeitern, die kaum das vierzigste Jahr erreicht haben, sind infolge der schweren, forcierten Arbeit an der Tagesordnung. Bei den Hüttenarbeitern sieht es noch miserabler aus. 24, ja 36 Stunden folgen der 12 stündigen Schichtzeit, auf daß der Hüttenarbeiter auch merkt, daß der Sonntag kommt oder ist. Sechs Tage sollst du arbeiten! Wie Sport klingt dies Wort hier den Hüttenflaven! Ja, sechs Tage arbeiten und Nachts und Sonntags schlafen! Doch tragen diese Armen nicht auch ein groß Teil Schuld an ihrem Elend? Das Unternehmertum ist sich einig, es heuert gut organisiert die Arbeiter soviel wie möglich aus, der lothringische Arbeiter dagegen erstirbt in Ehrfurcht, sterbend grüßen sie noch ihren Kaiser. Wacht doch endlich auf, organisiert euch und erlaßt euch den Teil des Reichtums, der euch gehört aber dank eurer Gleichgültigkeit und Hagenbereiztheit von anderen mitverzehrt wird. Arbeiter Lothringens! Einmütig in die Organisation, auf daß die kommenden Jahre nicht nur Millionen für Summe, de Wendel und Thyssen bringen, sondern auch für euch mehr Arbeitsfrüchte und ein Leben würdig eines Arbeiters! G. W.

Aus den Berggewerbeberichten.

Veruchtkammer Bochum II, Sitzung vom 27. September.

Es standen vier Klagesachen zur Verhandlung und zwar gegen die Bechen Brüder Regent, Dammensbaum II, Karoline und Amalie zu Werne. Die drei ersten Sachen beanspruchten kein allgemeines Interesse. Dagegen ist die Sache gegen Beche Werne sehr interessant. Um die jungen Bergleute an die Beche zu fesseln, hat der dortige Betriebsführer mit ihnen einen Vertrag vereinbart, wonach sie, falls sie innerhalb zwei Jahren von der Beche abkehren, nur die Abkehr als Gebingeklepper erhalten, auch wenn sie Lehrhauerarbeit verrichten haben. Wie halten diesen Vertrag für einen durchaus ungehörigen Eingriff in die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, wonach dem Arbeiter die Art seiner Beschäftigung bescheinigt werden muß. Auf diesen Standpunkt stellte sich auch das Gericht. Alles Zureden, dem Arbeiter-ordnungs-mäßige Papiere anzuhängen, half nichts, der Betriebsführer lehnte das ab, jedoch ein Urteil erfolgte, wonach dem Arbeiter eine Abkehr als Lehrhauer auszustellen ist.

Aus unjeren Rechtschutzbureaus.

Arbeitersekretariat Bienen.

In den ersten sechs Monaten seines Bestehens wurde das Sekretariat von 764 Personen in Anspruch genommen. Sie verteilten sich auf folgende Monate: April 46, Mai 271, Juni 92, Juli 87, August 136 und September 132.

Von den Besuchern waren: Bergleute 579, Glasmacher 48, Maurer 87, Metallarbeiter 28, Bauhilfsarbeiter 14, Zimmerer 1, Schuhmacher 1, Dachdecker 2, Kleidermacher 2, Transportarbeiter 1, Landwirte 1, Gemüsehändler 2, Rentner 1, Witze 5, Chrestanen respektive Witwen 29, Korporationen 8.

Schriftsätze wurden 508 in der gleichen Zeit angefertigt und zwar: Im April 28, Mai 217, Juni 58, Juli 45, August 88 und September 72. Die Schriftsätze bezogen sich auf: Arbeiterversicherung 65, Arbeits- und Dienstvertrag 48, Bürgerliches Recht 77, Strafrecht 82, Staats- und Gemeindeabgaben 252 und Sonstiges 84.

Durch die enorme Inanspruchnahme des Sekretariats ist es dem Sekretär unmöglich geworden, die Arbeiten in einem Tage zu erledigen. Die in Frage kommenden Instanzen haben daher beschlossen, in Zukunft das Sekretariat an zwei Tagen in der Woche, und zwar Dienstags und Freitags, zu öffnen.

Die Geschäftsstunden sind morgens von 9 bis 11 Uhr und nachmittags von 5 bis 7 1/2 Uhr.

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß jeder Rechtschuttsuchende sein Mitgliedsbuch mitbringen muß. In der ersten Zeit des Bestehens haben einige „driftlich“ und auch „polnisch“ Organisierte versucht, Rechtschutz zu erhalten. Das Sekretariat ist von den „freien“ Gewerkschaften gegründet und ist der Sekretär angewiesen, nur an freiorganisierte Rechtschutz zu erteilen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

0,9 Millionen Mark Ueberschüsse, 6,8 Millionen Mark Löhne, 6 Millionen Mark Reingewinn.

Die Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit wird recht sinnesmäßig illustriert durch den letzten Geschäftsbericht des Lothringers Hüttenvereins Aumetz-Friede. Nach dem Rechnungsabschluss stellte sich bei einem Vortage von 571 588,69 Mk. der Betriebserlös auf 9 921 508,47 Mk. Nach Absetzung von 808 865,32 Mk. für allgemeine Unkosten, 614 341,88 Mk. für Zinsen und 2 772 240,54 Mk. für Abschreibungen, verbleibt ein Reingewinn von 5 685 276,58 Mk. Davon werden erhebliche Summen für diverse Fonds verwendet, 521 293,84 Mk. erhalten die Aufsichtsräte und Direktoren als Gewinnanteile und Vorschläge — für gute Ausnutzung der Arbeitskraft; auf neue Rechnung werden 640 622,74 Mk. vortragend und 2 840 000 Mk. als schuprozentige Dividende an die Aktionäre verteilt. Es indageant 5136 Arbeiter beschäftigt wurden, die zusammen 6 804 951,88 Mk. Lohn erhielten, ergeben sich die folgenden interessanten Zahlen:

Auf den Kopf der Arbeiter entfallen:

Betriebserlös	1932 Mk.
Lohn	1825 "
Reingewinn	1007 "
Dividende	550 "
Tantieme	101 "

Es muß doch ein erhebendes Demutgefühl für die Arbeiter sein, in solcher Harmonie vom Kapital ausgeplündert zu werden. Jedesmal drei Aktionäre bekommen für Nichtstun mehr als ein Arbeiter für ein ganzes Jahr gerühmter Schufterei in den mühseligen Hüttenwerken. Auf jede Mark Lohn, die der Arbeiter bekommt, entfallen 82,8 Pf. Reingewinn. In den letzten fünf Jahren gestalteten sich die „Entbehrungslohn“ wie folgt:

	Betriebserlös	Dividende	Tantiemen
	Mk.	in Mark	in Prozent
1904/05	4 804 488	—	—
1905/06	6 328 165	1 088 258	8
1906/07	9 828 462	3 408 000	12
1907/08	8 211 045	2 272 000	8
1908/09	7 440 251	1 088 000	7
1909/10	9 921 508	2 840 000	10

Es wird für unsere Kameraden von Beche General, die auch zu Aumetz-Friede gehört, gemäß ein erhebendes Gefühl sein, daß sie für gemeist ausländische Kapitalisten solche Reingewinne erarbeiten dürfen.

Deutschlands Hoheisenerzeugung.

Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-industrieller betrug die Hoheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats September 1910 insgesamt 1 232 477 To. gegen 1 262 804 To. im August 1910 und 1 068 345 To. im September 1909. Die Erzeugung verteilte sich auf die einzelnen Sorten, wie folgt, wobei in Klammern die Erzeugung für September 1909 angegeben ist: (Gießerei-Hoheisen 247 787 To. (211 781 To.), Bessmer-Hoheisen 36 156 To. (33 982 To.), Thomas-Hoheisen 782 194 To. (684 305 To.), Stahl- und Spiegeleisen 115 306 To. (98 983 To.) und Puddel-Hoheisen 60 975 To. (44 814 To.) Die Erzeugung während der Monate Januar bis September 1910 stellte sich auf 10 925 629 To. gegen 9 509 037 To. in demselben Zeitabschnitt des Vorjahres. Verglichen mit dem Vorjahre stellt sich die Hoheisenerzeugung wie folgt:

	1907	1908	1909	1910
Januar	1 062 152 To.	1 061 329 To.	1 021 721 To.	1 177 574 To.
Februar	978 191	994 186	949 087	1 091 851
März	1 000 257	1 040 998	1 078 116	1 250 184
April	1 077 703	979 806	1 047 197	1 202 117
Mai	1 094 314	1 010 917	1 090 467	1 261 735
Juni	1 044 336	956 425	1 067 421	1 219 071
Juli	1 128 966	1 010 770	1 091 059	1 228 316
August	1 117 545	935 445	1 100 671	1 262 804
Septbr.	1 001 020	928 729	1 068 345	1 232 477
Oktober	1 138 676	941 582	1 112 629	—
Novbr.	1 112 225	930 738	1 119 051	—
Dezbr.	1 106 375	1 016 528	1 164 624	—

zus. 13 045 760 To. 11 813 511 To. 12 917 653 To. 10 925 629 To.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Aufruf der Generalkommission der freien Gewerkschaften und des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei.

Arbeiter, Parteigenossen, Gewerkschaftsmitglieder! Das Anwachsen der Arbeiterbewegung auf politischem wie gewerkschaftlichem Gebiete, das seit dem Nachlassen der Krise in ganz Deutschland in so machtvolle Erscheinung tritt, liegt dem Unternehmertum und den reaktionären Parteien im Reich sehr arg auf dem Nerven.

In dieser Situation erscheinen den Schatzmachern und der Regierung die Unruhen in Moabit geeignet, Wasser auf ihre reaktionären Mühlen zu leiten.

Ausnahmsgesetze gegen die Sozialdemokratie, Streik- und Zuchthausgesetze gegen die Gewerkschaften, so heulen die besagten Schatzmacherorgane von der „Post“ bis zur „Rheinisch-Westfälischen Ztg.“, von den „Hamburger Nachrichten“ bis zur „Norddeutschen Allgemeinen“, die jedem Reichstagsler ihr „Stück weißes Papier“ gesinnungslos zur Verfügung stellen.

Die Vorgänge in Moabit sind bekannt. Infolge Parteinarbeit der Polizei für die Streikbrecher und den Unternehmer gegen streikende Lohnarbeiter, entstanden gelegentlich der durch berittene Polizisten geschickten Kohlentransporte Ansammlungen, bei denen der großstädtische Janhagel, der sonst bei Paraden und dergleichen jöhlt, gemeinsam mit einer Anzahl halbwüchsiger Jungen Ulk und Rabau machte. Die bekannte Art, in der die Berliner Polizei bei solchen Anlässen eingreift, indem sie förmlich Gehärgen gegen friedliche Zuschauer oder ruhig ihres Weges gehende Arbeiter und Bürger veranlaßt, erbitterte die ganze Bevölkerung der betreffenden Stadtgebiete, und forderte sie förmlich zu Demonstrationen gegen die Polizei heraus. Die Polizei trieb es so arg, daß dieselbe Presse, die erst nicht genug tun konnte in Verhimmelungen der Polizei und Schwächung des Böbels und Janhagels, jetzt Tag für Tag von Neuzien, Beamten, Arbeitern, Verkäufern der Presse, Klagen beröfentlichen muß über ungläubliche Aus-schreitungen der Schulleute in Uniform und Zivil!

Trotz alledem lügen die Schatzmacherorgane: In Moabit handelte es sich um den „Anfang der Revolution“, die „Unruhen waren von den organisierten Arbeitern vorbereitet!“ Eine Schwindelnachricht löst die andere ab!

Man will die Bevölkerung im ganzen Reich mit dem „roten Lappen“ graulich machen! Man will sie in Angst versetzen, um sie den reaktionären Umeden dienlich und gefügig zu machen.

Den großen Unternehmern, den Bechen- und Kohlenbaronen sind starke, ruhig wachsende Gewerkschaftsorganisationen ein Grauel, weil

solche sie in ihrer schrankenlosen Ausdehnung hindern; den reaktionären Parteien und ihrem Werkzeug, der Regierung, sind starke sozialdemokratische Organisationen verhasst, weil diese sie hindern, ihre politische Macht ungehindert zur Schöpfung und Unterdrückung der breiten Volksmassen zu benutzen. Darum ihre ewige Sehnsucht, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen mittels Ausnahme-gesetzen zu erlösen.

Statt eines freien Wahlrechtes in Preußen — Streik- und Zucht-Hausgesetze gegen die Arbeiter! Das droht für die nächste Zukunft!

Arbeiter, diese nichtswürdigen Pläne müssen vereitelt werden!

In Massenversammlungen muß die ganze Bevölkerung aufgeklärt werden über diese hinterlistigen Absichten der Schwarzmaier!

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß die Polizei bei jedem Streik für die Unternehmer eintritt und durch Massenaufgebot von Polizeibeamten, das angeblich dem Schutze der Streikbrecher dienen soll, die Streikenden hindert, ihre gesetzlichen Rechte auszuüben!

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß die Streikbrecher, die vielfach vorbereitete gewalttätige Elemente sind, mit Waffen ausgerüstet werden, mit denen sie die Streikenden und die öffentliche Sicherheit gefährden.

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß Vorgänge, wie in Maabit, deren Ursachen in dem Verhalten der Polizei bei Streiks zu suchen sind, dazu herhalten sollen, die Notwendigkeit von Ausnahmegesetzen gegen Streikende, d. h. gegen die Gewerkschaften zu begründen. Nur eine Veränderung des Verhaltens der Polizei bei Streiks wird Straftat wie in Maabit verhindern. Nicht gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung, sondern gegen die Übergriffe der Polizei sind Gesetze notwendig!

Arbeiter! Wir rechnen auf Euch! Tut Eure Schuldigkeit! Der neue Anschlag der Reaktion muß mit aller Wucht abgeschlagen werden! Berlin, den 8. Oktober 1910.

Der Parteivorstand.

Die Generalkommission der Gewerkschaften.

Nochmals Magdeburg und die „Gewerkschaftsführer“.

Zu unserer Abwehrricht, die unter obigem Titel in Nr. 41 dieser Ztg. erschien, erhalten wir folgende Zuschrift:

„Die ‚Vergarbeiter-Zeitung‘ hat in ihrer Nummer vom 9. Oktober die Nebenwürdigkeit gehabt, auch meiner Person zu gedenken. Wenn ich an sich auch nichts dagegen einzuwenden habe, so doch gegen die Art, wie es geschehen ist. Die in dem Artikel ‚Magdeburg und die Gewerkschaftsführer‘ eingefügte Satz:

„Gar nicht auffallend ist, daß der Leipziger Delegierte Lipinski bei seiner Berichterstattung über den Parteitag laut ‚Leipziger Volkszeitung‘ vom 28. September nach einem Langenstich gegen die ‚Gewerkschaftsführer‘ richtete, die angeblich die Disziplinbrüche von Parteigenossen beschönigten.“

läßt die Auffassung aufkommen, als ob ich mich gegen die Gewerkschaftsführer im allgemeinen gewendet hätte, während ich nur die Tatsache herorgehoben habe, daß Gewerkschaftsführer, also einzelne, den Disziplinbruch der Arbeiter verneint haben. Daran knüpfte ich die Bemerkung, daß dadurch der Anschein erweckt wird, als wenn diese Gewerkschaftsführer die Disziplin in der Partei anders bewerten, als in der Arbeiterbewegung und habe das als tief bedauerlich bezeichnet. In diesem Zusammenhang ist auch die Bemerkung der ‚Vergarbeiter-Zeitung‘ falsch, daß ich gegen die Gewerkschaftsführer den Vorwurf erhoben habe, daß sie den Badenener Disziplinbruch beschönigten.

Falsch ist ferner die Bezeichnung, daß den Parteimitgliedern, also auch mir, diskutierten Hauptsache sei. Ich stehe seit vierundzwanzig Jahren in der Arbeiterbewegung, habe mir in ihr die Sporen verdient und bin stets in meinem politischen Leben eng mit der Arbeiterbewegung verknüpft gewesen.

Leipzig, 7. Oktober 1910. Rich. Lipinski.“

Es mündet uns, daß Genosse Lipinski so empfindlich gegen eine kritische Bemerkung auftritt, die durchaus keinen gehässigen Charakter trägt. Wir meinen, er könnte durch die Erfahrungen, die gerade er in seiner nächsten ‚Umwelt‘ macht, an sehr harte in Laßab gewöhnt sein. Inwiefern wir wollen die in Betracht kommende Stelle aus der Berichterstattung Lipinski über Magdeburg nach der ‚Leipziger Volkszeitung‘ vom 28. September 1910 wörtlich abdrucken, dann mögen unsere Leser selber beurteilen, ob wir zuviel geschrieben haben. Lipinski berichte:

„Beachtenswert bei der Abstimmung über die Vorstandsresolution war, daß ein wesentlicher Teil der Parteimitglieder den grundsätzlichen ersten Absatz ablehnte und daß Gewerkschaftsführer für die Disziplinbrecher votierten. (Rebhafter Bewegung.) Das ist tief bedauerlich. Wenn die Disziplin in der Partei von den Gewerkschaftsführern anders bewertet werden soll als in der Arbeiterbewegung, dann können wir in der deutschen Arbeiterbewegung noch schöne Dinge erleben; dann lodern sich alle Wände, die Existenzbedingungen für die Arbeiterbewegung ist dann verneint. (Rebhafter Zustimmung.)“

Was jetzt gesagt ist, war so auch im Original. Und nun fragen wir: Entfällt diese Nebenstelle nicht den glatten Vorwurf gegen die betr. Gewerkschaftsführer? Sie hätten für den Disziplinbruch gestimmt (votiert)? Wird nicht weiter in dem letzten Satz der Vorwurf erhoben, die betr. Gewerkschaftsführer hätten nichts oder wenig gegen eine Desorganisation der sozialdemokratischen Partei eingewunden, sie urteilten nach zweierlei Gesichtspunkten, je nachdem ob die Gewerkschaftsführer oder die Parteidisziplin in Betracht kommt? Wer eine so schwere Anschuldigung auch nur indirekt erhebt, muß, zumal wenn er ein ernst zu nehmender Politiker sein will, auf eine Abwehr der Beschuldigungen gefaßt sein.

Der Zufall will, daß in derselben Nr. der ‚L. W.‘ unser Kollege Breh, Hannover, Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes, der mit zu den angeführten ‚Beschönigern des Disziplinbruchs‘ gehört, zu Wort kommt. Er hat im Hannoverischen ‚Volkswille‘ eine Erklärung abgegeben, welche lautet:

„Nicht gegen die Rüge — gegen die Form, in der sie erteilt worden, richtet sich mein Votum; wäre der Wortlaut der Resolution ein solcher, daß er unsern badischen Kampfesgenossen nicht das Paragrafenzeichen ‚bewußten‘ (das ist doch wohl das abschließende) schlimmsten Vergehens ausdrückte, dann hätte ich selbstverständlich für die Resolution gestimmt.“

Wir schreiben ja auch schon, daß es unter Gewerkschaftskollegen Gebrauch sei, wenn sie über einen Disziplinbruch zu Gericht sitzen müssen, dabei brüderlich zu prüfen, welche Absichten die Disziplinbrecher geleitet haben. Daß die Raderler nicht die Absicht der Parteidisziplin gebrochen haben, hat auch Wabel in seinem persönlichen Referat erklärt. Wenn dem Delegierten — es haben ja auch eine ganze Anzahl nichtgewerkschaftlicher — gestimmt wie Breh! — die Ueberzeugung gewinnen, was dann es bei einer solchen Beurteilung des Disziplinbruchs bewirkt lassen, man brauche die Kameraden nicht gleich mit dem dicken Hammer auf den Kopf zu schlagen, so entspricht das ganz dem in den Gewerkschaften geübten Gebrauche! In den Gewerkschaften kommen so viele Disziplinbrüche vor, wir erinnern nur an die zahlreichen ohne Rücksicht auf die Generalversammlungsbeschlüsse unternommenen ‚wilden‘ Bewegungen, daß wenn die ‚Gewerkschaftsführer‘ daraus einen großen Hehl machen wollten, recht bald die Verbände auseinanderbehalten wären. Man muß der Arbeiterbewegung weh, wenn man auch die Disziplinbrecher nicht als Reklame behandelt sondern in kameradschaftlicher Aussprache zur Verantwortung zu kommen sucht.

Wir sind ja nicht von gestern und werden morgen erst drei Tage alt, wissen darum recht wohl, was für Schwierigkeiten den ‚Gewerkschaftsführern‘, wenn sie wirklich ‚für Disziplinbrecher votieren‘ wäre, entstehen können. Wenn wir es doch nicht gewußt hätten, so würde uns die Randbemerkung, die die ‚L. W.‘ an die Erklärung Breh's knüpft, herbeiziehend belehren. Nachdem nämlich das Wort ‚Breh‘ unterstellt hat, er scheint nicht gewußt zu haben, um was es sich handelte, schreibt er weiter:

Eigentümlicherweise ist nicht bloß Genosse Breh diesem ungewöhnlichen Vorgehen verfallen, sondern sämtliche anderen Gewerkschaftsführer auch! Vielleicht nehmen auch sie noch Schaden, eine unklare Erklärung abzugeben, wie Genosse Breh. Denn dieses Vorgehen des Massenrichters ist zu auffällig, als daß

sich nicht die Mitglieder der Gewerkschaften darüber die selbstsamten Gedanken machten.“

Das ist doch wenigstens ungewöhnlich. Es ist unklar, daß „sämtliche anderen Gewerkschaftsführer“ sich so verhalten haben, wie die ‚L. W.‘ behauptet. Unser Kamerad Sasse hat eine andere Stellung eingenommen, und unter den Delegierten, die für die ganze Resolution Vebel stimmten, befinden sich ebenfalls Gewerkschaftsführer. Ist es wirklich so schwer, der „prinzipiellen“ Abneigung gegen die „Gewerkschaftsführer“ keinen beleidigenden Ausdruck zu geben?

Uns bleibt der Trost: wenn es gelingen würde, die Mitglieder der Gewerkschaften nach dem Wunsche des werten Genossen in der ‚L. W.‘ mit einem „prinzipiellen“ Mitarbeiter gegen die „Gewerkschaftsführer“ zu besetzen, daß dann recht bald auch die nurpolitischen „Massenfürer“ ihr gerechtes Teil von Mißtrauen abgeben werden.

Uebereilt christlich Organisierte zur freien Gewerkschaft.

Die Jahrestelle der „Theaterarbeiter“ des christl. Verbandes der Staats- und Gemeindefunktionäre in München beschloß einstimmig, wegen der arbeiterschädigenden Tätigkeit der christlichen Arbeitervertreter in den Parlamenten, namentlich auch wegen deren Zustimmung zu den indirekten Steuern, sowie wegen des im christlichen Verband herrschenden Chaos im Massenwesen, ihren Uebertritt zum freien Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Daraus ist zu entnehmen, wie groß auch in christlichen Kreisen die Mißstimmung gegen die Tätigkeit der christlichen Führer und ihrer Organisation gewachsen ist.

Ungl. im Bergengewerkschaftsverein ist die Unzufriedenheit eine sehr große, was die jetzt besonders große Zahl der Uebertritte zum Bergarbeiterverbande beweist. Und nicht etwa die jüngeren, sondern gerade die älteren Mitglieder lehnen dem Bergengewerkschaftsverein in großer Zahl den Rücken.

Internationale Rundschau.

Generalstreik der französischen Eisenbahner.

In Frankreich ist ein Eisenbahnerstreik ausgebrochen, der weitergehende Störungen im Verkehrsleben mit sich gebracht hat. Die Ursache des Streiks liegt in der Ablehnung folgender Forderungen der Eisenbahner durch die Nordbahngesellschaft:

1. Allgemeine Erhöhung des Lohnes für das ganze Personal zur Bekämpfung der Lebensmittelerhöhung, unter der alle Arbeiter ohne Unterschied leiden;
2. rückwirkende Kraft des Versicherungsgesetzes vom 11. Juli 1909;
3. Arbeitsregulierung;
4. Durchführung der Wochenruhe, die eine große Anzahl von Beamten noch nicht hat;
5. Minimaljahreslohn von 1850 Franken.

Ueber den Umfang der Bewegung, der sich Arbeiter anderer Branchen anschließen, kann man sich noch bis zur Stunde kein richtiges Bild machen, was daran liegt, daß die Franzosen vielfach ihre Streiks mehr aus Impulsiven heraus als auf Grund geordneter Verhältnisse entwickeln. Gewiß, die Eisenbahner sind im Recht. Wer die Forderungen sieht, der kennt die berechtigten Gründe, die zu dem Kampfe führten. Soll ein Generalstreik, und als solcher wird er bezeichnet, wirksam durchgeführt werden, dann kann die spontane Vegetierung wohl den Anfang eines solchen Kampfes herbeiführen, aber den Kampf aufrecht zu erhalten, dazu gehört mehr, als was die Franzosen in gewerkschaftlicher Beziehung in die Waagschale zu werfen haben. Es fehlt an gefüllten Kassen, guten, geschlossenen und geordneten Organisationen und anderen Dingen. Dennoch, ein Eisenbahnerstreik in solchem Umfange, wie er in Frankreich einsetzte, wird immer eine gewaltige Wirkung ausüben und die Gesellschaften und die Regierung werden die Forderung zu berücksichtigen haben. Bisher hat man durch Mobilisierungsbefehle, Verhaftungen der Führer, durch Heranziehung von Militär den Streik zu brechen versucht. Ob es gelingen wird, sieht zur Stunde noch nicht fest. Hoffen wir das Beste für die Eisenbahner.

Die Jahreskonferenz der britischen Bergarbeiter-Föderation.

Unter dem Vorsitz des Kameraden Edwards wurde am 4. Oktober in Edinburgh die Jahreskonferenz der Bergarbeiterföderation eröffnet. Betreten waren 600 327 Mitglieder durch 187 Delegierte. Das letzte Mal, als die Konferenz in Schottland stattfand, hatte der Verband nur 360 000 Mitglieder. Dies war im Jahre 1903. Seitdem ist die Mitgliederzahl besonders infolge des Beitritts der Northumberlander und Durhamers riesig gewachsen.

Der Präsident erwähnte in seiner Einleitungsrede, daß die erste Frucht der Einigung aller britischen Bergarbeiter die Annahme des Achtstundengesetzes gewesen sei. Die Bergarbeiter hätten gezeigt, was einem großen, mächtigen Verband möglich sei. Er sprach sich zugunsten des Einigungsverfahrens aus, was eine zivilisiertere Methode zur Beilegung von Streitigkeiten sei, als Streiks und ähnliche gewalttätige Mittel. Das Massenunwille zu Witehagen bildete naturgemäß eine der Hauptgegenstände der Eröffnungsrede. Der Kamerad Edwards wies insbesondere auf die Notwendigkeit einer besseren Grubeninspektion mit Verwaltungen hin. Bei den Werksbesitzern bestände die Meinung, billige und unerfahrene Arbeitskräfte zu verwenden. Da man jetzt vielfach Hilfsmaschinen zur Gewinnung der Kohlen verwende, glaubten die Besitzer, irgend einer könnte die neue Arbeit verrichten. In den letzten Jahren habe man Tausende und Abertausende Arbeiter angenommen, die keine Erfahrung in der Grube hatten. Das müsse anders werden. Die Leute, die man in die Grube schickte, müßten vorher einen gewissen technischen Unterricht genießen, so daß sie sich gegen die hauptsächlichsten Gefahren im Bergbau schützen könnten. Was die Frage der Grubeninspektion anlangt, so behaupte er, daß die Behörden dem Vorzlag, Arbeiterinspektoren zu ernennen, nicht bereitwillig Gehör geschenkt hätten. Die Bergarbeiterföderation schlug nicht vor, daß man Leute zu Inspektoren ernennen solle, die von den gewöhnlichen Pflichten eines Inspektors nichts wüßten, die nur deshalb ernannt werden sollten, weil sie Arbeiter seien. Nein, der Berginspektor müsse die Arbeit, die er zu verrichten habe, verstehen, und in der Vertretung der den Bergmann umgebenden Gefahren bewandert sein. In jedem Revier gibt es Leute, die schon jede Art Bergarbeit verrichtet und ihre Tüchtigkeit bewiesen hätten; aus ihren Reihen könne man Inspektoren wählen, die nicht allein Erfahrung besäßen, sondern auch den Arbeitern sympathisch seien. In bezug auf den Osborne-Entscheid führte der Präsident aus, daß die Föderation schon eine Konferenz zur Beratung der Frage, in welcher Weise die für die parlamentarische Vertretung der Arbeiter notwendigen Fonds zu beschaffen seien, abgehalten habe. Eine zweite Konferenz werde demnächst stattfinden und er könne der Öffentlichkeit versichern, daß die Bergarbeiter in dem Kampf der britischen Gewerkschaften zur Unterstützung des Osborne-Urteils in den ersten Reihen zu finden sein würden. Der alte Kamerad Thomas Wurt, der in einer Rede dem Präsidenten den Dank der Konferenz für die Ansprache ausdrückte, bekräftigte die Worte, die der Vorsitzende in bezug auf das Einigungsverfahren gesprochen hatte, bemerkte aber, daß Streiks manchmal unvermeidlich und eine Waffe seien, die man nicht aus der Hand geben dürfe.

Die erste Resolution, mit der sich die Konferenz beschäftigte, verlangte eine Abänderung des Unfallentschädigungsgesetzes. Die Bergarbeiter fordern darin, daß allen Arbeitern, was auch immer ihr Verdienst sei, bei einem unfallbedingten Unfall der Minimalbetrag von 15 Mt. die Woche gezahlt werden soll. Diese von dem Kameraden Stanley begründete und von dem Kameraden Twigg unterstützte Resolution wurde angenommen.

Am zweiten Tage kam die Frage der Arbeiterinspektoren zur Beratung. Der Kamerad Smillie begründete eine Resolution, in der die Einführung von Arbeiterinspektoren, wie sie in dem Minoritätsbericht der königlichen Kommission über Unfälle im Bergbau verlangt werden, geordert wird. Die Resolution verlangt ferner, daß die Bergarbeiter diese Inspektoren, die ihre ganze Zeit der Untersuchung der Grube widmen sollen, wählen, und daß sie sie auch absetzen können. Der Begründer führte aus, daß es höchst wichtig sei, daß die Gruben gründlich in allen Teilen durch praktische Männer inspiziert würden, die die zu inspizierende Gruben kennen und mit ihren besonderen Gefahren vertraut sind. Die gegenwärtig durch Staatsbeamte vorgenommene Inspektion sei keine Inspektion im wahren Sinne des Wortes. Die Inspektoren gäben selbst zu, daß sie nur einzelne Gruben inspizieren könnten und von diesen Gruben auf

die Zustände in den übrigen schließen müßten. Von den Bergarbeitern werde vorgefchlagen, den Arbeitern einer Zeche oder einer Reihe von Zechen das Recht zu geben, einen Kameraden aus ihrer Reihe auf drei Jahre zu wählen, der die Arbeit in der Grube ausüben und sich ausschließlich der Inspektion widmen soll. Dieser Arbeiterinspektor hätte dann dem Bergwerksinspektor Bericht zu erstatten, so oft er in seinem Revier etwas nicht in Ordnung finde. Diese Inspektoren sollten vom Staate oder von den Bergwerksbesitzern besoldet werden; es sei nicht recht und billig, zu verlangen, daß die Arbeiter die Inspektoren selbst bezahlten. Dieser Vorschlag sei in Großbritannien neu; man habe aber in anderen Ländern schon gute Erfahrungen mit den Arbeiterinspektoren gemacht. In Frankreich hätten die Bergarbeiter schon seit 20 Jahren das Recht, Inspektoren aus ihrer Mitte zu wählen. Diese Klasse von Inspektoren habe bewirkt, daß die Unfälle im französischen Bergbau sehr zurückgegangen seien. Die Föderation müsse diese Forderung fest und standhaft verteidigen, denn die Bureaucraten des Ministeriums des Innern würden sich dieser Neuerung mit aller Macht widersetzen.

Der Kamerad Wilson (Schottland) meinte in der Diskussion, daß eine Gefahr bestehe, daß sich die Arbeiterinspektoren schließlich zu einer Art Regierungsbeamten entwickeln würden; es wäre besser, wenn die Arbeiterinspektoren mit in der Grube arbeiteten. Der Kamerad Wall erwiderte hierauf, daß sich Arbeiterinspektoren, die auch als Arbeiter in der Grube arbeiteten, der Gefahr aussetzten, gemäßigter zu werden. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete eine Resolution, in der eine bessere Wetterführung sowie mehr Schächte für große Zechen und mehr Rettungswegen für Gruben, die unter dem Meer liegen, verlangt werden. Der Kamerad Wabsworth, der diese Resolution begründete, bemerkte, die Bergarbeiter seien oft ausgelacht worden, wenn sie ähnliche Anträge gestellt hätten. Er sei aber sicher, daß, wenn sich in Whitehaven 193 Lords anstatt 136 Bergarbeiter in dem brennenden Bergwerk befänden hätten, man selbst versucht haben würde, einen Schacht in dem Meer anzulegen, um sie zu erreichen. Gätte man in Whitehaven bei der Abwesenheit eines zweiten Schachts statt einer Hauptstraße zwei gehabt, so hätte man die eingeschlossenen Bergarbeiter sicher gerettet. Der Kamerad Garrow, der auch zu diesem Punkte sprach, führte aus, daß es an der Zeit sei, daß die Föderation für die Bezahlung der Ein- und Ausfahrt agitiere. Bei einer Temperatur von 20 bis 30 Grad in die Grube zu gehen, sei schwere Arbeit. Wenn für die Ein- und Ausfahrt bezahlt werden müßte, so würde man das Problem der Schächte bald lösen. Diese Resolution wie auch die von dem Kameraden Grunall begründete Resolution über die Verstaatlichung der Bergwerke wurde einstimmig angenommen.

Gegen Schluß dieser Sitzung behandelte die Konferenz bei geschlossenen Türen die Frage der Gründung eines Wochenblattes. Man beschloß, daß der Vorstand bis zur nächsten Jahreskonferenz ein Projekt ausarbeiten soll. Es besteht also die Aussicht, daß wir endlich einmal eine britische Bergarbeiterzeitung bekommen. Schon lange trägt man sich mit dem Gedanken, eine Zeitung zu gründen; bis jetzt hat man der Sache aber nie das genügende Interesse entgegengebracht. Es scheint nun, daß der Bericht, den die Kameraden Smillie und Orlons vor einigen Monaten über ihren Besuch der deutschen Bergwerksgebiete herausgegeben haben, das Interesse an einer Zeitung wieder wachgerufen hat. Die britischen Bergarbeiter sind überzeugt, daß ein Blatt von der Art der deutschen ‚Vergarbeiter-Zeitung‘ für die ‚Miners-Föderation‘ von unschätzbarem Werte sein würde.

So lernt die eine Nation von der anderen. Nun müßten sich die deutschen Bergarbeiter daran machen und den Briten etwas nachmachen, z. B. die straffe Organisation, bei der kein Unorganisierte, kein Dribelberger, der die von dem Verband geschaffenen Vorteile umsonst genießen will, in der Grube arbeiten darf.

Am dritten Tage wurden auf der Konferenz eine große Anzahl Fragen behandelt. Der wichtigste Punkt war jedoch der Antrag, in dem die Vereinigung aller bestehenden Einigungsämter in der Montanindustrie und die Festsetzung eines einheitlichen Lohnes für alle Arbeiterkategorien in Großbritannien gefordert wurde. Der Kamerad Brown, der diesen Antrag begründete, wies darauf hin, daß die Arbeitgeber einen Arbeiter gegen den andern, eine Zeche gegen die andere und eine Nation gegen die andere ausstellten. Jeder, der Erfahrung über die Verhandlungen in den Einigungsämtern bestie, wisse, daß die Arbeitgeber bei Lohnfragen beständig mit dem Argument kämen, daß sie die Lohnforderung nicht bewilligen könnten, weil irgend eine andere Grabschaft heftig mit ihnen konkurriere. Die Resolution, die mit 114 gegen 8 Stimmen angenommen wurde, erzeugte eine lange und lebhafte Debatte.

Am Schluß der Jahreskonferenz wurden die früheren Beamten der Föderation wiedergewählt, und zwar der Kamerad Edwards zum Präsidenten, der Kamerad Smillie zum Vizepräsidenten, der Kamerad Ash ton zum Sekretär, der Kamerad Abraham zum Schatzmeister und der Kamerad Woods zum Ehrenpräsidenten.

Zwei Bergarbeiterkongresse in Amerika.

Die Organisation der Vereinigten Bergarbeiter (Kohlengräber) und die Westliche Bergarbeiterföderation (Erzgräber) hielten in den letzten Wochen Kongresse ab: Die Delegierten der ersten versammelten sich in Indianapolis, die der andern in Denver.

Der Kongreß der Kohlengräber war ein außerordentlicher; äußere Kämpfe und innere Unstimmigkeiten erheischten seine Einberufung. Er sollte beraten: 1. Die Streiksituation der Distrikte, wo Lohnabkommen noch nicht beraten und angenommen worden sind; 2. Die notwendigen Handlungen vorzunehmen, um die Beamten und Mitglieder anzubahnen, die Autorität des Hauptverbandes zu respektieren und sich ihr zu fügen; 3. Mittel und Wege zu bestimmen, Unterstützungsfonds für die streikenden Mitglieder zu schaffen, die eine Weile lang nicht herbeiführen können. Im Moment des Zusammentritts des Kongresses war die Situation für die Organisation nicht weniger als glänzend. Ein Drittel der Mitgliedschaft stand im Zustand, die Kassen waren geleert, der innere Streit (Auflehnung gegen die Tätigkeit des Präsidenten Lewis) hatte die Grenzen der Brüderlichkeit weit überschritten. Wenn sich kurz nach der Delegiertenversammlung die drohenden Wolken rasch verzogen, so ist es nicht zum mindesten der ersten und entschlossenen Haltung des Kongresses zu verdanken. Auf alle Punkte der Verhandlungen beachtet nicht eingegangen zu werden, weil sie von den Ereignissen der letzten Tage überholt oder ihre Ursachen (Beendigung von Streiks, Beilegung von inneren Zwistigkeiten) beseitigt worden sind.

Ueber den (trostlosen) Stand der Kasse sagt der Kassierer: Vom 1. März bis 8. August 1909 wurden an (persönlichen und sächlichen) Verwaltungsausgaben 778 000 Mt., an Streikunterstützung 2832 000 Mt. gezahlt. Obgleich über eine halbe Million Dollar zusammengebracht wurde, konnten den Distrikten mit Streiks die für sie bewilligten Summen nur bis etwa zu einem Drittel ausgezahlt werden. Es ist schwerlich Geld genug da, die Diäten der Kongreßdelegierten anzuzahlen. Eine Anzahl Gruppen hat die Verpflichtung, 25 Zents (1,04 Mt) Extrasteuere per Mitglied zu entrichten, ist erfüllt. In vielen Fällen wird gestagt, daß die Minenkompanien sich weigern, diesen Streikbeitrag von Lohn abzuziehen. (Die Verbandsbeiträge usw. haben in vielen Fällen laut Abkommen die Kompanien am Paßtag vom Lohne der Arbeiter abzuziehen und den Verbandsbeamten zu übergeben.) Nach den Quartalsberichten kosten die Beamten der Organisation monatlich 84 000 Mt. Man kann sich zuweilen wohl fragen, ob diese enorme Ausgabe in Anbetracht der Verhältnisse nicht viel zu hoch ist. Der Kassierer schlägt einen wöchentlichen Extrabeitrag von ein Dollar = 4,20 Mt. per Mitglied vor, um wenigstens die Streikunterstützung besser als bisher zahlen zu können.“

Das Resultat der eifrigsten Verhandlungen ist überaus mager. Nach Lage der Einrichtungen der Organisation und Überaus des Kongresses ist ein fruchtreicheres und schnelleres Arbeiten auch schwerlich möglich. Gehe die elshundertköpfe starke Körperchaft nur in Verhandlungsfähigkeit gebracht worden ist, sind einige kostbare Tage verstrichen.

Wie der bittere Zwist zwischen dem Zentralvorstandenden Lewis und dem Präsidenten der Organisation im Staate Illinois ausgeglichen wurde, wird im Kongreßprotokoll nicht in klaren Worten gesagt. Ubrigens hat diese Sache hier auch keine Bedeutung. Solche Bruderscheit, woran die amerikanischen Gewerkschaften so überreich sind, werden bei den Bergleuten noch oft wiederkehren. Es werden erst verschwinden, wenn der Kampf zwischen Alt-Gewerkschaftlere und moderner (sozialistischer) Gewerkschaftsbewegung endgültig entschieden ist.

Der wichtigste Punkt des Kongresses, die Erhöhung der Extrabeitrag, wurde zurückerwartet erledigt. Jedes Mitglied hat, solange es der Zentralvorstand für notwendig hält, einen wöchentlichen Extrabeitrag von 1 Dollar zu entrichten.

Neben dem Kongress fand auch eine Konferenz mit dem Vertreter der Westlichen Bergarbeiterföderation (Erzgräber) statt, um die Vereinigung der beiden Organisationen der Bergleute endgültig zu regeln. Beide vereinigt, werden das Minendepartement der American Federation of Labor, der amerikanischen Gewerkschaftszentrale, bilden. Mit dieser Vereinigung kann man auch hoffen, die amerikanischen Bergleute auf den internationalen Kongressen vertreten zu sehen.

Die Delegiertenversammlung (die achtzehnte) der Westlichen Bergarbeiterföderation nach angenehmen von der der Kohlengräber ab. Wichtige Wortgefechte zwischen den leitenden Personen sind dort unbekannt. In den Sitzungen und Köpfen der Erzgräber ist die Frage der Gewerkschaftlichen Theorie seit langem entzündet. Daß der Sozialismus die leitende Idee und der Industrieverband die Organisationsform sein muß, ist ihnen eine Selbstverständlichkeit. Durch diese Klarheit wird eine Masse kleinlicher Wißte und falscher Schritte verhindert.

Der Jahresbericht des Präsidenten Moyer zählte im einzelnen die Kämpfe des letzten Jahres auf. Die Masse der Mitgliedschaft steht in den Weststaaten. In den mehr östlich liegenden Distrikten ist es der Organisation noch nicht geglückt, festen Fuß zu fassen. In Alabama mit etwa 20 000 Erzgräbern, wie auch in Mississippi, Missouri und Michigan zeigt sich die Unwesenheit der Organisation in den Wohnorten. Hier schwankt der Lohn zwischen 1,10 und 2,50 Dollars. Nur wenige haben einen höhern Tagelohn. Dort wo die Organisation vertreten ist, schwankt der Lohn zwischen 8 und 4 Dollars bei zumeist achtstündiger Arbeitszeit. Leider ist in dem Berichte keine Angabe über die Stärke der Finanzen und der Mitgliedschaft zu finden. So kann nicht bestimmt gesagt werden, ob für die Mitgliedschaft noch die vorjährige Zahl 40 000 gilt.

Zum Kongress waren, unseres Wissens das erste Mal, brüderliche Delegierte von der Organisation der Kohlengräber erschienen. Ein Antrag, sich gleich mit den Kohlengräbern unter einer Zentralverwaltung zu verschmelzen, scheint den Delegierten doch verfehlt zu sein. Vordringlich soll bei größtmöglicher Annäherung die getrennte Verwaltung aufrecht erhalten werden. Der Kongress widmete seine ganze Zeit den reinen Verbandsgeschäften. Beschlüsse, die ein besonderes Interesse für die heutigen Bergarbeiter hätten, wurden in den zwölftägigen Verhandlungen nicht gefaßt. Die alten Beamten wurden wiedergewählt. Der nächste Kongress findet in dem Kupferzentrum Butte, wo die Wege der Organisation stand, statt.

Knappschaffliches.

Zur Beachtung für die freiwilligen Mitglieder der Allg. Knappschaffs-Pensionkasse für das Königreich Sachsen.

Der Vorstand genannter Kasse hat beschlossen, daß freiwillige Mitglieder, die fünf Jahre lang der Kasse angehört haben, nach § 7 a Wf. 8 des Kassenstatuts die Anerkennungsgelder zahlen können. Wer also vor seiner freiwilligen Mitgliedschaft fünf Jahre Mitglied der Kasse war, kann jetzt den Antrag stellen, die Anerkennungsgelder zu zahlen. Diese Gebühr beträgt vierteljährlich 1 Mk. Wer mit der Zahlung der Anerkennungsgelder bis zur Höhe eines vollen Jahresbeitrages im Rückstand geblieben ist, verliert seine erworbenen Ansprüche.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Deutschland (Schacht Veust). Eigenartige Zustände treten hier zutage. Wie es scheint, haben die Unterbeamten mehr zu sagen, wie die Verwaltung. Es ist gewiss nicht unsere Absicht, einzelne Persönlichkeit zu kritisieren, aber wenn es die Herren nicht anders wollen, ist es nicht unsere Schuld. Auf der zweiten Sohle, welche durchschlägig ist mit Ulenberg, werden die Wagen mit der Maschine gebracht und im Bremsberg benutzt, manchmal in einem solchen Zustande befindend, daß dieselben kaum von der Stelle zu bewegen sind. Auf Anordnung des Betriebsführers, diese Wagen nicht zu benutzen, war der Fahrhauer Spogardt anderer Meinung und befahl einem Schlepper, diese Wagen zu benutzen. Unser Kamerad wies den Fahrhauer aber auf die Anordnung des Betriebsführers hin. Jetzt kamen die beiden in Wortwechsel, welcher derartig war, daß der Fahrhauer Spogardt unsern Kameraden die Absicht anbot. Unser Kamerad nahm natürlich die Absicht an, mit dem Vernehmen, wenn ihm die sechs Schichten ausbezahlt würden. Aber auch auf diese gerechte Forderung wurde er noch belächelt. Seitdem nun unser Kamerad von der Zeche entlassen ist, werden die Wagen im Bremsberg nicht mehr gebraucht. Auch dem Steiger Weske war unser Kamerad ein Dorn im Auge. Silliche Worten nach dem Unglück unseres Kameraden Ebersberg, wo unser jetzt entlassener Kamerad als Schlepper war, drohte der Pfeiler zusammenzubucken. Die Hauer hatten sich schon in Sicherheit gebracht, da wurde ihm vom Steiger Befehl erteilt, unter dem Pfeiler zu sitzen. Unser Kamerad erwiderte hierauf, wenn er dahin gehen wollte, der Weg stünde ihm offen. Auf diese Antwort wurde unser Kamerad an anderen Tage zu einer andern Arbeitsstelle verlegt. Uns scheint es, als wenn die Unterbeamten die maßgebenden Korporationen wären, oder ist es der Verwaltung nicht bekannt, wie diese Beamten mit den Arbeitern umspringen. Wir machen den Steiger Weske aufmerksam, sich die Bergpolizeivorschriften maß genau anzusehen. Aber auch Kameraden rufen wir zu: „Lasset die Lausheit mit ein Ende nehmen und trete jeder der Organisation bei!“

Zeche Eintracht Tiefbau. Hier werden Hauerlöhne von 4,60, 4,50, 4,30 Mk. und weniger ausgezahlt. Es wird doch wohl kein Mensch behaupten wollen, daß das zeitgemäße und auskömmliche Löhne sind. Bestraft wird auch jeder Kleinigkeit und fast reich der Platz nicht mehr aus, um die Straßentel alle zu fassen. Die Förderer, besonders im Revier des Steigers V., lassen viel zu wünschen übrig; die Arbeiter müssen fast bis zu den Knöcheln durch Wasser und Schlamm waten. Im Früh 10. vierte Sohle, ging die Strebe zu Bruch und kam einem Arbeiter die Schaufel darunter. Der Steiger schrieb ihm einen Schein für eine neue Schaufel, der aber vom Betriebsführer unterschrieben werden mußte. Dieser meinte, der Arbeiter hätte doch auch die Schaufel in Sicherheit bringen können, auf die Sicherheit des Gefäßes müsse der Arbeiter unter allen Umständen achten. Mit solchen Ermahnungen wird doch nur erreicht, daß bei nächster Gelegenheit eventuell der Arbeiter auch sein Leben in Gefahr bringt, um das Gefäße zu sichern.

Zeche Ewald I und II. Im Revier des Steigers Str. heißt es immer „Kohlen, Kohlen“, aber für Holz wird nicht ausreichend geforgt. Beschwerten sich die Arbeiter über Holzmangel, dann heißt es: „Nun ist Holz genug.“ Geht aber einmal die Arbeit zu Bruch, mißt man dem Dreißtelteil die Schuld bei; als ob der das Hangende mit dem Buckel halten könnte. Hoffentlich wird dieser Holzmangel beseitigt, bevor ein Unglücksfall dadurch entsteht.

Zeche Ewald I/II. Etwas mehr Pünktlichkeit bei der Seilfahrt wäre hier sehr erwünscht, damit den Arbeitern die Schicht nicht in ungesetzlicher Weise verlängert wird. Am Schacht werden die vollen Kohlenwagen manchmal so heftig zusammengestoßen, daß die Kohlen herausfliegen, die Arbeiter aber werden bestraft wegen Müßiggangs. Für etwas mehr Ordnung dürfte auch am Schacht gefordert werden.

Zeche Gustav I und II. Der Schachtsteiger E. schenkt dem Morgens die Leute so früh wie möglich herein; manchmal beginnt er schon mit der Aufsahrt, bevor der Aufschläger da ist. Das wäre auch halb so schlimm, wenn besonders abends mit der Seilfahrt pünktlich begonnen würde; aber dann wird es gewöhnlich 10,40 Uhr und später, bevor begonnen wird. Am 24. September hat der Fahrhauer R. einem Arbeiter verwehrt, während des Schichtwechsels seine Grubenleuchte aus der Wäsche zu holen. Warum wohl? Solche beleidigenden Maßnahmen soll man doch nicht ohne besondere Gründe treffen.

Zeche Mathias Stinnes, Schacht I/II. Neben die Lampen werden hier viele Klagen geführt; viele sind schlecht gefüllt und brennen schon nicht bei der Ausgabe; andere wieder enthalten keine Zünder usw. Auch herrscht bei der Ausgabe manchmal ein großes Gedränge und müssen die Arbeiter lange auf ihre Lampen warten. Jedenfalls sind zu wenig Leute in der Lampenbude, so daß die Arbeit nicht bewältigt werden kann. Den Steiger haben wir möglichen wir ersuchen, weniger hinter vermeintlichen Artikeldreibern herzuspüren, dafür aber für mehr Ordnung in seinem Revier zu sorgen und Arbeitern Reparaturarbeiten besser zu bezahlen.

Zeche Monopol (Schacht Grillo). Am 30. September erhielt hier ein Arbeiter vom Fahrhauer H. den Auftrag, in der Nachtschicht Schienen zu senken. Derselbe dachte aber nicht direkt daran, sich einen Schein für Schienenmaßel, die nur morgens und mittags ausgegeben werden, schreiben zu lassen, und nachher konnte er den Fahrhauer nicht mehr treffen; er kam dann mittags extra zur Zeche und hat den Steiger herbeigeholt, ihm doch einen Schein zu schreiben. Dieser sagte, er habe das nicht nötig. Als der Arbeiter abends angefahren war, traf er den

Steiger R. und sagte ihm: „Sehen Sie, Steiger, jetzt habe ich keine Schienenmaßel!“ Dieser sagte darauf den Arbeiter am Hals, hob den Meterstock hoch und sagte: „Sie elender Hund, erbärmliche Kreatur, wenn ich mit Ihnen allein wäre, müßte ich, was ich mache.“ Er erklärte den Arbeiter dann für betrunken und nahm ihn mit heraus. Der Arbeiter beschwerte sich direkt beim Obersteiger und dieser wollte die Sache auch untersuchen. Aber aber bezogt dem Arbeiter die verlorenen Schicht. Selbst wenn der Arbeiter betrunken gewesen wäre, was aber von ihm und Augenzeugen bestritten wird, würde sich das Verhalten des Steigers nicht rechtfertigen.

Zeche Nordstern III. Die Löhne sind hier auch vielfach recht niedrige. So sind im letzten Monat Hauerlöhne von 4,80 Mk. bezahlt worden. Einem Arbeiter sind schon zweimal zu Unrecht die Steuern vom Lohne abgebahnt worden. Bei etwas größerer Aufmerksamkeit dürfte das doch nicht vorkommen.

Zeche Bräunlein, Schacht I. Bei der Einfahrt werden hier die Arbeiter schon manchmal durchkühlt, so stark kühlt das Wasser im Schacht herunter. Abhilfe wäre leicht zu schaffen, es brauchte nur eine dicke Wölle auf dem Kopf angebracht zu werden, damit das Wasser seitlich abfließen könnte. Warum geschieht es nicht? Die Wäsche ist auch viel zu eng. Die Leute sind so zusammengedrückt, daß sie sich kaum rein waschen können und sich ihre Kleider gegenseitig beschmutzen müssen. Die Ventilation ist viel zu mangelhaft. Auch wird wegen jeder Kleinigkeit bestraft. Kein Wunder, daß Präsident zum Taubenschlag geworden ist.

Zeche Pluto, Schacht Thies. Dem Steiger V. von hier möchten wir anraten, im Umgang mit den Arbeitern etwas mehr Ruhe zu bewahren. Die Befragung, wie er sie kürzlich einem Abnehmer zuteil werden ließ, müssen wir entschließen mißbilligen, besonders auch, weil zu seinem Vorgehen kein berechtigter Anlaß vorlag. Durch ein solches Verhalten den Arbeitern gegenüber schadet er nur seinem eigenen Ansehen, zu tätlichen Beleidigungen soll sich ein Beamter unter keinen Umständen hinhängen lassen.

Zeche Westinghausen I. Am 5. August ist hier der Arbeiter Thomas Michalak getötet worden; er geriet unter einen Streckenbruch. Kenner der Verhältnisse sind der Meinung, daß den Steiger die Verantwortung trifft und er auch zur Rechenschaft gezogen werden muß. Der Bergrevierbeamte hat den Fall untersucht; über das Ergebnis ist bisher nichts bekannt geworden. Die Arbeiter haben aber ein Interesse, das Ergebnis der Untersuchung zu erfahren. Die Schüttelrutschen sind auch hier eingeführt, trotz aller Nachteile und Gefahren, welche damit für die Arbeiter verbunden sind. Die Antreiber des Steigers R. erhöht die Gefahren des Schüttelrutschenbetriebes noch wesentlich. Wir hoffen, daß auch über den Unglücksfall die Urten noch nicht geschlossen sind.

Zeche Viktor (Schacht I und II). Am Freitag, den 7. Oktober, verunglückte hier unser Kamerad Trent; er war sofort tot. Zwei seiner Arbeitskameraden waren an den Sitzen eingeklemmt und sind mit Verletzungen davon gekommen. Die Verunglückten arbeiteten vor einer Sohlenstrecke im Flöz Ditebank, welche zu einem Schüttelrutschenbetrieb gehörte. Es scheint der ganze Betrieb eine Mausefalle zu sein, denn die Unterbank, welche zirka 4 Fuß stark ist, wird abgebaut, während die Oberbank in Stärke von 8 1/2 Fuß nicht abgebaut wird. Zwischen den beiden Kohlenlagern ist eine Steinrichtung von ziemlich 6 Fuß. Man kann sich daran den Druck leicht denken, den diese 6 Fuß Stein und 8 1/2 Fuß Kohle verursachen. Es ist auch etwas alljährliches, daß frisch gefegtes Holz nach einigen Stunden bricht, also nicht einmal eine Schicht lang hält. Und unter solchen Verhältnissen wird mit Schüttelrutschen und Bohrhammern gearbeitet. Im Zeitraum von vier Wochen sind vor derselben Arbeit etwa vier ähnliche Verläufe wie jetzt vorgekommen, jedesmal gingen mehrere Feld Holz, wohl 8 bis 6 Meter, zu Bruch. Der Brunnen ist nicht zugedeckt worden. Jetzt sind die Opfer gefallen. Wer ist hier der Schuldige? Der Steiger Lubbe soll ein Antreiber sein, wie er nicht schlimmer zu denken ist. Die Arbeiter müssen auf seinen Befehl die Butterbrot im Pfeiler verwehren, wenn die Schüttelrutschen und Bohrhammern im Betrieb sind. Wie im Pfeiler geschossen, können die Arbeiter vor Gefahr nicht hören, wenn die Warnung: „Es brennt!“ gerufen wird, und bleiben am arbeiten. Es ist daher schon vorgekommen, daß Arbeiter sehr nahe beim Schuß waren, als derselbe zur Explosion gebracht wurde. Die Zufuhr frischer Wetter soll zu mangelhaft sein, daß auf den oberen Strecken, Ort 5 und 6, sich recht oft Schlagwetter annehmen. Selbst die Betriebsleitung muß dies Revier und speziell diesen Vertriebspunkt für sehr unglücklich halten, denn wer sich mißbillig macht, wird von anderen Revieren nach hier verlegt. So hat es auch unserm jetzt toten Kameraden Trent ergangen; er war in einem anderen Revier als Sicherheitsmann aufgestellt, frug wurde er verlegt in den bezeichneten Schüttelrutschenbetrieb. Er ist jetzt das Opfer dieses Betriebes geworden. An seiner Wahre stehen sechs Kinder und die Witwe, die den Tod ihres Ernährers beweinen. Wir werden dem Kameraden ein ehrendes Andenken bewahren. Auch in noch manchen anderen Punkten sieht es auf Viktor faul aus. Bei der Menschenförderung in den Strecken wird geradezu unvernünftig gesagt, sodaß auch hier zu befürchten ist, daß noch Menschenleben geopfert werden. Die Seilfahrt wird oft auf Schacht II zu früh eingestellt. Die Arbeiter, die dann nicht in der Grube sind, müssen auf Schacht I anfahren und die Berge bis nach ihren Arbeitsstellen klettern. Es wird verlangt, daß die Seilfahrzeit eingehalten wird. Des weitern ist es notwendig, daß früher Schicht gemacht wird und die Förderung der Arbeiter eher beginnt in den Strecken, damit dieselben mit ihrem Zuge auch wieder zu Tage fahren können. Da der Betriebsführer mit den Sicherheitsmännern sehr rasch durch das Revier fährt, werden diese auch nicht alle Mängel sehen können.

Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippen.

Gewerkschaft Friedrich Franz. Die Beamten sind hier meist recht scharfe Gegner unseres Verbandes; besonders der Obersteiger Schünemann und der Aufseher Weiskopf. Fünf unserer Kameraden sind schon auf einmal entlassen worden, ohne daß es bisher gelungen wäre unsern Verband zu vernichten. Das wird auch nicht gelingen, da heißen die Herren auf Granit. Der Obersteiger will nur solche Leute haben, die eine große Schlagschuld besitzen und alles, ohne zu mühen, wie ein Ziegenkamm über sich ergehen lassen; vom Aufseher Weiskopf dagegen müssen sie sich ohne Widerrede alles gefallen lassen. Wer sich das nicht gefallen läßt, sich gar eine antändliche Behandlung ausbittet, oder was das Schlimmste ist, mehr Lohn fordert, der wird nicht auf diesem Hüte. Als sich die Kameraden einmal mit den Löhnen und der Festsetzung eines Tarifvertrages beschäftigt hatten, rief ihnen W., als sie zur Grube kamen, schon entgegen: „Mit eurem Streik das gibt doch nichts, die Pläne, die ihr geschmiedet, sind schon längst braten!“ Und doch werden die Arbeiter ihren berechtigten Forderungen einmal Geltung verschaffen, ohne den Aufseher W. darum zu fragen. Als W. noch Arbeiter war, hat er den schwersten Stein auch nicht gehoben, auch war sein Verhalten den Beamten gegenüber feindselig, so wie er es jetzt von den Arbeitern fordert. Vereinzelt ist auch folgender Fall. Zwei Arbeiter forderten vom Obersteiger eine Gehaltserhöhung, weil sie nichts verdienen, die sie auch erhielten, zwei Tage später aber wurde ihnen gekündigt, angeblich, weil Leute zuviel waren. Dabei muß die Hälfte der Belegschaft fast täglich 1 1/2 Schicht verfahren, Sonnabends sogar 2 Schichten. Wer nicht mitmachen will, dem wird vom Aufseher gesagt: „Der Obersteiger macht kurzen Prozeß.“ Kurzer Prozeß hat man auch gegen mit unserem Kameraden V. und dessen Kameraden. V. hat 5 Jahre dem Werke seine Dienste geleistet und stets seine Pflicht getan. Seinerzeit als das Werk gegründet wurde, hat man ihn hierher geholt, ihm eine Wohnung besorgt und sogar die Umzugskosten bezahlt. Er wurde Vorarbeiter in der Fabrik; aber nicht lange sollte er sich, trotz anerkannter Tüchtigkeit, dieses Postens erfreuen. Tüchtigkeit ist den Herren nämlich nicht die Hauptsache, sondern die andern Arbeiter gehörig antreiben. Das verstand unser Kamerad nicht, darum wurde ihm eines Tages gesagt, er halte die Arbeiter noch von der Arbeit zurück, statt sie anzutreiben. 50 Pfennig erhielt er von da ab weniger pro Schicht, die ihm mehr gezahlt worden waren, damit er die anderen Arbeiter tüchtig antreiben solle. Und nun, nach fünfjähriger Tätigkeit, wird er hinausgeworfen, nur, weil er von seinem gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht Gebrauch machte und sich dem Bergarbeiterverbande angeschlossen hat. Da muß man doch wirklich fragen: Sind die Arbeiter vogelfrei? Gibt es keine Behörde, die die gesetzlich gewährleisteten Rechte der Arbeiter schützt? Nein, die gibt es in diesem Fall nicht! Die Arbeiter müssen sich und ihre Rechte selbst schützen durch Anschlag an den Verband!

Saargebiet und Reichslande.

Grube Dehen. In schlechter Behandlung der Arbeiter tun sich hier besonders die in letzter Zeit aus den Kreisen der Arbeiter hervor-gegangenen Steiger Lob und Schmidt III aus Reunfischen hervor. Sch. hat als Arbeiter nicht nur ein Haar, sondern einen ganzen Fieberfleck in der Arbeit gefunden. Jetzt belegt er die Arbeiter mit allerlei Kojennamen, wie Faulenger usw., frecht Arbeitern halbe Schichten

weg und wollte ihnen sogar das Bogen lehren. Er hatte aber Bedenken, er traf gerade einen Arbeiter, der das schon konnte, so daß es blaue Augen absetzte. Weil aber seine geleerten Bogen auf Grube Dehen — mit Ausnahme einiger Beamten — beschliffen werden, wurde der betreffende Arbeiter entlassen. Steiger V. frecht nicht nur halbe Schichten, sondern verhängt auch noch Strafen von 4 Mk.; auch im Bogen stellt er seinen Mann. Er bog aber nicht mit den Fäulen wie Steiger Sch., sondern mit dem Meterstock. Aber trotzdem hatte er Bedenken, denn er traf Arbeiter, die das Bogen mit Häuten noch besser verstanden wie er mit dem Meterstock und sie verborgten ihn so, daß er Mittel, Mühe und Meterstock verlor und den besseren Teil der Tapferkeit erwälsten mußte. Auch diese Kumpel wurden, weil sie sich als gelehrte Bogen erwiesen hatten, entlassen. Der Obersteiger Groß hat auch einen jungen Mann täglich beleidigt; das sollte doch nicht vorkommen. Bisse Weipiele verdröben auch gute Sitten. Ein anderer Kamerad sollte zu wenig geleitet haben, weshalb ihm eine halbe Schicht vom Steiger Job gestrichen wurde. Die Arbeit war sehr gefährlich; vier Wochen vorher war an der fraglichen Stelle ein Bruch gefallen und mußte mit größter Vorsicht gearbeitet werden. Eine Klage am Berggewerbegericht hatte keinen Erfolg. Der Vorstehende stellte sich auf den Standpunkt des Steigers und führte begründend aus, daß dem Steiger Job, der seit zwanzig Jahren Bergmann sei, Glauben zu schenken sei. Zeuge W. habe wohl befunden, daß der Kläger gearbeitet habe, aber bei 20 Meter Entfernung und dem kleinen Licht sei nicht zu sehen, ob gearbeitet worden wäre, außer der Heuge müßte selbst nichts gearbeitet haben. Kläger sei daher mit seiner Klage, auf Erhebung der halben Schicht, abzuweisen. Das Urteil so wohl wie die Begründung, erscheinen uns nicht recht verständlich und sind nicht geeignet, das Vertrauen zu den Berggewerbegerichten zu heben. Beklagt wird auch über die Unpünktlichkeit bei der Seilfahrt. So durften kürzlich die Arbeiter der Nachtschicht, trotzdem die Seilfahrt für die Morgenschicht ging, erst so spät ausfahren, daß etwa 40 Mann den Zug nicht mehr früh genug erreichten und zu Fuß nach Hause gehen mußten. Dadurch soll wohl das gute Einvernehmen gestärkt werden?

Grube Kahlwald (Saarrevier). Eine eigenartige Methode hat der Steiger Paul sich angewöhnt, wenn die Kumpel sich bei ihm beschwerten. Du kannst mir den Buckel hinaufklettern, sagte er zu dem Bergmann L., als dieser sich beschwerte wegen dem schlechten Lohn, den sie vorigen Monat hatten. Auch dem Fahrsteiger Frömmigen wäre zu empfehlen, den Kameraden doch ein antändliches Gebirge zu machen, damit sie ihren Lohn auch verdienen können. Er ist ja erst hierher versetzt worden und die Arbeiter haben ihm keine Träne nachgeweiht. Alle haben sie erleichtert aufatmet, als es hieß, Fahrsteiger Frömmigen wird versetzt, und haben ihren Kameraden auf diesem Hüte gratuliert. Dem Steiger Paul wäre zu empfehlen, mal das Wasser wegschaffen zu lassen aus der Hauptstrecke am großen Bahnhof, denn es ist doch wirklich nicht angenehm, jezt, wo es Winter wird, jeden Tag bis an die Knie im Wasser herumzulaufen und mit nassen Füßen nach Hause zu gehen.

Süddeutschland.

Aus dem oberbayerischen Bergwerksrevier.

Gausham. Unsere christlichen Gesenkenreunde, Sekretär Hinterseher an der Spitze, tun immer fürchtbar entsetzt, wenn wir die Taten ihrer Freunde, der hohen und niederen Bechenbeamten, beim richtigen Namen nennen. Alles ist Hege und Lüge und die unheimlichen Scharfmacher werden als Märtyrer gefeiert. Nur der Florianstein geht diesen fonderbaren Heiligen nach ab. Das christliche Gesetz soll uns nicht abhalten, mit der Kritik einzusehen, wo es not tut. Wenn bei der allgemeinen Lebensmittelerhöhung und den Feierschichten auch noch Lohnreduzierungen wie in letzter Zeit vorgenommen werden, so müßen sich die Zentrumsgesendchristen nur mit dem Himmel trösten. Wir sind der Meinung, daß ein solches Vorgehen auf das schärfste gebrandmarkt werden muß. Das Werk verkauft die Kohle das ganze Jahr um den gleich hohen Preis. Für den Arbeiter gibt es jezt, wo der Winter vor der Tür steht, Sommergebirge, d. h., er darf im höchsten Falle nur noch 5 Mk. verdienen. Die große Mehrzahl wenigstens darf nicht darüber hinaus. Es heißt also: große Arbeit, weniger Lohn. Dieses Gebirge wird der treiben die Herren in der letzten Zeit so radikal, daß auch dort, wo der Verdienst noch nicht auf 5 Mk. pro Schicht stand, bis zu 20 Mk. Gebirge weggenommen wurden. Diese Arbeit ist anscheinend so ungesund, daß die Herren manchmal sogar nach Karlsbad zur Kur müssen. Ja, die Herren meinen, ihren Lohn reduzierer wie andere Leute zu verdienen. Aber nicht jeder Arbeiter möchte ihr Handwerk ausüben. Wenn man doch wenigstens unparteiisch sein wollte. Aber gewissen Leuten steckt man es zu. Da freuten sich die Leute schon, weil die Feierschichten ein klein wenig nachgelassen haben, sie könnten sich etwas erholen. Die Herren finden aber immer wieder eine Maßregel, damit Bruder Bergmann nicht zu übermütig wird. Gerade im heutigen Jahre waren zahlreiche verheiratete Frauen gezwungen, auf dem Werk Arbeit zu suchen, weil der Verdienst des Mannes immer kleiner, alles übrige aber teurer wird. Wenn es gültige Weltordnung ist, daß sich Vater und Mutter tagsüber im Joch des Kapitalismus abradern und die Kinder sich selbst überlassen sind, dann danken wir dafür. Daß die Erziehung der Kinder unter solchen Umständen Schaden leiden muß, ist nur zu erklärlich. Gewisse Leute täten besser, zur Beseitigung solcher Zustände beizutragen, statt sich über die Haushamer Jugend zu entsetzen, die gewiss nicht schlechter ist, wie die in ganz stochschwarzen Gegenden, den ganzen Tag von der Mutter behütet.

Neben Feierschichten wurde die Jagd nach Kohle so eifrig betrieben, daß man darüber die Zimmerung ganz vergessen hat. Bruch auf Bruch entstand, das eine Mal auf einer Grundstrecke, das andere Mal in einem Brennschicht. Herr Strata wurde ganz nervös, obwohl die Arbeiter, zum Glück rechtzeitig sich in Sicherheit bringen konnten. Ganz wenige Steiger getrauen sich von Strata Mausefalle und Hof; zu fordern. Zum Dank für die verkehrte Sparsamkeit gibt es dann Strafproben über und unter Tag. Wie schlimm muß es oft aussehen in manchen Abteilungen, wenn gleich 80 Mann notwendig wären, um nur einigermaßen Ordnung zu schaffen, wie sich ein Beamter geäußert hat. Unter anderen hat das Schicksal auch den Steiger Grünbauer ereilt. Obwohl er jeden Schicht 6 bis 8 mal pro Schicht auf leeren und beladenen Funden durchhaute, merkte er von dem schlechten Zustand der Zimmerung nichts. Statt daß vier Zimmerlinge 30 Schichten hier gearbeitet hätten, frechtlich man die zwei Arbeiter, die dort beschäftigt waren, auch Freierschichten machen. Als dann ein Schicht nach dem andern zusammenbrach, flog der Herr über Tag, wo er jezt sehr aufgeregt ist, und haben möchte, daß man schon von weitem vor ihm salutiere. Gar manchen Arbeiter hätte er um Arbeit und Brot gebracht, wenn es ihm geblüht wäre. Auch Steiger Mayer ist heruntergefallen. Besonders den Schleppern gegenüber war er die Sparjamkeit selbst. Er getraute sich zwar, die Leute recht anzutreiben, aber das zu zahlen, was sie verdient hatten, dazu fehlte ihm der Mut. Er fürchtete Bormwürfe von oben, wenn er die Schlepper mit 3 Mk. entlohnte. Das Klafahren hat keine guten Früchte gezeitigt. Ein Spezialist im Umschmüßen von Hohlräumen scheint der junge Salfer zu werden. Die Bedinge für Vergewalt sind oft so niedrig, daß die Leute förmlich gezwungen sind, Kohlräume zu machen. Hat man einem solch armen Sünder ein Loch ausgegraben, so gibt man sich nicht immer mit der Bestrafung des Betreffenden zufrieden. Lohnknechtung und Entlassung kann noch dazu kommen. Also drei Strafen für etwas, was eine Folge des viel zu niedrigen Gebirges ist. Die Belegschaft sollte sich endlich einmal aufraffen und Mann für Mann der Organisation anschließen. Nur dann werden die Klagen verstimmen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Muß eine Verichtigung an die Adresse des Redakteurs gerichtet werden?

Ueber diese sehr wichtige Frage hatte das Amtsgericht in Bochum in seiner Sitzung vom 13. Oktober zu entscheiden. Nach Entscheidungen des Oberlandesgerichts Breslau, der Amtsgerichte Darmstadt, Heiligenstadt usw. drängen Verichtigungen nicht wahr zu sein; die Richtigkeit ihrer Angaben ist nicht zu prüfen. Der Redakteur muß also auch dann die Verichtigung aufnehmen, wenn er weiß, daß sie unwahr ist, wenn sie nur die formellen Anforderungen des Pressegesetzes entspricht. Diesen Umstand machen sich besonders die Bergwerksunternehmer im Ruhrgebiet zunutze, um die Arbeiterpreise mit Verichtigungen zu überschütten, falls diese Kritik an den Verhältnisse übt; aber auch andere Elemente machen sich diesen Umstand zunutze. Die Arbeiterpresse handelt daher in berechtigter Abwehr, wenn sie die Aufnahmefähigkeit solcher Verichtigungen, von denen bekannt ist, daß sie unwahr sind,

ablehnt, sobald sie den Anforderungen des Preßgesetzes nicht entsprechen.

Um einen solchen Fall handelte es sich auch in obiger Verhandlung. Die bekannte Wolfram-Jugend-Lique hatte ein Flugblatt gegen den Bergarbeiterverband herausgegeben und von einem Strohmännchen verantwortlich gemacht, welches schwere Verleumdungen führender Verbandsmittelgelehrter enthielt. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ stellte fest, daß der Unterzeichner des Flugblattes die Absicht habe, wieder nach Braßlitz, woher er auch gekommen, zu gehen und es darum keinen Zweck habe, ihn zu verklagen; er könnte schon längst über alle Berge sein, bevor es zur Klage komme.

In einer an die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“ adressierten Verächtigung wurde das jedoch bestritten. Diese Verächtigung entsprach nicht der Wahrheit; Tatsache ist, daß sich der Flugblattunterzeichner Simon mit der Absicht trug, wieder nach Braßlitz zu gehen und das auch seinem Freund B. brieflich mitgeteilt hat. Die Angaben der „Bergarbeiter-Zeitung“ entsprachen also durchaus der Wahrheit und sie lehnte die Aufnahme der unwahren Verächtigung ab, weil dieselbe an die Redaktion und nicht an die Adresse des verantwortlichen Redakteurs gerichtet war. Auf Antrag erhob der Rechtsanwalt Anklage. Das Gericht trat der Ansicht des Kameraden Wagner und seines Verteidigers Dr. Nawiski jedoch bei. Begründend wurde ausgeführt, daß die Redaktion einer Zeitung sich aus mehreren Personen zusammensetzt und es sei fraglich, ob der verantwortliche Redakteur eine Verächtigung erhalte, welche an die Redaktion gerichtet sei. Der Redakteur könne für die Nichtaufnahme einer Verächtigung nur verantwortlich gemacht werden, wenn sie an seine persönliche Adresse gerichtet sei. Das sei in diesem Fall nicht geschehen und darum müßte Freisprechung erfolgen; die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Bei dieser Gelegenheit mußten wir uns auch gegen das Verhalten des Herrn Anwalts Clerig wenden. Dreimal hat dieser Herr schon gegen unseren Redakteur Wagner Anklage erhoben wegen Verleumdung des Preßgesetzes; jedesmal ist Wagner freigesprochen worden. Aber in allen Fällen suchte der Herr Anwalt seine Klagen durch persönliche Beschuldigungen unseres Redakteurs zu stützen; jedesmal hielt er Wagner eine Vorlesung über journalistischen Unstand; er nannte dessen Verhalten unfair, in der letzten Verhandlung sogar unanständig, obwohl dazu auch nicht der geringste Grund vorlag.

Wagner hat sich immer gegen die Ausfälle des Herrn Anwalts verwehrt, aber vergebens. In der letzten Verhandlung wandte sich auch Wagners Vertreter, Herr Rechtsanwalt Dr. Nawiski, sehr entschieden gegen das Auftreten des Herrn Anwalts. Er wies es scharf zurück, daß dieser Sachen in die Verhandlung hineintrage, die gar nicht Gegenstand der Verhandlung gewesen seien. In allen Fällen habe er Wagner verzeihen, in allen Fällen habe es sich um bloße Rechtsfragen gehandelt und sei seines Wissens Wagner immer freigesprochen worden. Die beleidigenden Ausführungen des Herrn Anwalts entbehren also jeder Grundlage.

Alles umsonst! Der Herr Anwalt erklärte, wenn Wagner auch in allen Fällen freigesprochen worden sei, so bleibe sein Verhalten doch ein unanständiges. Er weigerte sich prinzipiell, Verächtigungen aufzunehmen, obwohl der Verächtiger gegenüber der Zeitung doch immer im Nachteil sei. Viele Anzeigen seien ihm darüber von Redaktionsleitern zugegangen und er beantrage, darüber Beweis zu erheben. Der Angeklagte müsse wegen seines Verhaltens einmal exemplarisch bestraft werden und er beantrage eine Woche Haft.

Wagner stellte demgegenüber zunächst fest, daß nicht der Verächtigungsschreiber der Zeitung, sondern umgekehrt die Zeitung dem Verächtigungsschreiber gegenüber im Nachteile sei, weil selbst Verächtigungen aufgenommen werden müßten, die dem Redakteur als unwahr bekannt seien; der Redakteur müsse jede den preßgesetzlichen Bedingungen entsprechende Verächtigung aufnehmen, auch wenn sie unwahr sei; ihre Richtigkeit habe er gar nicht nachzuprüfen. Dadurch sei es möglich, eine Zeitung mit unwahren Verächtigungen zu erbrüden und auch redaktionelle Bemerkungen zu einer Verächtigung könnten wieder mit einer Verächtigung beantwortet werden. Weiter hat Wagner das Gericht, dem Beweisangebot des Herrn Anwalts stattzugeben; er könne sich diese ungerechtfertigten Beschuldigungen nicht länger gefallen lassen; ihnen müsse der Boden entzogen werden.

Wir behaupten, daß das Gericht diesem Antrag nicht stattzugeben hat und auch nicht stattgeben konnte, weil es nicht zur Sache gehört; dem Herrn Anwalt wäre dann einmal Gelegenheit gegeben worden, die wirklichen Verhältnisse kennen zu lernen; jedenfalls wäre er dadurch zu einer entgegengesetzten Meinung gekommen. Daß der Herr in allen Fällen sehr laut und lange sprach, würden wir ihm verzeihen, obwohl auch das auf die Herren fällt und nicht angebracht war. In allen Fällen handelte es sich, wie gesagt, um reine Rechtsfragen; in allen Fällen wurde Wagner freigesprochen. Wozu also diese Aufregung?

Was aber sagt hierzu der Herr Erste Staatsanwalt?

Hermann Sohn vor Gericht.

Am 7. Oktober sollte sich der wegen Verbandschädigung aus dem Bergarbeiterverbande und wegen Unterschlagung von Parteigeldern aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossene Hermann Sohn wegen der Anklage, welche er am 25. Juni d. J. bei der Knappschaftsversammlung gegen den Verbandsausgewählten Krakowczyk gemacht hat, verantworten. Man sah es den Umständen an, in welche Situation er geraten war, als er Beweise erbringen sollte. Er berief sich auf seine Frau, die er vor sich, den Beweis gegen Krakowczyk zu erbringen. Über der Gerichtshof hatte die Zeugin nicht geladen. Die Frau eines Angeklagten fällt doch als Zeugin in einem solchen Falle wenig ins Gewicht, weil sie doch Partei ist. Nachdem ein vom Richter vorgeschlagener Vergleich scheiterte, wurde in die Beweisnahme eingetreten. Hier mußte er aber gerichtsamtlich vorzubringen, und seine Aussagen waren so entwickelt, daß kein Mensch sich darin zurechtfinden konnte. Unter anderem gab er an, daß Krakowczyk ihm vorgeworfen, er habe im Kloster im dritten Orden Gelder unterschlagen. Krakowczyk stellte die Sache insofern richtig, daß es nicht im dritten Orden im Kloster sei, sondern in der sozialdemokratischen Partei, und die Gelder habe Sohn bei nächtlicher Schwelgerei mit Frauenzimmer verjubelt. Auf die letzte Versicherung Krakowczyks redete der Richter Sohn zu, Widerlage gegen Krakowczyk zu erheben. Jetzt war aber Holland in Rot. Weil er eine Widerlage gegen Krakowczyk scheute, sagte Sohn, diese Beschuldigungen habe er schon voriges Jahr in Flugblättern zurückgewiesen, und er wolle von einer Widerlage Abstand nehmen (!). Da kann man die Verlogenheit sehen. Draußen in der Öffentlichkeit spekuliert er auf die Dummheit, stellt sich vor denen, die ihm glauben, als Märtyrer hin und sucht durch Prahlerei sich herauszuheben, indem er andeutet: „Ja, warum hat mich die Partei nicht verklagt?“ Wo ihm aber Gelegenheit gegeben wurde, seine „Unschuld“ sich vom Gericht bestätigen zu lassen, da sucht er nach allen Regeln der Kunst zu lügen. Da der Termin verlagert ist, wird bei der nächsten Verhandlung schon Sorge getragen, daß seine Lügen der Öffentlichkeit nicht vorenthalten bleiben. Erst trug er die Kutte, dann hängte er sie an den Nagel und schlich sich in die Arbeiterbewegung ein, bewarb sich dabei aber auch um Posten. Kein Mittel war ihm früher zu radikal, wenn es den Herolden gepas hat; er ließ sich aus der Landesstraße ziehen und in manchen Abendenstunden bei gemühtem Beisammensein hat er den Zuhörern das Klosterleben vorgebracht, wie da drinnen hinter den Mauern gebaut werde. Das alles hat man von dem Menschen schon erlebt, und jetzt? - Ja, er ist wieder in den Schuß der katholischen Kirche zurückgefallen. Hier ist die heilige Bergarbeiters-Sozialdemokratie vertilgt.

1000 Mark Belohnung!

Wohlerz. Kamerad! Gewerkevereinsmitglieder haben in den letzten Wochen ihren Beitritt aus dem Gewerkeverein zum Verbande erklärt! Dieser Umstand dürfte in letzter Zeit dem Gewerkeverein, voller Liebe zum Berg zu einer anderen Organisation gefunden zu haben. Diese andere Gewerkevereinsführung würde sich nun zusammenschließen und der Unterwerfung an sich vornehmen, zum mindesten müßte die Gewerkevereinsmitglieder, schon mit Rücksicht auf die Interessen des Gewerkevereins, aber in der Gewerkevereinsführung drin sein, um das eine wie an das andere.

Es kann in Rußland und anderswo keinen vernünftigen Menschen geben, der einem christlichen Gewerkevereinsführer nach Glauben und Gewissen die Hand reicht, ist der Betrogene. Denn die Art und Weise, wie der Gewerkeverein und seine Zeitung, z. B. den Heinrichsbrief in die Welt gesetzt und ausgeschickelt hat und jetzt noch darauf besteht, ist ein einziges in der Geschichte der deutschen Gewerkevereinsbewegung. Und was das schlimmste ist, christliche Vertrauens-

männer haben einen solchen Kampf gegen den Bergarbeiterverband mit gut geheißen, vielleicht in gutem Glauben an die Echtheit der Belieferungen ihrer Führer. Das entschuldigt nicht. Sie sind schon so oft von ihren Führern an der Nase herumgeführt worden, daß schon ein klarer Glaube dazu gehört, auf Belieferungen dieser Führer überhaupt noch etwas zu geben. Einer Anzahl christlicher Vertrauensmänner hämmert solches denn auch allmählich auf.

Im Essener Bezirk und an anderen Stellen haben Gewerkevereinsleute erklärt, daß, wenn sich die Echtheit des Heinrichsbriefes nicht herausstelle und wenn sich herausstellt, daß die Gewerkevereinsleitung ein frivoles Spiel mit dem Heinrichsbrief getrieben hat, sie mächtig nach schlagen, eventuell dem Gewerkeverein den Rücken kehren würden. Für diese Vertrauensmänner ist die Zeit herangekommen, zu tun, was sie versprochen haben, wenn sie ernstlich der schiefen Kampfesweise im Gewerkeverein zu Leibe rücken wollen!

Jawohl, die Zeit ist da, wo sich jeder anständige Bergmann sagen muß: Im christlichen Gewerkeverein ist kein Platz mehr für dich! Man erleidet nur noch moralisch Defekt, wenn man sich noch länger in dieser auf gewerkschaftsähnliche Gebiete völlig auf dem Hund gekommenen Organisation aufhält! Derum heraus aus dem Bergengewerkeverein! Dieser Sturmruf kann den christlichen Bergarbeitern nur Nutzen bringen.

Heute besteht kein Zweifel mehr: Mit voller Absicht und mit voller Kenntnis der Dinge hat die Gewerkevereinsleitung mit dem Heinrichsbrief ein frivoles Spiel mit der gesamten Bergarbeiterschaft, mit der Öffentlichkeit getrieben. Wenn die Berechnung dahin ging, die Aufmerksamkeit der Bergarbeiter von dem unerbittlichen Kampf um die Gewerkevereinsmitgliedschaft mit den Zeichen und von der bisherigen arbeiterschädigenden Haltung des Gewerkevereins in bergmännischen Fragen (Knappschaftsfragen) abzulenken, dann haben die christlichen Gewerkevereinsführer zum Teil ihren Zweck erreicht gehabt. Während des Knappschaftskampfes stand die Ruhrbergarbeiterschaft unter dem Eindruck des Heinrichsbriefes, gleichviel welche Stellung die Bergarbeiter zu ihm einnahmen. Der Gewerkeverein bedachte mit seinem Halunkenreich, den er mit dem Heinrichsbrief sich gesammelt hat, seine äußerste schwache Position gegen den Verband. Mit Erfolg hat man auch an diejenigen appelliert, die bekanntlich nicht alle werden, an die Dummen! Doch so etwas hält nicht auf die Dauer Stand. Schon am Tage der Wahl gab es Leute, die dem Verbandsmitglied angehörten, die aber mit scharfen Worten den heimtückischen Heberfall in letzter Stunde, als ob Auf der Straße der Verfasser des Heinrichsbriefes sei, verurteilten. Nicht umsonst haben viele Gewerkevereinsmitglieder bei den Wahlen für die Verbandskandidaten gestimmt. Daß die Gewerkevereinsleitung heraus etwas lernen wird, ist ausgeschlossen. Der Haß gegen den Verband ist bei ihnen stärker ausgeprägt als ruhige Überlegung, was wieder die letzte Nummer des „Bergknappen“ zeigt, in der erneut der Heinrichsbrief angegriffen wird in der dem christlichen Organ nun einmal anhaftenden unchristlichen Weise. Wir haben uns in voriger Nummer mit der famosen Belohnungsgeschichte beschäftigt. 1000 Mark sind ausgeschrieben für den, der dem Gewerkeverein Aufklärung gibt, woher der Heinrichsbrief stammt! Vor der Wahl lautete es anders.

Am 8. September mußte der „Bergknappe“ schon, daß der Heinrichsbrief von einem Verbandsführer herührte und an einen anderen Verbandsführer gerichtet war!

Am 10. September beteuerte der „Bergknappe“ nochmals, der Heinrichsbrief sei echt, die Klage gegen das „Volksblatt“, welches denselben als Fälschung hingestellt, sei von Imbusch eingereicht. Das „Volksblatt“ wartet bis jetzt aber noch vergeblich auf die Klage.

Am 15. September teilt dann Imbusch in einer Versammlung in Freisenbruch mit, daß ihm der Schreiber des Heinrichsbriefes genannt worden sei, er könne den Namen aber nicht nennen, weil sonst einige Verbandsführer über die Grenze gingen!!!

Am 16. September behauptete die „Essener Volks-Zeitung“, der Heinrichsbrief sei vom Bergarbeiterverbande!

Am 17. September wird Auf der Straße in dem von Imbusch verantwortlichen geschriebenen Flugblatt als Verfasser des Briefes genannt.

Am 3. Oktober sucht das „Zentralblatt“ noch den Anschein zu erwecken, als sei Auf der Straße der Heinrichsbrief-Schreiber!

Am 1. Oktober bittet der „Bergknappe“ alle seine Kameraden und Freunde um Zustellung von Material, um die ganze Sache aufzuklären. Er gesteht damit zu, daß man nichts weiß, den Heinrichsbrief-Schreiber nicht kennt, sondern den Verband und den Kameraden Auf der Straße ins Wane hinein verleumdet hat.

Am 8. Oktober werden im „Bergknappen“ dann demjenigen, der den Verfasser und Adressaten des Briefes namhaft macht, 1000 Mark Belohnung versprochen!!!

Und daß, nachdem am 15. September in Freisenbruch Herr Redakteur Imbusch erklärt hatte:

„Kameraden! Ich wäre ein Dumpe, wenn ich einen Brief veröffentlichte, von dem ich nicht weiß, daß er echt wäre!“

Man präge sich die obigen Feststellungen gründlich ein. Solche Verlogenheit und Konfusion zugleich muß erst nach gesucht werden. Im Gewerkeverein ist aber schon alles möglich geworden. In der letzten Nummer des „Bergknappen“ wird nun der Schwindel fortgesetzt, aber man merkt schon, daß es dem christlichen Organ schon schwer fällt, überhaupt sich noch mit seinen Unwahrheiten über Wasser zu halten. Wir lesen jetzt:

„Die Genossen sind außerordentlich wütend, daß von dem Vorstand des Gewerkevereins eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt wurde. Wir verstehen den Schmerz dieser Leute. Wird doch dadurch die Gefahr für sie resp. ihre Sache wieder größer...“

Der Verbandsälteste Jode, Altensien, der in einem besonders guten Verhältnis zu den Verbandsführern steht, sagte nach Bekanntwerden der Belohnungsaussetzung durch unseren Vorstand: Wenn der Gewerkeverein 1000 Mark gibt, so haben wir sie sicher. Soll das nicht heißen: wenn der Gewerkeverein durch 1000 Mark die Eingeweihen zum Reden bringen will, so haben wir 1000 Mark, um sie zum Schweigen zu veranlassen? Sollte in dieser Weise von unseren Gegnern an der Aufklärung der Angelegenheit gearbeitet werden, so wird schwerlich auf den Augenblick volle Aufklärung geschaffen werden können.“

Haben Worte einen Sinn, so bedeuten diese Auslassungen des „Bergknappen“ nichts anderes, als die angeblich mit dem Heinrichsbrief in Verbindung stehenden Verbändler griffen zur Verächtigung, um unbenutzte Wissen zu Schweigen zu bringen. Auch wenn Jode wirklich die ihm in den Mund gelegten Worte so gebraucht haben sollte, wie sie der „Bergknappe“ veröffentlicht, was wir übrigens bezweifeln, dann können sie von jedem vernünftigen Denkenden doch nur so ausgelegt werden, daß Jode hoffte, der Verband würde sich die 1000 Mark verdienen.

Uns ist schließlich auch gleichgültig, wie der „Bergknappe“ die Auslassungen Jodes auslegt. Wir stellen nur fest, mit welcher verzweifelten Mitteln der „Bergknappe“ arbeitet, nur um noch zu retten, was zu retten geht. Die kommende Gerichtsverhandlung wird ja Klärung bringen. Herr Imbusch will uns heute weiter im „Bergknappen“ erzählen, er habe Auf der Straße nicht als Verfasser des Heinrichsbriefes genannt, trotzdem das Maßwerk, das Plakat, in dem Auf der Straße als Verfasser bezeichnet wurde, von Imbusch unterzeichnet worden ist!!! Das ist der ganze Imbusch! Der Mann freiziet noch ab, daß er überhaupt auf der Welt existiert!

Wir haben nur noch eine Frage zu stellen. Kann die Gewerkevereinsleitung Belohnungen ausschreiben, obwohl sie weiß, daß diese Ausschreibungen nur den Zweck haben, den eigenen Mitgliedern Sand in die Augen zu streuen? Es ist ja nicht nur einmal, daß solche Belohnungen ausgeschrieben werden. Und jedesmal nur zu dem Zweck, Tatsachen zu verunkeln! Wahrhaftig, die Gewerkevereinsleitung hat weite Rechte von den Mitgliedern erhalten und sie muß diese Rechte mißbrauchen, um sich und den Gewerkeverein immer tiefer in den Sumpf zu bringen. Arme Bergarbeiter, die sich ein solches frivoles Spiel gefallen lassen!

Die Anarchos im Ruhrgebiet.

Daß sich in einem so gewaltigen Industriegebiet, wie das rheinisch-westfälische, in der Arbeiterbevölkerung die radikalste sozialistische Strömung der anarcho-sozialistische Strömung bemerkbar macht, ist nicht verwunderlich. Daß diese Strömung aber niemals an Bedeutung gewinnen wird im Ruhrgebiet, das ist ausgeschlossen. Nur ein kompletter Idiot kann es sich zur Aufgabe machen, die riesenhaft-centralistisch-organisierten Unternehmer in der Großindustrie mit Gruppenschiffungen der Arbeiter zu bekämpfen. Starke zentrale Arbeiterorganisationen können nur

durch straffe, starke und zentrale Arbeiterorganisationen bekämpft und besiegt werden. Jede Zersplitterung der Arbeiter nützt den Unternehmern. Wenn neben den Christlichen, Polen, Hirschen, Welden jetzt auch noch die Anarchos Boden zu gewinnen suchen, so kann das nur den Unternehmern, nicht den Arbeitern nützen. Weil es so ist, werden die Bergarbeiter in ihrer Mehrzahl die Anarchos so abweisen, wie sie den übrigen Zersplitterungsorganisationen ihr Vertrauen vorenthalten. Um so mehr, als die Organisation der Anarchos nicht gerade aus den saubersten Elementen zusammengesetzt ist. Mögen einige Leute unter ihnen sein, die es ehrlich meinen, der größte Teil unter ihnen setzt sich zusammen aus Stänkerfrigen, aus Leuten, die wegen allerhand Dinge aus den Zentralverbänden ausgeschlossen wurden. Im Ruhrgebiet halten die Anarchos Freundschaft mit notorischen Verbrechern und verurteilten Gefellen. Es gibt Leute, die schon den Bolschewikern aus dem Lager der Anarchos zum Opfer gefallen sind. Jeder anständige Mensch hat also Ursache, den Anarchos weit aus dem Wege zu gehen. Und schließlich ist es doch nur ein Scheinbrot, das diese gemischte Gesellschaft führt und ihre sorgfältige Beschimpfung und Verleumdungstaktik recht gewiß nicht reinlichheitliebende Bergarbeiter, sich mit diesen Burden abzugeben. An Bedeutung wird diese Stänkerfrigenorganisation im Ruhrgebiet nicht gewinnen. Wenn die bürgerliche Presse glaubt, den Anarchos einige Bedeutung zuzurechnen zu müssen, so hat das seine besonderen Gründe. Als sich 1891 eine ähnliche radikalistische Strömung im Ruhrgebiet zeigte, da waren es die Polizei und die bürgerlichen Parteien, die das Kommen und die Tätigkeit der „Jungen“ - so nannten sich die anarcho-sozialistischen Radikale - nicht gern sahen. Die „Jungen“ erhielten Galle, Zentrumsanhänger verfluchten die Radikalen der „Jungen“ in den Versammlungen überall da, wo es zu Auseinandersetzungen mit den Sozialdemokraten kam. Den letzteren wurden selbstverständlich die Galle abgetrieben, sie wurden auf den Boden geschürriert, gemäßigelt. Die „Jungen“ entwickelten sich hingegen diesseits der christlichen Welt, wie man in Gelsenkirchen nachfragen kann. Was man damals fertig brachte, war, daß eine jung und stark ausblühende sozialistische Organisation einhine zu Grunde gerichtet wurde. Jahre hat es bedurft, um die soj. Bewegung in Gelsenkirchen wieder aufzurichten. Selbstverständlich blieben die „Jungen“, als sie ihre Arbeit vollendet sahen, weg. Und in Gelsenkirchen heimten Zentrum und die Polizei ihr Heu ein. Zwischen damals und heute liegt eine gute Spanne Zeit, die Bergarbeiter sind herangereift und haben die Mittel kennen gelernt, die für die Bergarbeiterarbeit Vorteile bringen können. Was darum die Stärke der Anarchos unter den Bergarbeitern anbelangt, so gehören ihnen keine fünfzig beitragszahlenden Mitglieder an. Man lasse also die Leute, wo sie zusammenkommen, unter sich. Diskussionen sind, wie wir das schon erlebt haben, nicht mit ihnen zu pflegen, da die einzigen Waffen, die sie anzuwenden haben, die der Verächtigung und Verleumdung sind. Mit solchen Waffen dient man der Bergarbeiterbewegung ebenföwenig, als mit radikal-revolutionären Praefen und der fortgesetzten Aufforderung Putzge vorzubereiten und zu begehen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch eines Artikels gedenken, den wir in der „Essener Arbeiter-Zeitung“ gefunden haben (Nr. 289 vom 12. Oktober 1910). Der Artikel mit gleicher Ueberschrift wie der unsrige, stellt fest, daß die Anarchos im Essener Revier deshalb keine Fortschritte machen werden, weil sich die gesamte Parteilinie (soll wohl heißen die der „Arbeiter-Zeitung“) immer auf der äußersten Linken bewegt hat! Wörtlich heißt es u. a.:

„Im Essener Wahlkreis ist man bis jetzt wenigstens glänzend mit dieser neuesten Arbeiterzersplitterung abgefunden und so wird es auch bleiben, dafür bürgt die Tatsache, daß unsere gesamte Parteilinie sich immer auf der äußersten Linken bewegt hat und voraussichtlich auch bleiben wird. Boden gewinnen können diese Elemente der Arbeiterzersplitterung (Die Anarchos, D. R. d. B., z.) höchstens dort, wo man sich von der alten revolutionären Parteilinie immer mehr entfernt und der Taktik der Konfessionen und der Anpassung an den Klassenstaat in beständig steigendem Maße Rechnung trägt. Unser Industrieproletariat ist infolge der fortgesetzten Umwandlung der kapitalistischen und Merkantilnabelstichtpolitik radikal bis ins Mark und das ist gut so. In unserer Partei- und Gewerkschaftstaktik wird es also im Ruhrgebiet in erster Linie liegen, ob wir die anarcho-sozialistische Propaganda wirkungslos halten. Diese Einsicht sollte allen an verantwortlicher Stelle stehenden Genossen nichts Neues sein. Unser Radikalismus soll sich nicht in Wortaktual ergeben - darin sind uns ja doch die Musterstreifen über Radikalismus in Theorie und Praxis haben und im letzten Jahrzehnt behutaufende neuer Anhänger gebracht, also bleiben wir bei dieser bewährten Methode, dann können wir lachend dem Ritt der Syndikalisten nach Westdeutschland entgegensehen.“

Im! Nach solchen Darlegungen empfehlen wir dem Schreiber in der „Arbeiter-Zeitung“ ernstlich, noch einmal die Geschichte der sozialdemokratischen Partei durchzulesen und sie gründlich zu studieren. Seine „historisch-materialistische Gesichtsauffassung“ wird ihn dabei, so hoffen wir, sehr zu statten kommen. Da wir dieses Studium der Parteigeschichte und auch der deutschen Gewerkschaftsbewegung voraussehen, fühlen wir uns der Pflicht überhoben, hier schon darzulegen, wer und was die syndikalistische Bewegung hochgebracht hat bezw. wer und was das anarcho-syndikalistische Uebel verursachte. Die Gewerkschaftsleitungen, gegen die sich der Artikel zweifellos richtet, haben ehe sie die zentrale Organisationsform für Gewerkschaften zur Durchführung halfen, die Syndikalisten schon vorgefunden. Zu einer Zeit also, wo auch von dem sog. Revisionismus, wie er heute dem Artikelschreiber als Schreckbild vorquillt, noch keine Rede war. Aber interessant dürfte für den Artikelschreiber in der „Essener „Arbeiter-Zeitung“ sein, auch einmal die Bläse in Deutschland nachzuspüren, wo es der Syndikalismus fertig gebracht hat, sich bis heute zu erhalten. Berlin, Leipzig, Halle, die Solinger Lande usw. das sind Orte, in denen unentwegt der Glaube vorherrscht, wie ihn auch der Artikelschreiber im tiefsten Herzensschreie trägt: Eine böse Feststellung für den Artikelschreiber, wenn man so argumentieren wollte wie er.

In je frischer Erinnerung ist uns nämlich auch, wie und wo sich die anarcho-sozialistische Bewegung im Ruhrgebiet eifrig bemerkbar zu machen sucht. Soweit die Bergarbeiter in Frage kommen, kennen wir die Mitarbeiter der Syndikalisten zu genau, als daß wir sie in der Bergarbeiterführung zu suchen habe. Was sollen also alle die Andeutungen in der „Arbeiter-Zeitung“, was das Schüren von Mährchen? Wenn man glaubt, auf diesem Gebiete weiter arbeiten zu müssen, dann wird sehr bald die Zeit kommen, wo wir zu einer Antwort greifen, die den Schürern deutlich und kräftig genug in die Ohren klingen wird. Wir sind es wahrhaftig leid, fortgesetzt die Objekte unbedachtiger Angriffe zu spielen. Das müßen sich die einzelnen Personen in Essen so gut wie auch anderswo endlich merken.

Der Ausfall der Wellestewahlen in Ostreich

ist dem „Bergknappen“ schwer auf die Nerven gefallen. In seiner Nr. 42 beschäftigt er sich mit der Stellungnahme der Anarchisten der Polen und der Zechenbeamten im Sprengel 88. Auch die Sprengel 88 und 89 hätte er gerne mit Beschlag belegt. Die Niederlage im Sprengel 88 glaubt er damit beschönigen zu können, daß er auf die letzte, im Vorjahr getragene Gemeinderatswahl hinweist, weil damals ein Teil der Zechenverbändler den Zechen kandidaten wählten. Die Ursache für zu verschweigt er allerdings in demagogischer Weise und wollen wir der Öffentlichkeit mitteilen, wie das möglich war, obwohl die Knappschaftsämter eigentlich mit der Gemeinderatswahl nichts zu tun hat. Es war von vornherein jedem Ortskundigen klar, daß die Zechenpartei entweder mit der Zentrums- oder der Sozialdemokratie in Stichwahl kam. Der Zentrumsführer Herr Eling sah das denn auch ein und fragte unseren Kameraden Köster und noch einige andere Kameraden was sie zu tun gedächten, wenn die Zechenpartei mit den Zentrümlern in Stichwahl käme. Köster fragte nun: „Was tut ihr, wenn wir mit der Zechen in Stichwahl kommen? Der Zentrumsmann Eling antwortete: „Dat weil die segen, sollst du mit der Zechen in Stichwahl kommen, dann sinne wie sie de Zechen!“ Köster war Kandidat und antwortete ihm nun: „Dann ist ja die Sache geklärt, jetzt wissen wir auch, was wir tun.“ Uebrigens besehen wir die Gemeinderatswahlen in den umliegenden Ortschaften. Ohne Ausnahme haben die Christen dort schon die Zechenbeamten gewählt. Selbst die Herren Geistlichen beider Konfessionen tun daselbe. Uunacht ist die Zentrumspartei die Zechenpartei und der Gewerkeverein der Zechen-gewerkeverein. Daß in Ostreich ein Hauch auf die Sozialdemokratie ausgebracht wurde, schreibt der „Bergknappe“, daß aber in Jelen, wo Zechen, evangelischer Arbeiterverein, Kriegerverein, die Ost- und Westpreussische Arbeitervereine und Polen mit den Christen zusammengesessen und das Arbeiterkorps der Zechenarbeitern zum Teil noch um Wirtentacht auf der Straße mit ihren Instrumenten strach machte, verschweigt er. Das

alles ist selbstredend echt christlich. In einem allerdings hat der „Bergknapp“ im allgemeinen recht, nämlich; daß, wenn sämtliche Knappschaffsmitglieder die Kandidaten des Bergknappvereins gewählt hätten, die Altverbändler liberal verschwunden wären. Ja wenn!

Direktor Bonader

von der Zeche Königsgrube scheint ob dem Ausfall der letzten Wahlen im Ruhrbecken vom Rotfeller besessen zu sein: Fortgesetzt nennt er von einer Wohnung seiner Arbeiter zur anderen, um nach Verbänden zu schnüffeln. Daß der Herr sich hier Dinge erlaubt, die ein vernünftiger und anständiger Mensch unterwegs lassen würde, ist selbstverständlich. Vor allen Dingen geht sein Bestreben dahin, die Bergarbeiter durch Drohungen zum Austritt aus dem Verband zu veranlassen. Hierbei ist ihm jedes Mittel recht. Was aber das schönste ist: Herr Direktor Bonader sucht die Bergarbeiter zum Austritt aus dem Verband zu zwingen, damit sie in den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter eintreten!!!

Der christliche Gewerksverein, so meint er, sei eine Organisation, die ihm angenehm sei! Hört, hört! Nun kann es dem Gewerksverein an nichts mehr fehlen. Während der Wahlbewegungen bemühten sich Beamte, vom Betriebsführer herab, für die Ausdehnung des Gewerksvereins, jetzt kommen dieser famosen Arbeiterorganisation sogar die Grubendirektoren zur Hilfe. Und gar Herr Bonader! Im Uebrigen paßt sich der Herr bei seiner Agitation gegen den Verband und für den Gewerksverein genau der Agitationsmethode der tüchtigsten M.-Glabbacher an. Wir werden dem Herrn dafür in nächster Zeit einen Denkzettel geben, an den er lange denken wird. Unsere Kameraden aber fordern wir auf, sich durch nichts einschüchtern zu lassen. Sorgt für Ausbreitung des Verbandes, dem Herrn zum Trost!

Im Uebrigen ersuchen wir die Ruhrbergleute, denen die Staatsbürgerrechte noch etwas gelten, Königsgrube bei der Arbeitsuche zu meiden, bis der Herr Direktor seine Maßregelungspraxis gegen die Verbändler einstellt.

Eine tödliche Verächtung

Hat Herr Vogelsang, Sekretär des christlichen Gewerksvereins, im Namen des Zentralverbandes des Korrespondenzblattes, der katholischen Facharbeiter (Sig. Berlin) zugehen lassen. Diese Verächtung ist im letzten „Bergknapp“ gleichfalls abgedruckt. Von dem, was Herr Vogelsang als „unwahre“ berichtet, ist selbstverständlich das meiste wahr! Wir bemerken für heute diese „Verächtung“, werden darauf eingehen, so bald das katholische Korrespondenzblatt die Antwort gegeben hat.

Kein Lokal in Sterkrade II

steht unseren Kameraden zu Versammlungszwecken zur Verfügung. Der Wirt Wisting, wo unsere Zahlstelle bisher tagte, will sein Lokal zu einem Konzertlokal machen. Der Wirt Wisting, Eimertstr. 8, hat unseren Kameraden sein Lokal anfänglich überlassen, es ihnen dann aber wieder abgefordert mit der Motivierung, daß er Angst vor der Polizei hätte. Wisting hat neu gebaut und wohnt gleich an der Hauptkolonie; dort liegt auch die Wirtschaft W. Berkel, die uns aber zu Versammlungszwecken auch verschlossen ist. Unsere Zahlstelle Sterkrade ist also obdachlos, ein beschämendes Zeugnis für die dortigen Bergarbeiter. Würden die Bergarbeiter besser Solidarität üben, wie es ihre Interesse erfordert, so könnten sie die Wirte leicht zwingen, dem Bergarbeiterverbände ihre Lokale zu überlassen. Das muß anders werden. Keinen Groschen dürfen die Bergarbeiter bei Wirten verspeisen, welche dem Bergarbeiterverbände den Stuhl vor die Tür setzen. Die Bergarbeiter haben die Macht in Händen, wenn sie nur einig sind.

Folgen unchristlicher Erziehung.

Am 2. Oktober wurde unser Kamerad Holzmann aus Zeern, der auch Sicherheitsmann ist, von den „Christenführern“ Reineke, Raubst und Moldenhauer überfallen und schwer mißhandelt, so daß er krank liegen mußte. Das sind die Folgen der „unchristlichen“ Erziehung durch den „Bergknapp“. Längst ist der Haß dieser Leute gestiegen, daß sie schließlich auf ihren Verursachern draufschlagen, und ihn noch mit Füßen treten, als er schon am Boden lag und sich nicht mehr wehren konnte. Sie werden sich vor dem Strafrichter zu verantworten haben, aber die Schuldigen sind diejenigen, die die Arbeitererziehung als Gewerbe betreiben.

Hannover, Braunschweig, Hesse-Sippe.

23 Bergarbeiter auf Zeche Barshagen verschüttet.

Auf der füstlichen Zeche Barshagen wurden am 11. Oktober durch den Zusammenbruch des Füllortes 23 Mann verschüttet. Zu dem Unglück bringt der „Hann. Cour.“ Mitteilungen, die wieder einmal zeigen, daß man auch hier mit dem Feuer gespielt, genauer gesagt, daß man Arbeiter an Stellen geschickt hat, deren Gefährlichkeit bekannt gewesen ist. Im „Courier“ heißt es:

„Um den eingestürzten Füllort im Vollerbachschacht ist man schon seit einigen Monaten (1) wegen der Einsturzgefahr in Sorge gewesen. Es sind jedoch fortgesetzt Untersuchungen über die Vertriebsfähigkeit angestellt worden, so auch am letzten Sonntag. Der Füllort ist bei der Revision brandig erklärt worden. An der Füllortstelle befindet sich eine sogenannte Verdrängung, dies ist eine Verdrängung des Kohlenlagers. Derartige Stellen, die man häufiger im hiesigen Bergwerk findet, sind sehr gefährlich, weil das Gestein an diesen Stellen sehr klüftig und lose sind.“ Zu Verdrängung dieses Umstandes und der dadurch bedingten Einsturzgefahr ist man seit Monaten beschäftigt, für die Bergleute einen Nebenausgang durchzubringen, der bereits bis auf drei Meter an jener Füllortstelle fertig war. Die Eingestürzten kannten diese Stelle und konnten infolgedessen den Rettern entgegenarbeiten.“

Man hätte unserer Meinung nach die Arbeiter an der sehr gefährlichen Stelle so lange einstellen müssen, bis eine genügende Sicherheitsvorrichtung fertiggestellt war. Daß an der Herstellung einer solchen (des „Nebenausgangs“) zu arbeiten begonnen wurde, genügt u. E. nicht, um die verantwortlichen Stellen von dem berechtigten Vorwurf, der ihnen, stimmen die Angaben des „Couriers“, gemacht werden muß, hinreichend zu entlasten. Wie noch mitgeteilt wird, sollen alle Verschütteten gerettet sein. Nähere Mitteilungen fehlen uns.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Die Tätigkeit eines Sicherheitsmannes in Ober-Schlesien und ihre Folgen.

Aus Oberschlesien schreibt uns ein Kamerad wie folgt: „Ich wurde auf unserer Zeche als Sicherheitsmann gewählt und hielt am 16. September d. J. die erste Revision ab. Es entgingen mir mehrere Mißstände nicht, die geeignet waren, ein Unglück herbeizuführen, Menschen zu verletzen oder gar zu töten. Da, wo ich merkte, daß die Kameraden in Lebensgefahr geraten könnten, warnte ich. Es ist leicht möglich, daß dies manchem von den Kameraden nicht paßte, doch bin ich der Meinung, daß es besser ist, manchmal ein bitteres Wort der Wahrheit zu hören zu bekommen, als unter Trümmern liegen zu bleiben — wie das im Bergbau bisher so oft geschieht. — Die Frau zur Witwe, die Kinder zu Waisen zu machen. Ich glaubte, mit dieser Warnung meine Pflicht getan zu haben, denn zum stimmen verlangen hinter dem Beamten hat man mich nicht gewählt. Ein Beispiel: An einer Stelle sah ich, daß die Leute auf dem Weidbruch von und nach der Arbeit gingen. An dieser Stelle verunglückte schon ein Mann zu Tode! Ich sagte, daß dort der Weidbruch nicht erlaubt sei, sonst kommt es zu neuem Unglück. Im Schacht sah ich angefallene Fehlfahrer, auch waren dieselben zu schwach besetzt. Dort könnte leicht ein Unglück passieren. Ein anderer Mann würde andere mit in die Tiefe reißen, wobei es eine Knochenbrüche nicht abginge. Das habe ich ins Revisionsbuch eingetragen. In einer anderen Stelle traf ich zwei so schlecht verkaute Pfeilen, daß sie jeden Augenblick zusammenbrechen und die Arbeiter unter sich zerbrechen könnten. So schrieb ich ins Buch ein, daß die Pfeiler so lange für die Arbeit gepfeilt werden müssen, bis sie vorchriftsmäßig gekauft werden.“

Als ich wieder oben war, wurde ich sofort zum Betriebsführer gerufen und dieser machte mir Vorwürfe, wie ich dazu komme, den Leuten Befehle zu erteilen. Dazu hätte ich kein Recht. Also eine Warnung vor einem Unglück, betrachtet der Herr Betriebsführer als einen Befehl! Man kann es erkennen, daß dem Herrn mehr auf den Buchstaben des Gesetzes ankommt, als auf die Gesundheit und das Leben der Knappen. Geschieht ein Unglück, dann nennen die Herren wie besessen umher und keiner will die Schuld tragen. Wir Bergarbeiter wünschen kein Bedauern, denn dies macht die Verunglückten nicht wieder lebendig. Sollen kann uns nur die Warnung der Leute und die Befestigung der Mißstände. Deshalb hindert mich der Betriebsführer an der Warnung vor einem Unglück? Ich habe keine Befehle erteilt, sondern nur das eingetragene, was ich vorgefunden habe. Weiter erklärte der Herr Betriebsführer, daß er erst gestern die Fahrten im Schacht gesehen und begangen habe und nicht erwiderte, was der Vorbericht nicht entprochen hätte. Wenn der Mann in der Eile das ihm drohende Unglück übersehen hat, so kann er mir doch nur dankbar sein, daß ich die morschen Stellen genauer angesehen habe und die Befestigung nachprüfte. Da man aber nach meiner Revision andere Fahrten einbauen ließ, dann habe ich doch wohl keinen Vorwurf verdient.“

Wie un bequem dem Herrn meine Kritik wurde, beweist die Tatsache, daß mich der Steiger an die gefährdete Stelle, die ich absperrten rief, zur Arbeit schickte und höflich sagte, ich solle den Leuten zeigen, wie man die Pfeiler zu verkaufen hat. Ich antwortete, daß ich keine Verantwortung übernehme, denn hier haben andere die Pfeiler verpfuscht, da könnten die Knochen leicht auf meine Knochen fallen. Im Ubrigen — sagte ich — muß hier das Gebirge erhöht werden, denn bei dieser Arbeit kann man die gewünschte Anzahl Wagen nicht liefern. Da sagte der Steiger: Wehe, wenn Sie den Soll nicht liefern! Das Gebirge wurde nicht erhöht. Selbstverständlich verkaufte ich nach Vorbericht, dafür konnte ich aber 46 nur 34 Wagen liefern. Was daraus werden wird, weiß ich noch nicht, aber mir kommt es vor, als wenn die Herren die ihnen unbequeme Kontrolle los werden wollen. Ich kann doch nicht ins Buch schreiben: „Alles in Ordnung“, wenn ich das Leben der Bergarbeiter bedrohende Mißstände gefunden habe. — Ich erkläre die Reaktion, mir mitzuteilen, wie ich mich für die Zukunft in solchen Fällen zu benehmen habe, denn ich sehe jetzt schon, daß zwischen den Herren und mir es noch zu schweren Konflikten kommt, wenn ich auch in Zukunft meine Pflicht gewissenhaft ausfülle und stets meine Kameraden vor Unglück schützen will. Ich erkläre um briefliche Antwort, wofür ich eine Briefmarke einsende. (Vor- und Zunahme.)

Wir haben den Brief veröffentlicht, trotzdem er eigentlich nicht dafür bestimmt war; er beweist aber, wie sich die Herren bemühen, das bishigen Kontrolle, das den Arbeitern das neue Gesetz erteilt, zu hinterzwecken. Wir sind sehr überzeugt, daß namentlich in Oberschlesien die kapitalistischen Anstreiber die ganze Grubenkontrolle fast vollständig zunichte machen werden, denn es wird keiner der Sicherheitsmänner auf die Dauer aushalten können, wenn man ihn nach den schlechtesten Nummern schießt. Das sind nämlich diejenigen Nummern, auf denen nichts zu verdienen ist, wenn man auf sein Leben Rücksicht nimmt. Im Ubrigen raten wir keinem Sicherheitsmann, sich nach einer Nummer verlegen zu lassen, die er als gefährlich ins Buch eintragen mußte, solange auf seiner bisherigen Nummer Arbeit genug vorhanden ist und der Arbeiter, den er betreten soll, nicht gänzlich von der Zeche gegangen ist. Sollte einem Sicherheitsmann so etwas passieren, dann muß er sofort beim Betriebsführer Beschwerde führen, und falls dieser selbst es angeordnet hatte, beim Direktor. Als dritte Instanz gilt das Bergverwaltungsamt, zu dem die betreffende Zeche gehört. Außerdem ist der Geschäftsführer verpflichtet, eine eingehende Beschreibung des Falles an den Vorstand des Bergarbeiterverbandes zu senden. Der Vorstand sammelt dann das Material und sorgt dafür, daß ähnliche Vorkommnisse sowohl im Landtag als auch bei Gelegenheit im Reichstag zur Sprache gebracht werden. Von dort soll die ganze Welt erfahren, wie die kapitalistischen Ausbeuter das Leben der Bergarbeiter mißachten, indem sie die Grubenkontrolle besetzen.

Während der Kontrolle selbst ist es nicht ratsam, mit dem Beamten zu streiten. Will dieser nicht, daß die Arbeiter gewarnt werden, dann trägt man den Hinweis auf die Gefahr ins Buch ein. Wird dem Sicherheitsmann dann ein Vorwurf gemacht, dann antwortet er: „Ich habe meine Pflicht getan, denn ich bin dafür verantwortlich, wenn die Kameraden wegen Mißständen das Leben einbüßen!“ Weitere Angriffe läßt man unbeantwortet. Höchstens gibt man eine kurze Antwort: „Es ist nicht meine Sache, mit Ihnen zu streiten!“ Die Beamten suchen nämlich die Arbeiter zu provozieren, damit diese eine gereizte Antwort geben. Dann können sie „beweisen“, daß der Arbeiter auf die Beamten geschimpft hat, somit seine Befugnisse als Sicherheitsmann überschritten habe. Kameraden, laßt euch nicht hinführen, denn darauf warten bloß die Kapitalisten.

Jeder Sicherheitsmann ist verpflichtet, über die ihm aus seiner Tätigkeit entstandenen Schwierigkeiten und Schikanen dem Vorstand unseres Verbandes sofort Mitteilung zu machen.

Und noch eins:

Der oben erwähnte Brief spricht ein scharfes Urteil über das Verhalten der Zeitungen des Abgeordneten Kapieralski während der Verhandlungen über die Novelle zum Gesetz der „weißen Salbe“. Diese Blätter arbeiteten mit einer wahrnehmbaren Wut für die Abhängigkeit der Sicherheitsmänner von den Gruben. Von den Gruben unabhängig, vom Staate befehligt und durch die Bergarbeiter gewählte Grubenkontrollen, wie wir sie verlangten, nannte man höchst geschnadvoll: Preussische Beamte und Grubengendarme.

Der polnische Zentrumsmann, Kapieralski, wünschte dieselben Sicherheitsmänner, wie die Kapitalisten. Die Kapitalisten wollten sehr gut, daß sie die von ihnen abhängigen Sicherheitsmänner nach Belieben schikanieren können, daß die ganze Grubenkontrolle dadurch zunichte gemacht wird, daß — wie sich der Generaldirektor Hilger aus Laurahütte ausgedrückt hatte — das ganze Gesetz nur zu einer „weißen Salbe“ werden wird.

Der Wunsch des Herrn Kapieralski ist, dank der Hilfe der Kapitalisten, in Erfüllung gegangen. Jetzt passieren dieselben Unglücksfälle im Bergbau wie vorher. Genau wie früher werden Hunderten von Bergarbeitern die Knochen zermalmt. Und täglich werden, wie früher, aus den Gruben die Leichen der Verunglückten heraufgeholt. Derselben Räuber greifen unsere Frauen und Kinder, das selbe Elend herrscht unter den Witwen und Waisen der tödlich verunglückten Kameraden. Und nun tritt noch die Verfolgung der Sicherheitsmänner hinzu, jener Männer, die ehelich gewillt sind, unsere Gesundheit und unser Leben zu schützen.

So weit brachten es die Kapitalisten und die nationalen Schreier mit dem Herrn Kapieralski an der Spitze. Deshalb waren wir alle Arbeiter vor diesen Liebedienern des Kapitals und des Wels. Diese Pharisäer brachten über uns ein schreckliches Elend durch die Verbilligung der fassenden Steuern und jetzt bringen sie für uns wieder neue Drängale. Kameraden! erzählt dies alles den national gesinnten Arbeitern, denn unser Elend nimmt nicht eher ein Ende, bis alle Arbeiter einig werden. Fort mit den Junkern! Fort mit den Bourgeois! Der Arbeiter gehört zu den Arbeitern und nicht zu den Junkern und Kapitalisten!

Der Bergarbeiterverband und die Bergarbeiter in Köpprich (Kreis Neurode).

Die Verwaltung der Rudolfgrube beschäftigt den Betrieb, welcher wegen der Wasserflammität bisher unterbrochen war, am 15. Oktober wieder zu eröffnen und hofft die circa 14.000 Kubikmeter Wasser, welche sich noch in der Zeche befinden, mit Hilfe einer Zentrifugalpumpe mit elektrischem Antrieb in einigen Tagen zu schöpfen, so daß die Bergarbeiter, welchen durch die vielen Freierichtungen der Brotschürze ziemlich hoch gegangen hat, aufatmen können. Es hat sich auch hier wieder gezeigt, welchen Wert der Bergarbeiterverband für die Bergarbeiter hat, indem die Arbeitslosen ohne weiteres in den Genuß der Arbeitslosenunterstützung gekommen sind, obgleich es sich nur um ein Naturereignis handelte. Da sich kein Mensch um die Arbeitslosen kümmerte, gebührt dem Bergarbeiterverbände die Ehre. Deshalb hinein in den Bergarbeiterverband!

Knappschaffsältestenwahlen in Niederschlesien.

Am 13. Februar finden in Niederschlesien die Knappschaffsältestenwahlen statt. Die Wahl ist geheim und kann jeder Bergarbeiter seiner Ueberzeugung entsprechend wählen, ohne beschränkt zu werden, dadurch von den Grubenbesitzern und ihren Kreaturen gefährdet zu werden. Dem Bergarbeiterverbände stehen die schwarz-gelben Ar-

beiterfeinde geschlossen gegenüber. Es gilt für die Bergarbeiter, alle Kraft anzuwenden, um der schwarz-gelben Allianz die Spitze zu bieten und den Sieg des Bergarbeiterverbandes zu sichern. Das ist notwendig, wenn zeitgemäße Reformen der traurigen niederschlesischen Knappschaffsverhältnisse ermöglicht werden sollen. Kameraden, an die Arbeit! Müttet die Gleichgültigen und Indifferenten auf, nutzt die Zeit bis zum Tage der Wahl durch eifrige Werbearbeit aus, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Was lehren die Sicherheitsmännerwahlen die niederschlesische Bergarbeiterchaft?

Am 3. und 4. Oktober sind durch die an diesen beiden Tagen vorgenommenen Erstwahlen die Sicherheitsmännerwahlen endgültig zum Abschluß gelangt. Der Verlauf derselben war ein solcher, daß es sich wohl verlohnt, einen Rückblick auf sie zu werfen. Um die fortwährenden Preissteigerungen der Kohle zu rechtfertigen, wurden im letzten Jahresbericht des Niederschlesischen bergbaulichen Vereins bewegliche Klagen darüber geführt, daß kein Industrieweig so sehr zum Versuchsobjekt für alle möglichen sozialpolitischen Experimente (14) geworden sein soll, als wie gerade der Bergbau. Dann wird die Berggeschnelle vom Jahre 1905 und die Knappschaffsnovelle vom Jahre 1908 für die hohen Selbstkosten verantwortlich gemacht und zum Ueberflug der Novelle über die Sicherheitsmänner Erwähnung getan.

Ist es schon ein Unstimm, von ins Gewicht fallenden Belastungen der Unternehmer durch die beiden ersten Novellen zu reden, so trifft dieser in bezug auf die Einführung der Sicherheitsmänner schon ganz und gar nicht zu. Aber das Ideal der Wertberren ist nun einmal: Zurück zur Sklaverei und Hörigkeit. Du, Arbeiter, hast nicht das Recht, an unserem Herr im Hause Standpunkt zu rütteln, du hast nichts mitzurechnen, sondern nur zu warten, bis dir die Profamen vom Tische des Herrn zufallen.

Selbstverständlich sucht man auch in gewohnter Weise die Wahl der Sicherheitsmänner zu beeinflussen. Konnten die Unternehmer das Gesetz nicht verhindern, so suchen sie doch wenigstens, ihnen diese Sicherheitsmänner durchzubringen. Laut Gesetz sollen diese Wahlen vollständig geheim vor sich gehen. Was man aber in Niederschlesien unter freier, geheimer Wahl versteht, das konnte so recht bei diesem Wahlkampf beobachtet werden. Schon wochenlang vor der Wahl wurde von den Beamten der verschiedensten Werke, besonders von denen der Fürstlichen Gruben, mit Spohr für die der Grubenverwaltung genehmen Kandidaten agitiert. Bei den Arbeitern wurde eine gründliche Beweiserforschung vorgenommen und wurde vor den Verbandskandidaten gaulich gemacht. Unter anderem erklärte ein Aufseher sich vom Tiefbauschacht, Arbeitern gegenüber: „Die Sicherheitsmänner sind nur zum Nachtheil für die Arbeiter. Werden Verbändler als Sicherheitsmänner gewählt, so würden damit die Strafzettel haufenweise herumschleppen.“ Steiger Scheumann vom Schacht schaute sich nicht, die Arbeiter zu fragen, wen sie wählen würden. Es sollte unter allen Umständen kein Verbändler gewählt werden, denn diese Notizen hätten hier nichts zu suchen, erklärte er. Als Steiger John vom Bahnschacht die Liste der Verbandskandidaten in die Hand bekam, äußerte er: „Ha, ha! Solche Leute stellt Ihr auf, die nicht einmal wählbar sind! Wenn der Obergrense (der Verbandskandidat) kommt, soll er bald zu mir kommen.“ Diesen Trid, die Kandidaten als nicht wählbar hinzustellen, hatten sich auch noch andere Beamte zu eigen gemacht zu dem Zwecke, die Leute von der Wahl eines solchen Kandidaten abzuhalten. Am Tage vor der Wahl, wo von Verbandsseite die Kandidatenliste an die Belegschaft verteilt wurde und die Beamten erfuhren, wer alles als Kandidat aufgestellt war, sagte Steiger Förster vom Klarschacht zu einem Kandidaten: „Da sind Sie doch im Verband! Ich hätte eher geglaubt, der Komet kommt herunter, als daß Sie im Verbande wären. Wenn wir gestern gewußt hätten, wo Sie wohnten, hätten wir Ihnen die Kündigung ins Haus geschickt!“ Wie unparteiisch die Beamten der Fürstlichen Gruben sich bei dieser Wahl benahmen, erhellt auch daraus, daß im Verlesesaal und noch sonst wo überall die Kandidaten der Belegen in großen Lettern prangten, die Leute aber, welche von Verbandsseite vor den Grubentoren Zettel verteilten, ganz einfach, ohne das geringste Recht dazu zu haben, z. B. vom Steiger John, weggeführt wurden. Ja noch mehr: Als die Zettelverteiler dem nicht Folge leisteten, erschienen plötzlich die Polizei in Stärke von zwei Mann, um diese Leute, trotzdem sie sofort ihren Namen angegeben, ganz einfach abzuführen, obwohl die Leute auf das ungeschickliche dieser Handlungsweise aufmerksam gemacht hatten. Die beiden Verteiler wurden wie die Verbrecher durch die Stadt nach dem Rathaus geführt und ihnen die Flugblätter abgenommen. Erst auf mündliche Beschwerde beim Bürgermeister als Vorgesetzter der Polizei, wurde das ungeschickliche dieser Handlungsweise erkannt und die Flugblätter wieder herausgegeben. Interessant an diesem Vorkommnis war, daß jedenfalls die Polizei von der Grubenverwaltung zu dieser Maßnahme aufgefordert worden ist, denn wie sollte man die Erklärung dafür, daß die Polizei schon im voraus wußte, daß bestimmt zwei Personen mit Zettelvertreilen beschäftigt waren, finden. Wie unparteiisch der Wahl selbst vorgenommen wurde, das zeigte sich in der Abteilung beim Steiger John in recht drastischer Weise. Als Weitzer zur Wahl wurden ganz einfach Beamte genommen. Vom Wahlvorsteher wurde bei jedem Zettel, der ihm nicht recht genehm vorkam, eine entsprechende Bemerkung, wenn er diese Zettel in die Höhe hielt und hindurchschickte, gemacht. Die Agitation im Wahllokal ist doch bekanntlich durchgängig bei allen Wahlen verboten. Hier war es aber anders, indem im Folterraum ein Blat mit den Namen der reichstreuen Kandidaten darauf eingeträcht war. Im Verlesesaal, wo ebenfalls die Kandidaten der Reichstreuen prangten, waren sie von irgend jemand weggenommen und dafür die Verbandskandidaten darauf geschrieben worden. Obwohl doch damit weiter nichts geschehen war, als was die Grubenverwaltung ebenfalls getan hätte, wurde doch sofort einem Kameraden von dem man gar nicht einmal wußte, ob er der Täter war, einfach die Kündigung in die Hand gedrückt. Anderen Arbeitern in der Zeche genau wie die Beamten für bestimmte Kandidaten agitiert haben sollen, erging es ebenso.

Als die Wahl vorüber war, waren die Beamten, wie die Verbandskandidat gewählt worden war, sehr erbot und suchten zu erfahren, wer dem Verbandskandidaten seine Stimme gegeben. Einem anderen Verbandskandidaten, der bei der Wahl unangekommen wurde, erklärte: „Das hätten wir von Ihnen auch nicht erwartet, Sie haben sich immer so scheinheilig gezeigt, jetzt ist es aber heraus gekommen. Lassen Sie sich von den Sozialdemokraten heranziehen, wird über kurz oder lang gelüftet!“ Diese Proben von Unparteilichkeit und Humanität gestatten uns, einen tiefen Einblick in die Verhältnisse, unter denen die Bergarbeiter zu leiden haben.

Um nur ja den Sieg zu sichern, hatten sich die Reichstreuen der katholischen Facharbeitern und den Hirsch-Dunderschen verbundene Man stellte gemeinsame Kandidaten auf, gab sogar gemeinsame Flugblätter heraus. Schon öfters hat sich der „Arbeiter“, das Organ der katholischen Facharbeiter, bemüht, gegen die Beamten zu agitieren. Daß dieses aber nur ein Scheinmanöver ist, ist schon Zweck, die Deffektivität zu täuschen, das haben diese Beamten am besten bemerkt. Als der Bergarbeiterverband dieses schloß die Beamten gehörig feinsagelte, dabei betonend, daß diese Waffenbrüder sich schon beschlossene Sache gewesen sei, bejaßen die Facharbeiter die Wahl in den „Schlesischen Nachrichten“ vom 27. Juli 1910 zu beschreiben, daß dieses nicht wahr, sondern faustdick gelogen sei. Wer aber faustdick gelogen hat, der Bergarbeiterverband oder die katholischen Facharbeiter, das kann ein jeder in der Nr. 278 der „Schlesischen Nachrichten“ vom 25. November 1908 nachlesen. Dort wird nämlich von einer Bezirksversammlung der Facharbeiter, welche am 23. November 1908 in Dittersbach tagte, berichtet, das dort den Leitern der Facharbeiter der Auftrag gegeben worden ist, mit den anderen Organisationen Kompromisse abzuschließen. Wörtlich heißt es in diesem Bericht: „Das Sekretariat (der kath. Facharbeiter, D. B.) soll Führung nehmen mit den Sekretären des reichstreuen Verbandes und der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, um mit dieser Organisationen gegebenenfalls bei Knappschaffswahlen, Arbeiterauswahlschritten usw. zusammenzugehen.“

Daß man der gegebenen Parole nicht nur bei den Sicherheitsmännerwahlen, sondern noch bei anderen Gelegenheiten getreulich folgt, haben ja auch die am 22. September 1910 stattgefundenen Gewerkschaftswahlen in der Stadt Waldenburg, wo noch Reichstreue, Hirsch, Evangelische und Katholische gemeinsame Sache machten, deutlich genug bewiesen.

Trotz Zusammenschluß des gesamten Rudeimuddels sind dem Bergarbeiterverbände und drei Viertel aller Sicherheitsmänner zugefallen. Im Neuroder Bezirk, wo die Schwärzen sich schon ob des

...

Siege wie toll gedeutet, haben sie keinen einzigen Sicherheitsmann erhalten, trotzdem sie mit den schärfsten Mitteln kämpften. Welche doch sogar der sozialdemokratische Parteisekretär Müller aus Köln behauptet, um zu beweisen, daß der Bergarbeiterverband die Arbeiter nur verriet. Weiter wurde behauptet, daß ein Vertrauensmann unseres Verbandes einen Antrag in der Ausschußsitzung nur deswegen zurückgezogen habe, weil dieses vom Abteilungsleiter gewünscht worden sei. Was wahr an diesem Geschwätz ist, erhebt am besten aus der Tatsache, daß man, obwohl der Fall in Waldenburg spielen soll (auf welchem Titel, wurde wohlweislich verschwiegen, in den Flugblättern, die im Waldenburger Revier verbreitet wurden, mit keinem Wort Erwähnung getan hat, nur in Neurode, wo niemand den Fall nachprüfen konnte, wurde er aufgeführt. Wir stellen fest, daß daran kein wahrer Wort ist! Das gerade Gegenteil ist der Fall, hat doch ein Vertrauensmann der Nachabteilung erklärt, daß, wenn der Inspektor die Sitzung leitete, er keinen Antrag einbringe, da doch alles abgelehnt würde. Wären die niedererschlichen Bergarbeiter aus alledem die richtige Lehre ziehen und danach handeln, b. h. sich dem Bergarbeiterverband anschließen. Nur dadurch ist es möglich, bessere Verhältnisse zu schaffen.

Saargebiet und Reichslande.

Bergarbeiterverhältnisse in Saarabien.

Die Gedanken stammen aus dem Wagen, soll ein weiser Mann gesagt haben, womit allerdings nur gemeint sein kann, daß die Verleumdung des Wagens auf die Stimmung und das Gemüt des Bergarbeiters einwirkt, daß der knurrende, nichtbefriedigte mit den hungrigen Wagen eine rebellische Stimmung erzeugt, während der satte, stets gefüllte Wagen träge macht und folgedessen die gute Stimmung erhält. Zwar hat die arbeitslose Lage der Saarbergleute es noch nicht zugelassen, daß sie ihren Wagen richtig füttern könnten und kann man ihre bisherige gute Stimmung weniger dem „gefüllten Wagen“ zuschreiben, als der wohlwollenden Fürsicht vor ihrer vorgesehnen Behörde, aber so traurig, wie es augenblicklich unter diesen „kniglichen“ Bergleuten aussieht, hat es seit Menschengedenken nicht mehr ausgesehen und so herrscht heute im ganzen Saarrevier eine so gespannte Stimmung, ist die Luft der Luft mit Elektrizität gesättigt, daß man das Schlimmste befürchten muß und die Gewitterstimmung stammt aus dem hungrigen Wagen! Die gut patriotisch und christlich-nationalgeonnenen Köpfe der Saarbergleute werden durch den knurrenden Wagen rebellisch und überall führt man in Versammlungen und Wirtschaften, die sonst so stillen und friedlichen „kniglichen“ Kampfs ihren gepökelten Herzen Luft machen, laut fordern sie Wenderung und Besserung der Verhältnisse, drohen frei heraus, bei der nächsten Reichstagswahl der Regierung einen Denkzettel zu geben. Lange genug habe man sich am patriotischen Narrenseil fügen, mit Pfaffen abpassen gelassen, endlich wollte man Katzen fressen, Katzen von der Bergwerksverwaltung aber auch vom „kniglich-christlichen“ Gewerksverein, in den so viele seit fünf Jahren ihre Beiträge zahlten, um — Sozialdemokraten freisen zu helfen! Während die „kniglichen“ Bergleute hinter den „christlichen“ Generalsekretären herlaufen und sich an der tollen Kreibjagd auf „Rotwild“ ergötzen, drückte „Vater“ Staat, der „Mutterarbeitgeber“ die Büchse herunter, zog die Steuerfährte immer weiter an und preßte so die „Rotwildjäger“ zwischen zwei Mühlscheiben, daß sie quiekten und vor Hunger förmlich schrien. Die Büchse entwickelten sich unter der „glorreichen Tätigkeit“ des „kniglich-christlichen“ Gewerksvereins in folgender „Progression“:

	Jahreslohn	Zagelohn
1907	1185 Mk.	3,25 Mk.
1908	1182	3,23
1909 (4. Quartal)	200	3,15
1910 (1. Quartal)	274	3,04
1910 (2. Quartal)	272	2,90

In einer Zeit unerschwinglicher Luerung, wo den Grubenbeamten Gehaltsaufbesserung gewährt wurde, kürzt man fortgesetzt die so schon jämmerlichen Löhne und zwar soweit, daß die „kniglichen“ Bergleute am Hungertuch nagen und nicht mehr mit Rotwild zufrieden sind. In Massen verlassen sie freiwillig die „saarabischen Fleischschäpfe und wandern nach Lothringen und Westfalen aus, während die anderen in Massen versammlungen ihrem Herzen Luft machen. Noch vor zwei Jahren wagte es ein „kniglicher“ Bergmann selbst in einer „christlichen“ Versammlung nicht, ein Wort der Klage, besonders über seine direkten Vorgesetzten zu sagen, während sie heute sogar in Verbandsversammlungen in Gegenwart der Polizei, die alle Verbandsversammlungen überwacht, frei heraus ihre Not klagen und ihre Meinung sagen.

Den Verbandsvertreter Leimpeters wies man vor einhalb bis zwei Jahren noch aus den Belegschaftsversammlungen hinaus, verweigerte ihm in allen „christlichen“ Versammlungen das Wort und heute läßt man ihn nicht allein zu, sondern die Bergleute verlangen, daß auch er spreche. In Du d u e i e erklärte der Versammlungsleiter, daß das Bureau — einschließlich des „christlichen“ Bezirksleiters Olmert — einstimmig der Meinung sei, Leimpeters das Wort nicht zu erteilen, worauf die Versammlung lauten Protest erhob und als dann abgestimmt wurde, mehr als 600 für Befreiheit und 20 dagegen stimmten. Diese Abstimmung kennzeichnete den Geist der Saarbergleute und tiefbetrübt meinte ein „christlicher“ Fanatiker: „O weh! Jetzt geht die ganze Zahlstelle zum roten Verband über!“ Der Auspruch zeigt, wie wenig Vertrauen diese „Gewerkschaft“ unter ihren eigenen Mitgliedern besitzt. In Ottweiler erhielt der Verband vor zwei Jahren ein kleines Lokal zugekauft, doch es wagte sich kein Bergmann in die Versammlung, so daß die „Saarpost“ höhnend schrieb: „Endlich a Klein“ und über Leimpeters seine „Siege“ hochhaffte Witze machte. Im letzten Sonntag hatte der Verband in Ottweiler den größten Saal

der Stadt und Leimpeters sprach vor mehr als 600 Bergleuten unter ungeteilter Zustimmung, während der Vertreter des kniglich-christlichen Belegschaftsvereins ausgelacht wurde und heute ist er endlich allein. So geht ein Gemach durch das ganze Revier und selbst im tief-schwarzen Kreis Saarlouis hat der Verband heute schon Fuß gefaßt und wird mit der Zeit „Berlin“ ebenso wie M. Glabbach hinauswauen. Zwar legen die M. Glabbacher jetzt wieder mit verdoppelter Agitationskraft ein, halten Belegschaftsversammlungen drauf und drüber ab, verbleiben ihren Mitgliedern den Versuch der „sozialdemokratischen“ Versammlungen — fülher tat das die Bergbehörde, jetzt machen es die „kniglich-christlichen“ Bergräte, die Baltrusch, Ulmert, Mauber, Koster, Germann, Jodenhöfer, Nag, Collet, Brück, Dilger, Engel, Böder et tutti quanti — aber alles das kann sie nicht vor dem sicheren Untergang retten. In fünf Jahren haben sie bei aller Versammlungsfreiheit und aller Protektion nicht vermocht, auch nur ein Drittel der Belegschaft zu organisieren, ein Beweis, daß auf der Basis dieser „christlich-nationalen“ Organisation niemals alle Arbeiter gewonnen werden können und gerade die besten sind es, die nicht von M. Glabbacherei wissen wollen. Konfus und inkonsequent, ohne jeden innerlichen Halt, geminnt diese Bewegung heute hundert Mitglieder, um sie morgen wieder zu verlieren und solange sie gegen Berlin den Werkkampf führten, hielten sie die Wage. Anders aber, nachdem die Bergleute sich in immer größerer Zahl dem Verbande angeschlossen, ziehen sie den Kürzeren und verlieren immer mehr an Terrain, bis auch dieses Revier der freien Gewerkschaft gehört.

Briefkasten.

Schachtanlage Scholven. Können wir nicht verwerfen. Unsere Zeitung denunziert niemanden, auch wenn es ein Gegner ist; es ist Sache des Sicherheitsmannes, darauf zu achten, daß solche Unbefugnisse bestraft werden. — **H. W., Bütgendortmund.** Derartige Dinge können wir doch nicht in unsere Zeitung bringen. Uebrigens: Wer ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein.

Verbandsnachrichten.

Zur Beachtung für unsere Mitglieder!

- Jedes Mitglied ist verpflichtet:
 - a) pünktlich seine Beiträge zu bezahlen, da sonst Verlust der statutarischen Unterstützungen eintritt;
 - b) für die Ausbreitung des Verbandes tätig zu sein;
 - c) durch gestitztes kameradschaftliches Verhalten der Organisation Ehre zu machen;
 - d) sich bei Umzug oder Abreise von der Zahlstelle abzumelden und in der neuen Zahlstelle anzumelden;
 - e) bei Krankheitsfällen, wenn eine 52 wöchige Mitgliedschaft vorhanden ist, sich nach Ablauf der ersten vierzehn Tage unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und Krankenscheines beim Vertrauensmann zu melden;
 - f) bei Arbeitslosigkeit, wenn mindestens 52 Wochen volle Beiträge entrichtet sind, sofort beim Vertrauensmann zu melden;
 - g) an allen Mitglieder-Versammlungen teilzunehmen;
 - h) die Bestimmungen des Statuts, sowie die Beschlüsse der Verbandsorgane, Verbandsstage und Mitglieder-Versammlungen zu befolgen.
- Rechte der Mitglieder siehe §§ 14 bis 23 des Verbandsstatuts.

Achtung! Einzelmitgliedern und Personen, welche Geld an die Hauptkasse zu senden haben, ohne im Besitz von Zahlkarten des Verbandes zu sein, mögen solche an den Postkassieren verlangen. Derselben werden unentgeltlich verabfolgt und sparen die Einsender auch das Porto, welches bei Benutzung von Postanweisungen zu zahlen ist. Folgende Adresse ist zu benutzen:

Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum.
Scheckkonto Nr. 3287. Scheckamt Köln.

Für verloren gegangene Mitgliedsbücher werden nur dann Duplikatbücher ausgestellt, wenn der Betrag von 20 Pf. sofort in Briefmarken mit eingesandt wird.

Aplerbeldermarkt. Kamerad Heinrich Haake gehört seit Oktober dem Verbande wieder an.

Rönsborn. Sonntag, den 28. Oktober cr., findet eine Haus-agitation statt. Treffpunkt morgens 8 1/2 Uhr beim Kameraden Schulte-Brauk, Kammerstraße 7. Alle Kameraden sind verpflichtet, sich an derselben zu beteiligen.

Adressenveränderungen.

Bezirk Hamm. Die Wohnung des Bezirksleiters Fr. Hoffeld befindet sich jetzt in Hamm, Sedanstraße 62. Telefon Nr. 749.

Bezirk Mansfeld. Die Adresse des Bezirksleiters Edmund Graf ist jetzt: Helbra, Bezirk Mansfeld, Ziegelroderstraße 20.

Lübtheen. Die Wohnung des Vertrauensmannes Fr. Brüggemann befindet sich jetzt Poststraße 7.

Scharnhorst. Der Kassierer Albert Jahnke wohnt jetzt Scharnhorststraße 110.

Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

- Altenessen. Vom 12. bis 29. Oktober.
- Braun. Vom 23. bis 28. Oktober.
- Bülse. Vom 26. bis 30. Oktober.

- Ditteln. Vom 15. bis 31. Oktober.
- Dümpfen III. Im Monat Oktober.
- Gelsenkirchen III (Waldenborf). Vom 15. Oktbr. bis 15. Novbr.
- Herzogenrath. Vom 15. bis 25. Oktober.
- Seven. Vom 15. bis 31. Oktober.
- Stöcken I. Im Monat Oktober werden sämtliche Mitgliedsbücher eingezogen behufs Vergleichung derselben mit der Zahlstellenliste.
- Sontrop. Vom 25. Oktober bis 10. November.
- Sostedde. Vom 15. bis 30. Oktober.
- Nieder-Wenigern. Vom 20. bis 31. Oktober.
- Oberhausen I. Vom 15. Oktober bis 15. November. Die Kameraden werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher dem Zeitungsboden abzugeben.
- Raueg. Vom 15. bis 31. Oktober.
- Reddinghausen-Eid. Vom 15. Oktober bis 1. November.
- Schonbeck I. Vom 15. Oktober bis 1. November.
- Sinsen. Vom 25. Oktober bis 15. November.
- Somborn. Vom 1. bis 15. November.
- Sterkrade II. Im Monat Oktober.
- Wesfenfeld. Im Monat Oktober.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Ohne Vorzeigung des Mitgliedsbuches und Krankenscheines keine Unterstützung ausgezahlt werden.

Sarop. Die Auszahlung des Krankengeldes erfolgt am ersten und dritten Sonntag im Monat, vormittags von 9—12 Uhr, in der Wohnung des Vertrauensmannes Fr. Pohlmann, Provinzialstraße 146.

Saßlinghausen. Das Krankengeld wird jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags von 9—10 Uhr, in der Wohnung des Vertrauensmannes ausgezahlt.

Kranzpendenmarken.

In folgenden Zahlstellen werden Kranzpendenmarken à 10 Pf. geklebt:

- Saßlinghausen. Im Monat Oktober.
- Sontrop. Jedes Mitglied, welches Anspruch auf einen Kranz zur Beerdigung macht, muß Kranzpendenmarken kleben. Bis jetzt müssen sieben Marken geklebt sein. Wer also keine sieben Marken geklebt hat, muß die fehlenden nachkleben.
- Nieder-Wenigern. Im Monat Oktober.

Lokalfondsmarken.

In folgenden Zahlstellen werden Lokalfondsmarken geklebt:

- Sinsen. Im Monat Oktober.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Marienfeld. Jeden Sonntag nach dem Fasttag, vormittags 10 Uhr, im Gasthof Hausdorff: Zahlung der Beiträge.

Jeden Sonntag nach dem 20. des Monats:

- Rietzsch. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zu Rahnshof.
- Oberbühren. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Friede in Heilbrink.
- Wendberg. Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant „Glückauf“.
- Reddinghausen-Eid. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Nolte, Grunbad.
- Saßlinghausen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Köpff.

Jeden vierten Sonntag im Monat:

- Altenburg. Nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftsheim.
- Altenrade. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Wessels.
- Ammerborn. Nachm. 3 Uhr, im „Burgschloßchen“ in Burg bei Ammerborn-Stadelweil.
- Baukau. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Behrbruch, Hagenstraße.
- Widdinghausen. Nachmittags 4 Uhr, in der Gemeindebewirtschaft.
- Brensborn. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zur Bienenhölle“.
- Buschhausen-Schmidthorst. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ulrich, Schmidthorst.
- Gelsenkirchen-Eid. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn J. Raas, Mühlenschloß.
- Glabbach II. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Ling, Kaiserstraße 68.
- Seven. Nachmittags 3 Uhr, wo? fragt der Bote.
- Hausdorf. (Zeit unbekannt.) Im Gasthof des Herrn Schammelt in Hohenborn.
- Hofedde. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Metz, Hohenborn.
- Harpermarkt. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich, Bienenstraße.
- Heeren. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Dietrich, Heidenauer.
- Lehefen. Nachmittags 3 Uhr, im Schloßhaus.
- Rahna. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zum weißen Roß“.
- Rünenrode. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Strauß, „Voll. Abw.“.
- Marl. Nachmittags 3 Uhr. Wo? fragt der Bote.
- Diermarzlag. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Eggert, Restaurant „Sokolnits“.
- Wesfenberg-Heeten. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Herr in Heeten.
- Wesfenberg. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn W. Winter.
- Scharnhorst. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hampe, Wambelerholz.
- Stien bei Zwida. Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant des Herrn Remmter.
- Saßlinghausen (Saar). Nachmittags 4 Uhr, im Lokale „Walter Jahn“.

Sonntag, den 23. Oktober 1910:

- Vinnen II. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Stort (fr. Städt). In der gr. Waidau.
- Wanuben. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Gerth.
- Dortmund I. Nachm. 3 Uhr, in Gewerkschaftshaus, Ecke Seifling u. Seibingstr.
- 1. Rassenbericht u. 3. Quartal. 2. Gewerkschaftsbericht. 3. Kartellbericht. 4. Bericht über Gelsenkirchen IV. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Konr. Wehlen, Hahelstraße.
- Vortrag. Referent zur Stelle.
- Hochlarmer. Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Hüpper, am Bahnhof Reddinghausen-Eid.
- Die getragenen Wahlen und welche Lehren ziehen wir daraus? Ref. zur Stelle.
- Niederwiesingh. Nachmittags 4 Uhr. (Vortragsangebot fehlt).
- Reddinghausen-Eid. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Nolte, „Grunbad“.
- Die getragenen Wahlen und welche Lehren ziehen wir daraus? Ref. zur Stelle.
- Stäcker. Nachmittags 5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Wehmann in Wredenfeld.
- Wattenfeld. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale der Witwe Kesse, Wöbstraße.
- 1. Bericht vom intern. Kongress in Kopenhagen. 2. Kartellbericht. 3. Bericht über den

Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen!

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen

- Sonntag, den 23. Oktober 1910:**
- Lützen u. Wagg. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Sündler in Lützen. — Die Lage im Saarrevier und was für Lehren ziehen wir aus den bergmännischen Wahlen im Kaiserrevier? — Referent: Kamerad Johann Leimpeters, Saarbrücken.
 - Freienbach. Vormittags 11 Uhr, im Lokale der Witwe Schöngage. — Das Verhältnis zwischen der Sicherheitsmannschaft und der Grubenbediensteten. Referent zur Stelle.
 - Gauerleben, Baxleben, Müllersleben und Dittleben. Nachmittags pünktlich 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wölfe in Dittleben. — Der Knappheitswahlkampf im Kaiserrevier und seine Lehren für die zukünftigen Lohnbewegungen. Referent: Kamerad Herr Wehler, Baxleben u. Wagg. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Vogelgang in Steeg, Bredenerstraße. — Die verhassten Knappheitswahlen unter besonderer Berücksichtigung des Heinsbüschels. — Referent: Kamerad Hermann Puffer, Buxbaum.
 - Reichardt, Gurnhausen und Dierzeleben. Abends 6 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Rühle in Gurnhausen. — Der Knappheitswahlkampf im Kaiserrevier und seine Lehren für die zukünftigen Lohnbewegungen. — Referent: Verbandssekretär Herr Wehler.
 - Stellung Wansfelder Revier:**
 - Stilleber. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Wehler, „Bergarbeiter-Gesellschaft“. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Wehler, „Bergarbeiter-Gesellschaft“. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Wehler, „Bergarbeiter-Gesellschaft“.
 - Legendarium in diesen Versammlungen: Ein Jahr gewerkschaftliche Organisation. Ref.: Arbeiterführer Gildenberg, Döle, Lindenfeld.
 - Stilleber. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Felsenmann, „Zur Sonne“. 1. Referent: Fräulein in Stein-Schubert und der Bochumer Verband. 2. Die Organisation unter der Leitung der Wansfelder Gewerkschaft. — Referent: Kamerad Oswald Graf, Helbra.
 - Stellung Revier Niederschlesien!**
 - Stilleber. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Felsenmann.
 - Stilleber. Nachmittags 2 Uhr, im Gasthof „Häufiger Kaiser“.
 - Nieder-Grünbach. Nachm. 1 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Göttemann.
 - Zugordnung in allen Versammlungen: 1. Herr Wilhelm Karl Wehler, Referent über die Knappheitswahlen. 2. Die bevorstehenden Knappheitswahlen. — Referent: Kameraden Opatowitz und Tzoll, Wehler und Gräbner, Reichenbach.

Zahlstellen-Feste.

Sonntag, den 6. November, nachmittags 4 Uhr. im Saale des Herrn Sündler in Reichardt. — Die Lage im Saarrevier und was für Lehren ziehen wir aus den bergmännischen Wahlen im Kaiserrevier? — Referent: Kamerad Johann Leimpeters, Saarbrücken.

Die Bergarbeitergeschichte
von Otto Hue

Kameraden! Wir können euch die erfreuliche Mitteilung machen, daß Ende Oktober der erste Band der **Bergarbeitergeschichte** unseres Kameraden Hue erscheint! Dieser Band enthält die Schilderung der Bergarbeiterverhältnisse im Altertum und im Mittelalter. Wenn man die moderne Bergarbeiterbewegung ganz verstehen will, muß man die früheren Rechtsverhältnisse der Knappen kennen lernen. Zum Beispiel gewinnt man für die knappschaftlichen Forderungen der organisierten Bergleute erst volles Verständnis, wenn man sich über die Entstehung und Entwicklung des Knappschaftswesens, über die alten Rechte der Knappschaftsmitglieder unterrichtet. Dafür ist das vom Kameraden Hue verfaßte Buch ein unentbehrlicher Wegweiser. Darum fordern wir alle Kameraden auf, soweit sie es noch nicht getan haben, **sofort** das Buch bei der unterzeichneten Firma oder bei der Ortsverwaltung ihrer Zahlstelle zu bestellen. Das von der rühmlichst bekannten Firma J. H. W. Dietz in Stuttgart hergestellte Werk erscheint in zwei starken Bänden, dauerhaft gebunden. Der erste Band kommt — wie gesagt — in diesem Monat heraus. Nun, Kameraden, nicht mehr gezögert, sondern bestellt euch das Buch für eure Privatbibliothek.

„Wissen ist Macht!“

Wer daher seinen Mann stehen will im Kampfe gegen die Gegner der Arbeiterforderungen, der muß sich Wissen verschaffen. Wir erwarten, daß das angekün-digte Werk von allen lernerifrigen Kameraden bestellt und eifrig studiert wird.

Die Verbandsmitglieder erhalten das Werk geschmackvoll und solide gebunden in zwei Bänden zum Preise von 3 Mark. Der erste Band ist bei der Empfangnahme zu bezahlen, der zweite Band kann in 50 Pf.-Raten im voraus bezahlt werden. Klebekarten und Marken sind nur bei den Ortsverwaltungen der Zahlstellen zu haben. Durch diese Einrichtung besteht auch für den Aermsten die Möglichkeit, sich dieses Buch anzuschaffen. — Wir erwarten recht zahlreiche Bestellungen und zeichnen mit Glückauf!

B. Hansmann & Co. in Bochum.

Zur gest. Beachtung! Diejenigen Kameraden, welche ihre vollgültige Karte bereits nach hier eingesandt haben, erhalten den ersten Band anfangs November durch die Ortsverwaltung ihrer Zahlstelle oder durch die Post zugestellt. Im letzteren Falle wird das Porto durch Nachnahme erhoben.

Versammlungen in Oberschlesien

- vom 23. Oktober bis 1. November 1910.**
- Öffentliche Versammlungen:**
- Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im Saale des Herrn Freund in Zaborze B, Vrojsstraße, — und nachmittags 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Zabrze-Eid, Gartenstraße 29.
 - Montag, den 24. Oktober, vormittags 10 Uhr und abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Künigsbüttel, Ring 3.
 - Donnerstag, den 27. Oktober, nachmittags 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Venzhen-Hogberg, Groß-Dombrovastraße 8.
 - Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Kattowitz, Rathhausstraße 12, — und abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Künigsbüttel, Ring 3.
 - Dienstag, den 1. November, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Seidler in Foremba.
- Mitglieder-Versammlungen:**
- Freitag, den 28. Oktober, nachmittags 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Reudorf, Privatweg.
 - Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Dombrova-Eid.
 - Tageordnung in allen Versammlungen: Warum müssen sich die Bergarbeiter organisieren und welcher Organisation müssen sie sich anschließen? — Referent: Kamerad Waldbrunn.
- Belegschafts-Versammlungen**
- Sonntag, den 23. Oktober 1910:**
- Reche Knigsborn II. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Nordt in Heeren. — Die wichtigsten Forderungen einzelner Kameraden seitens der Verwaltung und wie stellt sich die Belegschaft hierzu. Referent: Minister Künigsbach. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Giedemann in Wambaner. — 1. Welchen Zweck haben die Stichheilmänner. 2. Wichtige an genannter Reche.
 - Reche Schlägel und Eisen I u. II. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Anderrige in Ditteln. — Die Aufgaben der Sicherheitsmannschaft und der Arbeiterausschussmitglieder und ihr Verhältnis zur Belegschaft.
- Sonntag, den 30. Oktober 1910:**
- Saar-Mosel, Belegschaft Wexfenbach. Nachm. 3 1/2 Uhr, im Saale des Herrn W. Kramer in Wexfenbach. — 1. Bericht über die Arbeiterschaft und der Wiegelkontrollen. 2. Entgegenwärt von Wänschen und Wexfenbach der Belegschaft.
 - Die wichtigsten Forderungen, die ich gegen den Knappschaftsleiter W. Füllmann Wette, auch in bezug auf seine Organisation als Gewerkschaftsreferent, ausgesprochen habe, werden ich mit dem größten Bedauern zurück-

Futterale zum Schutze

in unserer Geschäftsstelle zu haben.